

# Nach der Diktatur

---

Die Aufarbeitung von Gewaltherrschaften

Herausgegeben von  
Peter Hoeres und Hubertus Knabe

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

Originalausgabe: Peter Hoeres und Hubertus Knabe (Hrsg.), After Dictatorship. Instruments of Transitional Justice in Post-Authoritarian Systems, © 2023 bei den Autoren, Zusammenstellung © 2023 Peter Hoeres und Hubertus Knabe.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

ISBN 978-3-11-125083-0  
e-ISBN (PDF) 978-3-11-125267-4  
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-125290-2  
DOI <https://doi.org/10.1515/9783111252674>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>.

**Library of Congress Control Number: 2023934903**

#### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 bei den Autorinnen und Autoren, Zusammenstellung © 2023 Peter Hoeres und Hubertus Knabe, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston. Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über [www.degruyter.com](http://www.degruyter.com).

Einbandabbildung: GAPS / iStock Unreleased / Getty Images

Satz: bsix information exchange GmbH, Braunschweig

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

# Inhalt

**Vorwort der Herausgeber — 1**

## Einleitung

Peter Hoeres

**Transitional Justice in historischer Perspektive — 5**

## Afrika

Tadesse Simie Metekia

**Äthiopien: Der Aufarbeitungsprozess nach der Derg-Ära — 23**

Julia Viebach

**Ruanda: Vergangenheitsbewältigung nach dem Genozid — 85**

Hugo van der Merwe

**Südafrika: Die offenen Rechnungen der Apartheid — 161**

## Europa

Jonila Godole

**Albanien: Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur — 227**

## Südamerika

Veit Straßner

**Argentinien: Nunca Más – Der lange Weg zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung — 281**

Ricardo Brodsky

**Chile: Der demokratische Übergangsprozess nach Pinochet — 345**

Veit Straßner

**Uruguay: Vergangenheitspolitik – Die Dialektik von Vergessen und Erinnern — 391**

## **Resümee**

Hubertus Knabe

**Was wirkt? Aufarbeitungsinstrumente im internationalen Vergleich — 477**

**Abkürzungen — 531**

**Bibliografie — 539**

**Die Autoren — 573**

**Register — 575**

Jonila Godole

# Albanien: Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur

## Einleitung

Die Republik Albanien,<sup>1</sup> ein kleines Land mit 2,8 Millionen Einwohnern, welches im Süden an Griechenland, im Osten an Nordmazedonien und im Norden an Kosovo und Montenegro grenzt, durchlebte von November 1944 bis März 1991 eine der repressivsten kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa. Der albanische Diktator Enver Hoxha regierte das Land bis zu seinem Tod im April 1985 mit eiserner Hand, brach mehrfach die Beziehungen und Abkommen mit seinen Verbündeten aus dem kommunistischen Lager ab und isolierte das Land vom Rest der Welt. Nach seinem Tod wurde diese Politik von seinem Nachfolger Ramiz Alia so lange fortgesetzt, bis der Eiserner Vorhang fiel und der Übergang von der Diktatur zur Demokratie ausgehandelt wurde.

Dies war keine leichte Transition: Die Planwirtschaft und die isolationistische Politik hatten Albanien in den wirtschaftlichen Abgrund geführt. Es fehlte bereits vor der Errichtung der Diktatur an einer demokratischen politischen Kultur im Land. Eliten und Dissidentengruppen wurden systematisch durch Hinrichtungen und Inhaftierungen eliminiert, eine unabhängige Zivilgesellschaft gab es nicht, eine Tradition unabhängiger Medien fehlte, und Paranoia, Fremdenfeindlichkeit und Misstrauen hatten tiefe Spuren in der albanischen Gesellschaft hinterlassen.

Die Konflikte und Streitigkeiten aus der Zeit des Klassenkampfes übertrugen sich auf die beiden wichtigsten politischen Parteien: die im Dezember 1990 gegründete und sich als konservativ bezeichnende Demokratische Partei (DP), die erste Oppositionspartei Albaniens, sowie die Sozialistische Partei (SP) als Nachfolgepartei der Kommunisten. Die starke Polarisierung prägt bis heute die politische Kultur und den öffentlichen Diskurs des Landes.

---

<sup>1</sup> Die Republik Albanien (*Republika e Shqipërisë*), 1991 hervorgegangen aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

# 1 Diktaturerfahrung

## 1.1 Relevanter Zeitabschnitt

Die kommunistische Diktatur wurde gleich nach dem Abzug der deutschen Truppen aus Albanien am 29. November 1944 errichtet und endete mit den ersten pluralistischen Wahlen vom 31. März 1991. Der Untergang der Diktatur erfolgte dabei nicht durch einen Umsturz, sondern als Folge eines Dominoeffekts nach dem Fall der Berliner Mauer und den blutigen Ereignissen in Rumänien. Politischer Pluralismus wurde erst im Dezember 1990 von Alias Regierung zugelassen. Deshalb hatten die neu gegründeten Oppositionsparteien kaum Zeit, sich auf die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten, und die ehemaligen Kommunisten gewannen sie mit einer Zweidrittel-Mehrheit. Ein Jahr später sah sich Präsident Alia wegen massiver Proteste gezwungen, sein Amt niederzulegen und Neuwahlen auszurufen, aus denen am 22. März 1992 die konservativen Demokraten als deutliche Sieger hervorgingen.

## 1.2 Politischer Hintergrund

Um die albanische Diktatur, die fast ein halbes Jahrhundert überleben konnte, zu verstehen, ist es notwendig, die Bedingungen, unter denen die Kommunisten an die Macht kamen, sowie die repressiven Strukturen und Mittel, die sie aufrechterhielten, zu analysieren. Bereits während des Krieges, vor allem aber nach der Konferenz von Mukja am 23. August 1943,<sup>2</sup> begannen die albanischen Kommunisten unter Führung von Enver Hoxha einen blutigen Bürgerkrieg gegen andere Befreiungsorganisationen des Landes. Den größten Schlag versetzten sie den sogenannten Nationalisten und Legalisten, die sich jeweils in der Nationalen Front und der Legalitätspartei organisiert hatten. Dieser interne Kampf erwies sich als wichtiger Nährboden für den späteren Mythos der sozialistischen Geschichtsschreibung, wonach allein die Kommunisten gegen die faschistischen Besatzer gekämpft und das Land von ihnen befreit hätten. Ebenfalls verschwieg Hoxha später die zentrale Rolle der jugoslawischen Kommunisten, unter deren Einfluss seine Partei von der Gründung bis 1948 gestanden hatte.<sup>3</sup>

Schon im Oktober 1944 wandelten die Kommunisten das von ihnen dominierte Antifaschistische Nationale Befreiungskomitee in eine provisorische Regierung unter Enver Hoxha als Ministerpräsident um.<sup>4</sup> Bis zu den ersten Wahlen am 2. Dezember

<sup>2</sup> Uran Butka, *Lufta civile në Shqipëri 1943–1945* [Bürgerkrieg in Albanien 1943–1945]. Tirana 2015.

<sup>3</sup> Arshi Pipa, *Stalinizmi Shqiptar: Anatomia e një patologjie politike* [Albanischer Stalinismus: Ideologisch-politische Aspekte]. Tirana 2007, S. 13. Für weiterführende Informationen siehe auch: Çelo Hoxha, *Krimet e komunistëve gjatë luftës 1941–1945* [Kommunistische Verbrechen während des Krieges]. Tirana 2014.

<sup>4</sup> Butka, *Lufta civile në Shqipëri*.

1945 ergriffen sie zahlreiche Maßnahmen, um ihre Macht zu festigen. Um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, konzentrierte sich die Propaganda auf den Wiederaufbau des Landes, die Stärkung der Wirtschaft und die Durchführung der Agrarreform, durch die der traditionelle Großgrundbesitz im Sommer 1945 entschädigungslos enteignet und an landlose Bauern verteilt wurde. Nach Angaben der provisorischen Regierung war der Schaden des Krieges groß: 28.000 Tote und Tausende Verwundete, 10.000 Inhaftierte und Internierte in Konzentrationslagern in Italien und Deutschland, über 46.000 zerstörte Häuser usw. Diese stark manipulierten Zahlen wurden – wie Historiker inzwischen einräumen<sup>5</sup> – vom Regime verwendet, um sich Legitimität zu verschaffen und repressive Mittel zur Unterdrückung seiner Gegner zu rechtfertigen.

Die kurz vor den Wahlen gegründete Koalition der anti-kommunistischen Opposition widersetzte sich 1945 der Politik der diktatorischen Machtausübung durch die seit Kriegzeiten bestehenden Militärstrukturen. Der Opposition gehörten drei politische Gruppierungen an: Die Sozialdemokraten, die Monarchisten und die Widerstandskämpfer (Nationalisten). Trotz ihrer Bemühungen, die Bevölkerung und ausländische Verbündete auf das autoritäre Regime von Hoxha aufmerksam zu machen, scheiterte die Opposition, und die Kommunisten gewannen die Wahl im Dezember 1945 mit 90 % der Stimmen.<sup>6</sup> Am 11. Januar 1946 erklärte Hoxha Albanien zur Volksrepublik nach dem Vorbild der UdSSR und Jugoslawiens und begann, das Land vom Westen zu isolieren.

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte brach Hoxha auch die Verbindungen zu allen anderen kommunistischen Ländern nach und nach ab. Zunächst überwarf er sich mit Jugoslawien, dessen kommunistische Partisanen unter Josip Broz Tito jahrelang (1941–1948) eine Vormundschaft über ihre albanischen Genossen ausgeübt hatten. Es folgten eine Phase sowjetischer Schirmherrschaft (1948–1961), dann eine Phase der engen Zusammenarbeit mit China (1961–1978) und schließlich, nach dem Bruch mit den chinesischen Kommunisten, die völlige Isolation des Landes, die bis zum Sturz des kommunistischen Regimes andauerte. Diese wechselhafte Außenpolitik diente Hoxha hauptsächlich dazu, seine Macht zu legitimieren, aber auch, um Hilfe bei der Überwindung der großen wirtschaftlichen Probleme im Land zu erhalten.

Um den jeweiligen außenpolitischen Kurs zu rechtfertigen, kritisierte die staatliche Propaganda alle Länder, die angeblich den Weg der reinen marxistisch-leninistischen Lehre verlassen hätten. Am Ende behauptete Hoxha, nur Albanien sei es gelungen, den wahren Sozialismus aufzubauen. Jeder Abbruch der Beziehungen zu einem der genannten Länder wurde zum Anlass genommen für Säuberungen innerhalb der Parteiführung sowie für die Verfolgung angeblich „feindlicher Gruppen“ in anderen

---

5 Beqir Meta und Ermal Frashëri, *Mbi sistemin e burgjeve, internimit dhe punës së detyruar gjatë regjimit komunist në Shqipëri* [Über das System der Gefängnisse, Internierung und Zwangsarbeit während des kommunistischen Regimes in Albanien]. Tirana 2018, S. 10.

6 Bernd J. Fischer, „Albania at War, 1939–1945.“ *Central European Studies*. West Lafayette, Indiana 1999, S. 252.

Bereichen der Gesellschaft, etwa im Militär oder in der Wirtschaft. Die häufigsten Anschuldigungen lauteten, „im Dienst feindlicher Geheimdienste zu stehen“, „den Klassenkampf zu schwächen“ oder „mit dem katholischen Klerus zusammenzuarbeiten“.<sup>7</sup> Auf diese Weise entwickelte sich Albanien zu einer bizarren Diktatur, in der nicht nur unschuldige Bürger getötet, inhaftiert, deportiert und die Wirtschaft des Landes zerstört wurden, sondern auch aktive Unterstützer des Regimes in die Mühlen des Terrors gerieten.<sup>8</sup> Die Isolation des Landes und die Paranoia Enver Hoxhas gipfelten in der Errichtung von etwa 170.000 Bunkern in Albanien, deren Überreste an vielen Stellen noch heute zu sehen sind.<sup>9</sup>

### 1.3 Ideologische Begründung

In ideologischer Hinsicht wies das kommunistische Regime Albaniens sowohl stark nationalistische als auch ausgesprochen stalinistische Elemente auf. Hoxha setzte seine Alleinherrschaft durch, indem er die bereits in der Sowjetunion erprobten Säuberungs- und Unterdrückungsmethoden einsetzte – auch und gerade innerhalb der eigenen Partei und gegen Widersacher, die ihm hätten gefährlich werden können. Er folgte auch dem stalinistischen Modell der Schaffung einer neuen sozialistischen Identität, die die Bevölkerung an das Regime binden und zu erhöhter Leistung mobilisieren sollte, kombinierte diese jedoch mit einem Nationalismus, der in der Sowjetunion mit ihren vielen Nationen so nicht möglich war.

Erleichtert wurde diese Ideologie eines nationalen Sozialismus durch den Sieg der Partisanen im Zweiten Weltkrieg. Die Partisanen, die sich der Kommunistischen Partei (*Partia Komuniste e Shqipërisë*, PKSh) während oder nach dem Krieg angeschlossen hatten, wussten zwar nur wenig über die kommunistische Ideologie, doch ihre Erfahrungen im Kampf gegen die faschistischen Okkupatoren erleichterten es ihnen, sich mit Hoxhas Nationalkommunismus zu identifizieren. Der Mythos der Befreiung bildete eine wesentliche Grundlage seines Machtsystems.

Hoxhas Wandlung von einem Internationalisten zu einem Nationalisten diente seinem Machterhalt in mehrfacher Hinsicht: Einerseits verschaffte ihm der Nationalismus Legitimation in der Bevölkerung. Um diese zu befördern, berief sich sein Regime nicht nur auf Marx oder Lenin, sondern auf historische Figuren aus den Zeiten der Illyrer und Fürst Skanderbegs bis hin zu den Nationalisten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts als „Vorkämpfer eines freien Albanien“.<sup>10</sup> Laut dem amerikanischen

<sup>7</sup> Pipa, *Stalinizmi shqiptar*, S. 86.

<sup>8</sup> Hoxha, *Krimet e komunistëve gjatë luftës*, S. 26.

<sup>9</sup> Die halbkugelförmigen Kleinbetonbunker wurden in den 1960er-Jahren konzipiert und bis 1985 fertiggestellt. Nach Angaben des Regimes dienten sie dem Schutz des Landes.

<sup>10</sup> Marie-Janine Calic, *Südosteuropa: Weltgeschichte einer Region*. München 2016, S. 511.



Historiker Bernd Fischer wollte Hoxha zur Aufrechterhaltung seiner Macht einen monolithischen Nationalstaat der Albaner schaffen, den es in den Jahrhunderten zuvor nur während der kurzen Zeit der Unabhängigkeit zwischen 1919 und 1939 gegeben hatte.<sup>11</sup>

Hoxhas nationaler Sozialismus diente darüber hinaus dem Zweck, die Gesellschaft von externen Einflüssen abzuschirmen und zu isolieren, um sie so leichter manipulieren zu können; auch erlaubte er es ihm, sein eigenes Regime zu stärken, indem er die Gesellschaft in „Freund“ und „Feind“ unterteilte, den „Klassenkampf“ zwischen seinen Anhängern und Gegnern schürte, die Ausübung des Glaubens verbot und den kulturell-religiösen Konflikt zwischen dem Norden und Süden des Landes vertiefte.

Mit Ahmet Zogu, der sich nach dreijähriger Präsidentschaft zum König erklärt hatte, wurde Albanien von 1925 bis 1939 von einem Vertreter des von *Ghegen* bewohnten Nordens beherrscht. Durch die Machtübernahme der Kommunisten änderte sich dies, und mit Enver Hoxha regierte ein Repräsentant der im Süden lebenden *Tosken*. Auch die Partisanenarmee bestand hauptsächlich aus Vertretern der südlichen, *toskischen* Bevölkerung, während die *Ghegen*, insbesondere nach dem antikommunistischen Aufstand von Postriba im September 1946, als „Feinde“ angesehen und systematisch verfolgt wurden. Diese Politik der Spaltung kulminierte in der Bestimmung des *Toskischen* zum offiziellen Standard der albanischen Sprache, womit die lange *Ghegische* Tradition in der albanischen Kultur ignoriert wurde. Auch diese kulturelle Vorherrschaft stärkte die Position Hoxhas.<sup>12</sup>

Eine besondere Rolle spielte nicht zuletzt der Kampf gegen die Religion, der sich nach Hoxhas Machtergreifung schrittweise verschärfte und 1967 im Religionsverbot gipfelte. In der Propaganda und in den Reden Hoxhas wurde die Religion als ein Element möglicher Fremdeinwirkung geißelt,<sup>13</sup> die der Feind zur Spaltung der albanischen Bevölkerung nutzen könnte. Mit massiven Repressalien ging man vor allem gegen den katholischen Klerus vor, der vorwiegend im Norden des Landes Einfluss hatte und eine erkennbar antikommunistische Haltung einnahm.

Während die Sowjetunion ab 1955 die „Friedliche Koexistenz“ zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten propagierte, verstärkte sich die martialische Rhetorik unter Hoxhas Führung immer mehr. Der albanische Nationalismus gipfelte schließlich in einer Selbstisolation, die weltweit ihresgleichen suchte und mit einer regelrechten Paranoia vor einem „ausländischen Angriff der Feinde Albaniens“ einherging. Kindern wurde bereits ab dem Vorschulalter beigebracht, dass sie das Regime mit der Waffe in der Hand verteidigen müssten. Schon in den Vorschuleinrichtungen lernten sie Partisanenlieder, in der Sekundarstufe folgte eine militärische Grunda-

<sup>11</sup> Fischer, „Albania at War“, S. 274.

<sup>12</sup> Vgl. Pipa, *Stalinizmi shqiptar*, S. 98.

<sup>13</sup> Im Geiste der Nationalen Renaissance wurde die Bevölkerung aufgerufen, kulturelle und religiöse Spaltungen beiseitezulegen und sich unter dem Motto „Das Albanertum ist die Religion der Albaner!“ für die Unabhängigkeit gegen das Osmanische Reich zu vereinen.

bildung, die ein Pflichtfach darstellte.<sup>14</sup> Auch Studenten, Arbeiter, Männer wie Frauen nahmen regelmäßig an militärischen Übungen teil. Gleichzeitig wurde die Störung ausländischer Medien, Fernseh- und Radiosender verstärkt, die sich hauptsächlich in den Küstengebieten zu Italien und Griechenland oder dem nordöstlichen Grenzgebiet zu Jugoslawien empfangen ließen.

## 1.4 Strukturen der Verfolgung

In vielerlei Hinsicht kopierte Hoxha Stalins Weg in eine Diktatur, vor der niemand sicher war. Das albanische Diktaturmodell lässt sich im Sinne der vom deutschen Historiker Jörg Baberowski entwickelten Definition des Stalinismus verstehen als eine „Diktatur der Unterwerfung, die im Krieg gegen das eigene Volk alle Grenzen überschritt. Aber ihre Gewalt brachte sich nicht aus Ideen, sondern aus Situationen und ihren Gelegenheiten heraus“.<sup>15</sup>

Um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu unterwerfen, propagierte das kommunistische Regime unentwegt den Kampf gegen den inneren und äußeren Feind und entwickelte ein System des Terrors, in dem immer neue Säuberungsaktionen stattfanden. Die „Schauprozesse“ gegen vermeintliche Widersacher Hoxhas oder das System der Lager für die zahlreichen Gefangenen ähnelten dem Vorbild der Sowjetunion. Eine Schlüsselrolle spielte dabei das albanische Innenministerium, das nicht nur die Geheimpolizei, die Justiz und den Strafvollzug, sondern auch die Armee kontrollierte.<sup>16</sup>

Hoxha erkannte schon früh, dass er einen effektiven Geheimdienst brauchte, um an der Macht zu bleiben. Der Staatssicherheitsdienst Albaniens *Sigurimi* wurde bereits im Dezember 1945 mithilfe des jugoslawischen Geheimdienstes (UDB) gegründet.<sup>17</sup> Zu den ersten Aufgaben der *Sigurimi* gehörten die Verfolgung sogenannter reaktionärer Elemente und des katholischen Klerus sowie das verschärfte Vorgehen gegen Regimegegner (sogenannte Agenten und Saboteure wie auch ehemalige Kollaborateure des Nationalsozialismus) durch (Sonder-)Volksgerichte. Dokumente dieser Zeit bezeugen, dass die *Sigurimi* eingesetzt wurde, um die „schmutzige Arbeit“ der PKSh auszuführen, wie beispielsweise nächtliche Entführungen von Personen aus ihren Wohnungen

**14** Idris Idrizi, *Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus 1976–1985*. Berlin und Boston 2019, S. 44.

**15** Jörg Baberowski, *Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt*. 2. Auflage, München 2019, S. 131.

**16** Georgia Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien: Eine Analyse postsozialistischer Erinnerungsstrategien*. Wiesbaden 2007, S. 127.

**17** Das Organisationsschema der *Sigurimi* basierte auf dem Modell Jugoslawiens. Von den ersten Mitarbeitern waren 22 % Analphabeten, 64 % verfügten über einen Grundschulbildungsabschluss und nur 14 % wiesen eine abgeschlossene Sekundarschulausbildung vor. Für mehr Informationen über die Gründung und die Arbeit der *Sigurimi* siehe: Kastriot Dervishi, *Sigurimi i Shtetit 1944–1991. Historia e policisë politike të regjimit komunist* [Geschichte der Staatssicherheit Sigurimi]. Tirana 2012.

oder außergerichtliche Erschießungen von Personen, von deren weiterem Schicksal die Familien in unzähligen Fällen nichts erfuhren. Am 22. Oktober 1949 ging die *Sigurimi* durch Beschluss des Ministerrates endgültig in die Strukturen des Innenministeriums über. 1990 hatte er schätzungsweise 10.000 Vollzeitmitarbeiter und ein umfangreiches Netzwerk von Informanten.<sup>18</sup>

Zu den Strukturen des Innenministeriums gehörten neben der *Sigurimi* auch die Polizei und der Grenzschutz. Das ungenehmigte Verlassen Albaniens wurde gemäß Artikel 47 der Verfassung von 1976<sup>19</sup> als „Vaterlandsverrat“ betrachtet und mit 10 bis 25 Jahren Gefängnis, in einigen Fällen sogar mit der Todesstrafe geahndet.<sup>20</sup> Artikel 146 sanktionierte zudem Strafmaßnahmen von bis zu 15 Jahren Haft gegen Grenzschutzbeamte bei fahrlässiger Unachtsamkeit. Die Strafmaßnahmen betrafen auch Angehörige von Geflüchteten oder Personen, die eine Flucht lediglich geplant hatten. Sie reichten von Entlassungen bis hin zur Inhaftierung oder Internierung. Trotz der drohenden Strafmaßnahmen, die manchmal bis in die dritte Generation griffen, setzten viele Albaner für einen Grenzübertritt ihr Leben aufs Spiel.<sup>21</sup>

## 1.5 Das Ausmaß der Gewalt

Das Ausmaß der Verfolgungen in Albanien ist bislang nur unzureichend erforscht. Allein zwischen 1945 und 1956, als der Terror die größten Ausmaße annahm, sollen bei einer Bevölkerung von weniger als zwei Millionen 15.234 Personen aus politischen Gründen verhaftet und 1.049 von ihnen zum Tode verurteilt worden sein.<sup>22</sup>

Am Beispiel der katholisch geprägten Stadt Shkodra im Norden Albaniens lassen sich die Ausmaße des Terrors insbesondere in der frühen Zeit erahnen. Kräfte der Polizei und der *Sigurimi* besetzen nach dem Krieg 26 Gebäude, die von Gläubigen genutzt wurden, sowie mehrere Keller, die sie in provisorische Kerker für Verhöre und Folterungen von Regimegegnern umfunktionierten. Die Bilanz der Repressalien in Shkodra

**18** Robert C. Austin und Jonathan Ellison, „Post-Communist Transitional Justice in Albania“, *East European Politics and Societies* (Bd. 22, Nr. 2) 2008, S. 376–377.

**19** Online-Publikation der Albanischen Verfassung von 1976, verfügbar unter: <http://eudo-citizenship.eu/NationalDB/docs/ALB%20Kushtetuta%20e%20Republike%20Socialiste%20Popullore%20e%20Shqiperise%201976.pdf> (letzter Zugriff: 14.12.2020).

**20** „Der Soldat an der Grenze warnt dich einmal, zweimal und das dritte Mal tötet er dich. Der Soldat kennt keinen Spaß, er wird dich töten!“ Rede von Ramiz Alia am 26. Juli 1990 im Plenum des Zentralkomitees, zitiert aus: Qemal Lame, *Kur shembeshin themelet* [Einsturz der Fundamente]. Tirana 2014.

**21** Jonila Godole und Valbona Bezati, „Border policy in communist Albania“, in *The Face of the ‚Enemy of the People‘* (Veröffentlichung der Konferenzbeiträge vom 17.–18. Mai 2019), Tirana 2021.

**22** IDMC, *Non-rehabilitation of formerly persecuted individuals and transitional justice 1991–2018*. Tirana 2019.

in den Jahren 1944–1960 lautete: 2.890 Gefangene, 1.924 Internierte und 601 Erschießungsoffer, darunter 61 Geistliche.<sup>23</sup>

Für die gesamte kommunistische Ära werden folgende Opferzahlen angenommen:

- Politische Inhaftierungen: ca. 24.000 bis 34.000 Personen;
- Politisch motivierte Hinrichtungen: 6.027 Personen (davon ca. 300 Frauen);
- Gefängnis: 34.135 Personen (davon ca. 7.000 Frauen);
- In Haft gestorben: ca. 1.000 Personen;
- Psychisch schwer Geschädigte durch Gewalt, Folter und Inhaftierung: 308 Personen;
- Internierungen: 60.000 Personen (oder 20.000 Familien), davon 7.000 gestorben.<sup>24</sup>

Bei diesen Zahlen handelt es sich allerdings um unvollständige Daten. So gibt es etwa über die Tötungen an der albanischen Grenze bei „illegalem Grenzübertritt“ keine genauen Zahlen. Internen Angaben aus der Endzeit des kommunistischen Regimes zufolge kamen dabei rund 1.000 Menschen zu Tode. Am 20. November 1990 erklärte Innenminister Hekuran Isai in einem Bericht an Ramiz Alia, dass die Zahl der Grenzübertritte massiv zugenommen hätte. Ihm zufolge waren „seit der Befreiung [Albaniens] 13.692 Personen im Erwachsenenalter aus Albanien geflohen, 998 davon gestorben“.<sup>25</sup>

Allein für das Jahr 1990 geht man von 54 Grenztoten aus, unter ihnen auch Frauen und Kinder.<sup>26</sup> Auch nach einer Gesetzesänderung im Mai 1990, derzufolge Flucht nicht mehr als „Verrat“, sondern nur noch als „illegaler Grenzübertritt“ galt, der mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden konnte, änderte sich das Grenzregime nicht. Das Vorgehen gegen Flüchtlinge wurde vielmehr auch genutzt, um die Bevölkerung vor einer Flucht abzuschrecken und einzuschüchtern. So ist dokumentiert, dass noch im August 1989, als zwei junge Männer bei einem Fluchtversuch an der Nordgrenze Albaniens getötet wurden, ihre Leichname anschließend mit Stacheldraht an einen LKW

**23** Ebd., S. 77 und die Karte der Erinnerungsorte im Museum „Site of Witnesses and Memory“ in Shkodra.

**24** Die Zahlenangaben stammen von zwei der wichtigsten Aufarbeitungsinstitutionen: Institut für die Integration ehemaliger politischer Verfolgter (IIP), verfügbar unter: <http://ishperndjekurit.gov.al/al/statistika/> und Institut zum Studium der Verbrechen und Folgen des Kommunismus (ISKK), verfügbar unter: [www.iskk.gov.al](http://www.iskk.gov.al) (letzter Zugriff: 10.10.2020). In anderen Publikationen können diese Zahlen leicht abweichen. Vgl. Idrizi, *Herrschaft und Alltag im Spätsozialismus*, S. 52; Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 125–126; IDMC 2019.

**25** Quellen online verfügbar unter: <https://www.balkanweb.com/raporti-per-ramiz-aline-ne-46-vjet-jane-arratisur-13-692-vete-988-jane-ekzekutuar/>; <http://www.panorama.com.al/simon-stefani-ne-1990-denim-kapital-per-ata-qe-nuk-u-binden-kufitareve/>; <http://www.nacionalalbania.al/2013/05/cfare-permban-albumi-terrori-komunist-ne-shqiperi/25/> (letzter Zugriff: 11.01.2021, nicht mehr verfügbar).

**26** Kastriot Dervishi, *Vrasjet në kufi në vitin 1990* [Die Tötungen an der Grenze 1990]. Tirana 2016, S. 131–134.

gebunden und durch die Straßen und Dörfer der Umgebung bis nach Shkodra gezogen wurden, wo sie öffentlich zur Schau gestellt wurden.<sup>27</sup>

## 1.6 Opfergruppen

Trotz der un abgeschlossenen Forschungen lassen sich die Opfer der albanischen Diktatur in drei Hauptkategorien einteilen: Gegner des Regimes, verfolgte Kommunisten und Unangepasste. In die erste Gruppe gehören Oppositionelle und andere politische Gegner des Regimes, die vorwiegend in den ersten Jahren nach der kommunistischen Machtergreifung verfolgt wurden. Dazu zählen u. a. Vertreter des katholischen Klerus im Norden, Sozialdemokraten, Monarchisten und Großgrundbesitzer, die sich gegen die Agrarreform aussprachen. Auch in Ungnade gefallene Staatskader gehören während der ersten Phase der Machtkonsolidierung dazu.

Zur zweiten Gruppe zählen Personen, die zunächst selber an der kommunistischen Diktatur mitwirkten, später aber „durch ein übergeordnetes Parteimanöver in das Getriebe einer rechtlosen Strafjustiz“ gerieten.<sup>28</sup> Viele von ihnen wurden zu langen Haftstrafen oder sogar zum Tode verurteilt. Allerdings fielen die Strafen für diese Personen und ihre Familien häufig milder aus als bei anderen Opfergruppen. Mitglieder der antikommunistischen Opferorganisationen legen daher Wert auf die Unterscheidung zwischen ihnen als Opfer der Diktatur und den in Ungnade gefallenen „ehemaligen Kommunisten“.

Eine dritte Kategorie bilden Personen, die nicht unbedingt Gegner des Regimes waren, aber dennoch zu Opfern von Verfolgung wurden. Dazu zählen zum Beispiel Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzten, Jugendliche, die sich nicht konform kleideten, oder Personen, die mit speziellen Antennen illegal ausländische Radio- oder Fernsehsender empfangen.

Die Verfolgungen in Albanien richteten sich nicht nur gegen Personen, die zu „Volksfeinden“ erklärt worden waren, sondern häufig auch gegen deren Familien. So führte die Rhetorik vom Klassenfeind dazu, dass die Gesellschaft in Menschen mit „guter“ oder „schlechter“ Biografie unterteilt wurde – je nachdem, welche soziale Herkunft sie aufwiesen. Obwohl Hoxha selber aus einer wohlhabenden muslimischen Familie stammte und in Frankreich und Belgien studiert hatte, sorgte er dafür, dass Menschen mit einer „schlechten Biografie“ unter verschärfte Kontrolle gestellt wurden, da sie angeblich jederzeit zu Feinden werden konnten.

Neben den eigentlichen Opfern der Verfolgung waren häufig auch Kinder und Verwandte politischer Gefangener oder ganze „Familien betroffen, welche in miserablen Zuständen in Internierungslagern lebten.“<sup>29</sup> Umgekehrt wurden Verwandte von

---

27 Ebd.

28 Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 123.

29 Idrizi, *Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus*, S. 157.

Partisanen, Kriegsveteranen oder Kommunisten automatisch zu den Familien mit einer „guten Biografie“ gezählt. Allerdings konnten auch sie – wie etwa im Fall des albanischen Ministerpräsidenten Mehmet Shehu – jederzeit zu „Feinden“ herabgestuft werden. Dabei war die Stigmatisierung als Feind in der Regel unumkehrbar und eine spätere Rehabilitierung so gut wie unmöglich.<sup>30</sup>

Besonders hart traf es in Albanien die Glaubensgemeinschaften. Geistliche und Gläubige wurden jahrzehntelang verfolgt, verhaftet oder exekutiert, sämtliche Religionen endgültig 1967 in der Verfassung verboten. Die ca. 2.000 Gotteshäuser<sup>31</sup> wurden entweder zweckentfremdet, beispielsweise als Viehställe, Lagerhallen oder Turnhallen, oder auf Anweisung der Partei als sogenannte „freiwillige Abgabe“ zerstört.

Der Kampf gegen die Geistlichen hatte bereits vor Ende des Krieges 1944 begonnen. Damals ließ die Provisorische Regierung katholische Schulen im nordalbanischen Shkodra schließen, weil dort angeblich „Reaktionäre, Subversive und Antinationalisten [tätig seien], von denen jeder ausländische Interessen vertrat“.<sup>32</sup> Ein anderer Vorwurf lautete, sie seien Agenten des Vatikans und „anderer imperialistischer Zentren“.<sup>33</sup>

Der katholische Klerus sorgte in Nordalbanien traditionell für die (Aus-)Bildung junger Menschen. Im Zuge der Agrarreform 1945/46 wurden jedoch alle Klöster beschlagnahmt. Schon bald nach der kommunistischen Machtübernahme wurde mit Dom Lazër Shantoja der erste hochrangige Geistliche festgenommen und am 5. März 1945 in Tirana durch ein Erschießungskommando hingerichtet.

Der Kampf gegen die Geistlichen setzte sich in den folgenden zwei Jahrzehnten an zwei Hauptfronten fort: Zum einen ging das Regime brutal gegen den Klerus vor. Zum anderen entfachte es eine massive antireligiöse Propaganda, die praktizierende Gläubige zu „Volksfeinden“ erklärte. Die damalige Presse – u. a. die Zeitungen *Bashkimi* und *Zeri i Popullit* – veröffentlichte regelmäßig Texte, in denen Jesuiten und Katholiken u. a. der Planung eines Umsturzes oder der Verbindung zu „anglo-amerikanischen Agenten“ beschuldigt wurden.<sup>34</sup>

Das Schicksal von Dom Lazër Shantoja sollten bis 1948 Dutzende weitere Kleriker teilen. Viele von ihnen starben bereits vor der Erschießung aufgrund von Folter im Gefängnis.<sup>35</sup> Den damaligen albanischen Statistiken zufolge blieben nur zehn der 93 katho-

---

**30** Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 34.

**31** Es handelte sich um 740 Moscheen, 609 orthodoxe Kirchen, 158 katholische Kirchen, 530 Tekken (Zentrum einer islamischen Bruderschaft). Vgl. die Dauerausstellung des Museums „Site of Witness and Memory“ in Shkodra über das Religionsverbot und die Verfolgung des Klerus in Albanien. Verfügbar unter: <https://www.observatorikujteses.al/ekspozita-drite-pertej-erresires/> (letzter Zugriff: 14.12.2020).

**32** Fischer, „Albania at War“, S. 255.

**33** Wojciech Roszkowski, *Communist Crimes: A Legal and Historical Study*. Radom: Polish Institute of National Remembrance, 2016, S. 234.

**34** Godole und Bezati, *Border policy in communist Albania*.

**35** Site of Witness and Memory in Shkodra, Dauerausstellung „Licht jenseits der Dunkelheit“ über die Verbannung der Religion und die Verfolgung des Klerus, ab Februar 2020.

lischen Priester in Freiheit. 24 wurden hingerichtet und 25 inhaftiert; drei weiteren gelang die Flucht ins Ausland und zehn sind gestorben bzw. spurlos verschwunden.<sup>36</sup>

Auch die orthodoxe Kirche war der kommunistischen Unterdrückung ausgesetzt. So wurde der Erzbischof von Tirana, Kristofor Kisi, als „faschistischer Kollaborateur“ 1948 festgenommen; er starb 1958 unter ungeklärten Umständen (mutmaßlich durch Vergiftung) in Haft. Mit Verhaftungen und Internierungen ging das Regime auch gegen die muslimischen Gemeinden vor. Der Kampf gegen die Religionsgemeinschaften erreichte seinen Höhepunkt am 6. Februar 1967, als Albanien sich zum ersten atheistischen Staat der Welt ausrief und religiöse Praktiken gesetzlich verbot; die Verfassung wurde entsprechend geändert.<sup>37</sup> Ende der 1970er-Jahre waren nur noch zwei katholische Priester auf freiem Fuß; alle anderen waren hingerichtet oder eingesperrt worden.

## 1.7 Verantwortliche

Die Repression in Albanien wurde von der Kommunistischen Partei unter der Führung von Enver Hoxha und einer kleinen Führungsgruppe organisiert. Die Durchführung der Maßnahmen wurde an verschiedene Institutionen delegiert, die der Parteivorsitzende Hoxha streng kontrollierte. Dazu zählten insbesondere:

- Der **Allgemeine Nationale Befreiungsrat** (*Këshilli i Përgjithshëm Nacional-Çlirimtar*): Das albanische Parlament verabschiedete ab dem 15. Dezember 1945 mehrere Gesetze, die Gegnern des Befreiungskampfes lebenslange Haft, Tod oder die Beschlagnahmung ihres Eigentums androhten.<sup>38</sup>
- Das **Sondergericht für die Hauptkriegsverbrecher** (*Gjykata Speciale për Kriminelët e Luftës*): Das im Dezember 1944 eingerichtete Strafgericht verurteilte nicht nur Kollaborateure während der Besatzungszeit, sondern auch politische Gegner des kommunistischen Regimes, die bestraft, deren Eigentum beschlagnahmt und deren Familien vertrieben oder deportiert wurden.
- Die **Direktion für den Schutz des Volkes** (*Drejtoria e Mbrojtjes së Popullit*): Der im Februar 1946 gegründete Vorläufer des albanischen Staatssicherheitsdienstes sammelte Informationen über die Arbeit des katholischen Klerus und weiterer oppositioneller Gruppierungen. Seine Tätigkeit, einschließlich der Entscheidungen über Festnahmen und Verurteilungen, wurde jedoch vom Politbüro gesteuert.<sup>39</sup>

<sup>36</sup> Vgl. Roszukowski, *Communist Crimes*, S. 235.

<sup>37</sup> Nach einer Rede von Enver Hoxha vor dem Zentralkomitee der Partei am 6. Februar 1967. Vgl. Azem Qazimi, *Procesi i asgjësimit të fesë në komunizëm* [Der Prozess um die Zerstörung der Religion im kommunistischen Albanien]. Tirana 2012.

<sup>38</sup> Meta und Frasherri, *Mbisistemën e burgjeve, internimit...*, S. 11.

<sup>39</sup> So entschied das Politbüro im Mai 1947, eine Gruppe von oppositionellen Abgeordneten (16 Personen) zu verhaften. Sie wurden einige Monate später zum Tode durch Erhängen bzw. Erschießen verurteilt. Es gab keine gerichtliche Entscheidung, das Urteil beruhte nur auf einer handschriftlichen

Auf politischer Ebene waren in erster Linie der Parteivorsitzende Enver Hoxha sowie die Mitglieder des Politbüros für die Verbrechen der kommunistischen Diktatur verantwortlich. Auch den Innenministern, die den Staatssicherheitsdienst *Sigurimi* und weitere Repressionsorgane kontrollierten und direkt an Deportations- und Internierungsentscheidungen beteiligt waren, kam eine entscheidende Rolle zu. Zu den Hauptschuldigen zählen:

**Enver Hoxha** (1908–1985): Ministerpräsident Albanien (1944–1954); Vorsitzender der PKSh (1944–1948) und der *Partia e Punës së Shqipërisë* (PPSh) (1948–1985).

**Koçi Xoxe** (1911–1949): Innenminister (1946–1948); Direktor des Volksverteidigungsbüros (Vorgängerinstitution der *Sigurimi* 1944–1946). Zum Feind erklärt und 1949 nach Todesurteil erschossen.

**Mehmet Shehu** (1913–1981): Innenminister (1948–1954); Ministerpräsident (1954–1981). Die genauen Umstände seines unnatürlichen Todes 1981 konnten nicht aufgeklärt werden.

**Kadri Hazbiu** (1922–1983): Innenminister (1954–1980); Direktor der Staatssicherheit (1950–1954). Zum Feind erklärt und nach einem Todesurteil 1983 erschossen.

**Feçor Shehu** (1926–1983): Direktor der Staatssicherheit *Sigurimi* (1967–1969 und 1974–1980); Innenminister (1980–1982). Zum Feind erklärt und nach einem Todesurteil 1983 erschossen.

**Ramiz Alia** (1924–2011): Präsident Albanien (1991–1992); Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung (1982–1991); Erster Sekretär der PPSH (1985–1991).

**Hekuran Isai** (1933–2008): Innenminister (1982–1989 und 1990–1991).

Mit Ausnahme von Ramiz Alia und Hekuran Isai wurden alle oben genannten Personen im Rahmen politischer Säuberungsaktionen Hoxhas exekutiert.

## 1.8 Orte der Verfolgung

Zum Repressionsapparat der Hoxha-Diktatur gehörte ein Netz von Gefängnissen, Arbeitslagern und Verbannungs- bzw. Internierungsorten. Sie wurden errichtet, um politische Gegner, deren Familien und Nachfahren über mehrere Generationen hinweg zu bestrafen.

Während der Jahre 1945 bis 1949 wurden die von der Führung angeordneten Deportationen ohne jegliche Rechtsgrundlage durchgeführt.<sup>40</sup> Es genügten schriftliche Befehle hochrangiger Regimefunktionäre wie Mehmet Shehu oder des einstigen In-

---

Notiz, und sogar das Protokoll der Politbürositzung fehlte. Vgl. Meta und Frasherri, S. 15 sowie Leka Ndoja und Alvin Saraçi, *Akte gjyqësore politike gjatë komunizmit në Shqipëri: Bashkimi Demokratik Shqiptar 1946, Vëllimi 1* [Politische Prozesse während des Kommunismus in Albanien: Der Fall der „Demokratischen Union“ 1946, Band 1]. Tirana 2015, S. 8.

<sup>40</sup> Kastriot Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist në Shqipëri* [Internierungslager und Gefängnisse in kommunistischen Albanien]. Tirana 2016, S. 7–30.



nenministers Koçi Xoxe. Die Verbannten wurden in sogenannten Stacheldrahtlagern isoliert, die sie nicht verlassen durften, und mussten täglich zum Appell erscheinen. Verbannungen aus politischen Gründen wurden auch von der *Sigurimi* beantragt, Verbannungen für andere Delikte von der Polizei. Den Vorbildern Jugoslawiens und der Sowjetunion folgend wurden die Stacheldrahtlager zunehmend durch feste Gefängnisse und Arbeitslager abgelöst, in denen die Inhaftierten Zwangsarbeit im Bergbau, in der Bauwirtschaft, bei der Trockenlegung von Sümpfen und in anderen Bereichen leisten mussten.<sup>41</sup>

Nach Auffassung einiger Historiker unterschied sich das Netz von Gefängnissen und Arbeitslagern in Albanien nicht wesentlich vom sowjetischen Gulag, weshalb der albanische Strafvollzug auch als „mediterranes Gulag“ bezeichnet wird.<sup>42</sup>

### 1.8.1 Stacheldrahtlager (1945–1953)

Die provisorischen Lager wurden gleich nach der Machtübernahme der Kommunisten zunächst in Kruja und Berat errichtet, mit Stacheldraht umzäunt und von bewaffneten Soldaten bewacht. Die Internierten waren überwiegend ältere Menschen, Frauen und Kinder, die als Klassenfeinde galten, weil Familienangehörige von ihnen geflüchtet oder in Haft waren. Als Unterkünfte dienten Baracken, die zuvor zur Viehhaltung genutzt oder während des Krieges von den italienischen Besatzern gebaut worden waren.<sup>43</sup>

- **Das Kruja-Lager** (März 1945–September 1947) im Norden des Landes wurde auf einem Militärgelände innerhalb der Stadt errichtet. Hier wurden „reaktionäre, feindliche Elemente“ aus dem Süden des Landes untergebracht. Die Internierten wurden für Arbeiten in verschiedenen Bereichen in der Nähe der Stadt genutzt. Insgesamt sollen dort rund 900 Menschen interniert worden sein.<sup>44</sup>
- **Das Berat-Lager** (März 1945–Mai 1949) zählte im März 1946 1.275 Internierte aus den nördlichen Provinzen, u. a. aus Shkodra, Kukës oder Peshkopi. Aufgrund der katastrophalen Bedingungen wurde das Lager 1949 geschlossen, und die Internierten wurden in das Lager Tepelena transportiert.
- **Das Tepelena-Lager** (1949–1953) war das berüchtigtste der „Stacheldrahtlager“. Hier wurden sechs heruntergekommene Militärlager der italienischen Armee zu Baracken für je 200 Internierte umfunktioniert. In diesem Lager wurden die

<sup>41</sup> Ebd., hier: S. 5–6.

<sup>42</sup> Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 130.

<sup>43</sup> Die miserablen hygienischen Bedingungen in diesen Lagern sind in den Autobiografien vieler Überlebender dokumentiert. Siehe exemplarisch: At Zef Pllumi, *Rrno për me tregue*. 2. Auflage, Tirana 2006; Fatos Lubonja, *Ridënim*. Tirana 1996, Fatbardha Mulleti, *Saga e dhimbjes* [Die Saga des Schmerzes]. Tirana 2018.

<sup>44</sup> Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*, S. 15.

Familien albanischer Politiker interniert, die während der italienischen oder deutschen Besatzung Mitglieder der Staatsverwaltung gewesen waren, aber auch Führer der nationalistischen Bewegungen „Nationale Front“ und „Legalität“.<sup>45</sup>

Im August 1950 gab es in diesem Lager insgesamt 1.465 Internierte, darunter 547 Frauen, 368 Männer und 550 Kinder. Zwei Jahre lang betrug die Zahl der Internierten „nur“ noch 590 (240 Frauen, 240 Männer und 110 Kinder). Wie viele Menschen in diesem Lager ums Leben kamen, ist nicht bekannt. Die hohe Kindersterblichkeit und die Schrecken des Lagers wurden aber Gegenstand eines Berichts der US-Regierung, der den Vereinten Nationen im Februar 1955 vorgelegt wurde.<sup>46</sup> Berichten zufolge waren die Mütter gezwungen, ihre verstorbenen Kinder außerhalb des Lagers am Flussufer zu bestatten. Während des Winters spülte der Fluss oft die sterblichen Überreste fort, und die Gräber der Kinder verschwanden.<sup>47</sup>

Der Bericht der US-Regierung führte zur Schließung des Lagers. Auch die anderen über das Land verteilten Stacheldrahtlager wurden geschlossen. Die Internierten wurden jedoch nicht freigelassen, sondern in speziell für sie eingerichtete Lager in der Nähe von Wohngebieten gebracht, in denen sie fortan lebten und arbeiteten. Abgeschottet vom Rest der Bevölkerung und als „Feinde“ stigmatisiert, blieben sie dort bis zum Ende des kommunistischen Regimes.

### 1.8.2 Gefängnisse (1944–1991)

Die meisten Gefängnisse des kommunistischen Regimes wurden in den Jahren 1944–1953 errichtet. Sie waren als Orte gedacht, in denen die Gefangenen ihre Freiheitsstrafen in Einzelhaft ohne Zwangsarbeit verbüßen sollten. Die Berühmtesten unter ihnen waren die Gefängnisse 313-Tirana und 321-Burrel (1946–1991), in denen bekannte antikommunistische Intellektuelle, Politiker und Geistliche inhaftiert waren. Später kamen die Gefangenen vielfach in Zwangsarbeitslager und wurden u. a. zur Trockenlegung von Sumpf- und Mooregebieten herangezogen. Nach Berechnungen Kretsis gab es in Albanien mehr als 30 Gefängnisse und 50 Internierungslager.<sup>48</sup> Laut Dervishi wurden während der kommunistischen Diktatur 15 Gefängnisse, 65 Zwangsarbeitslager und 15 Stacheldrahtlager errichtet.<sup>49</sup>

<sup>45</sup> Meta und Frasheri, *Mbi sistemin e burgjeve*, S. 22.

<sup>46</sup> Vgl. Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*, S. 18.

<sup>47</sup> Mulleti, *Saga e dhimbjes*, S. 240–244.

<sup>48</sup> Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 125.

<sup>49</sup> Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*. Die Gesamtzahl wurde in einem persönlichen Gespräch mit der Autorin im Rahmen dieser Studie (2.12.2020) nochmals bestätigt.

### 1.8.3 Zwangsarbeitslager (1950–1991)

In den 1950er-Jahren begann das Innenministerium mit der Errichtung von Zwangsarbeitslagern, um die Arbeitskraft der Gefangenen auszubeuten. Die Lager wurden mit Stacheldraht umzäunt und von der Polizei, später auch von Wehrpflichtigen, bewacht. Geleitet wurden sie von einem Kommissar (auf politischer Ebene), einem Kommandeur (auf militärischer Ebene) sowie mehreren (Unter-)Offizieren. Außerdem arbeitete in jedem Lager ein *Sigurimi*-Mitarbeiter, der Informationen über die Häftlinge sammelte. Der albanische Archivexperte und Autor Kastriot Dervishi geht davon aus, dass 4.000 bis 6.000 politische und gewöhnliche Gefangene zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.<sup>50</sup> In fast allen Bezirken Albaniens wurden Zwangsarbeitslager errichtet, von denen drei besonders berüchtigt waren:

- **Das Lager Spaç** (1968–1990) wurde in einer abgelegenen Gegend im Norden Albaniens errichtet, von wo aus Fluchtversuche kaum möglich waren. Die Gefangenen wurden zur Zwangsarbeit im Bergwerk von Spaç herangezogen, wo sie Pyrit und Kupfer abbauen mussten. Auf diese Weise hielt man einerseits die Produktionskosten gering, andererseits waren die politischen Gefangenen weit weg von Tirana, Elbasan und anderen großen Städten. In den Jahresberichten des Lagerkommandos wurde stolz die Erreichung der 95%-Quote verkündet, was bedeutete, dass die Häftlinge rund 13.000 Tonnen Kupfer mit primitiven Werkzeugen gewonnen hatten.

Anfangs wurden die Gefangenen in sieben provisorischen Baracken zu je 100 Insassen untergebracht, später entstanden feste Steinbauten.<sup>51</sup> 1985 befanden sich 1.345 Gefangene im Lager von Spaç, von denen 470 aus politischen Gründen inhaftiert waren. Die Arbeitsbedingungen waren hart, und im Lager herrschte ein strenges Regime. Am 21. Mai 1973 lehnte sich eine Gruppe von Gefangenen gegen ihre „Versklavung“ durch das kommunistische Regime auf. Die Revolte von Spaç gilt als der größte Aufstand in den 45 Jahren Diktatur. Sie wurde brutal niedergeschlagen, wobei vier Menschen erschossen und Dutzende anschließend zu weiteren Haftstrafen verurteilt wurden.

- **Das Gefangenenlager von Ballsh** (1972–1983) wurde erbaut, um die Insassen in einer in der Nähe geplanten Ö raffinerie einzusetzen. Die Häftlinge wurden aber auch zur Zwangsarbeit beim Wohnungsbau oder in der Landwirtschaft herangezogen. Das Lager kombinierte Elemente eines Zwangsarbeitslagers mit denen eines Gefängnisses. Die hier festgehaltenen Häftlinge wurden dabei als „feindliche Einheit ersten Grades“ angesehen.<sup>52</sup> 1976 befanden sich in dem Lager 900 Sträflinge, darunter 550 politische Gefangene.

<sup>50</sup> Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*, S. 151.

<sup>51</sup> Ebd., S. 172–173.

<sup>52</sup> Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*, S. 198.

- **Das Lager von Qafë-Bari** (1982–1990) lag nicht weit von dem in Spaç entfernt, in der Nähe einer weiteren Kupfermine in einer schwer zugänglichen Gegend der Provinz Puka. Anfangs waren hier 200 bis 300 Gefangene inhaftiert, die „durch Arbeit umerzogen“ werden sollten. Das Bergwerk wurde jedoch unter derart primitiven Bedingungen betrieben, dass das Lager Qafë-Bari den Ruf eines „Vernichtungslagers“ erhielt.

In den Jahren 1985–1986 arbeiteten hier 391 Häftlinge, allesamt politische Gefangene. Bei vielen von ihnen handelte es sich um Wiederverurteilte aus den Lagern Spaç oder Burrel. In einem Bericht des Lagerkommandos heißt es, dass mit einer Kupfergewinnung von 180.181 Tonnen das Planziel um 143 % übertroffen worden sei.<sup>53</sup> Nach ihrer Freilassung im Jahr 1990 berichteten ehemalige Sträflinge, dass die Nichteinhaltung der Arbeitsnormen mit Prügel und Folter bestraft worden sei.

Einen Eindruck von den Zuständen in den albanischen Lagern vermittelt ein Bericht der dänischen Journalistin, Menschenrechtlerin und Balkan-Expertin Christine von Kohl, die noch vor der Freilassung der politischen Gefangenen mit einer Delegation der *International Helsinki Federation for Human Rights* mehrere Haftorte besuchte. Sie beschreibt ihre Eindrücke wie folgt:

Das Bild, das sich uns bot, wenn die Pforten der Lager sich öffneten und wir den Gefangenen gegenüberstanden, lässt sich kaum beschreiben – vielleicht lässt es sich vergleichen mit den Höllen- und Fegefeuerdarstellungen niederländischer Renaissancemaler: ausgezehnte Körper, Einbeinige mit primitivsten Krücken und unverheilten Stümpfen, offene Wunden an Armen und Händen, Blinde und Einäugige, mit halb heraushängenden Augen, Menschen mit Krätze, bei denen die Milben wie Bienenschwärme am Hals hingen, Stumme, Querschnittgelähmte, die von den Leidensgenossen versorgt und gepflegt wurden. Manche der Verletzungen waren Folgen von Folter oder Krankheit, andere von Selbstverstümmelungen. Schlafsäle mit zerborstenen Fenstern und Etagenpritschen, fast ohne Matratzen und Decken, eine nicht abgetrennte Abteilung für die schweren Tuberkulose-Fälle. Das alles ohne jegliche ärztliche Betreuung. Trinkwasser wurde aus riesigen Zisternen geholt und war so dunkel und dreckig, dass nur unerträglicher Durst zum Trinken verführen konnte.<sup>54</sup>

## 1.9 Form der Überwindung des Regimes

Albanien war das letzte Land in Europa, dessen kommunistisches Regime nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stürzte. Nach dem Tod von Diktator Hoxha 1985 hatte es zunächst Hoffnungen gegeben, dass sein Nachfolger Ramiz Alia Reformen einleiten würde. Doch zu nennenswerten Änderungen kam es nicht. Auch nach der Demokrati-

<sup>53</sup> Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*, S. 204.

<sup>54</sup> Siehe: Christine von Kohl, *Albanien*. 2. Auflage, München 2003, S. 96–97. Zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie zu den Formen der Bestrafung im Spaç-Gefängnis siehe auch: Amnesty International, *Albania Political Imprisonment and the Law*. London 1984, S. 37–43.

sierung des Ostblocks wurden die Außengrenzen Albanien nach wie vor streng bewacht. Weil eine wachsende Zahl von Albanern versuchte, das Land zu verlassen, wurden die Grenzkontrollen sogar verstärkt.<sup>55</sup> Auch die *Sigurimi* verfolgte weiterhin Andersdenkende, obwohl in der staatlichen Propaganda inzwischen von Reformen die Rede war.

1990 brachen allerdings innerhalb der albanischen Arbeiterpartei (*Partia e Punës së Shqipërisë*, PPSH) Konflikte aus, weil verschiedene Intellektuelle eine Modernisierung der Politik verlangten. Angesichts der weitreichenden politischen Veränderungen in den Nachbarländern und der tiefen Wirtschaftskrise erwarteten viele Albaner auch im eigenen Land Reformen. Am 12. Juni 1990 erließ Ramiz Alia deshalb das Dekret 7393 „Zur Ausstellung von Reisepässen und Visa“.<sup>56</sup> Doch anstatt damit Entspannung zu bewirken, kam es zu offenen Protesten. Mehr als 6.000 Albaner stürmten Anfang Juli mehrere westliche Botschaften in Tirana und verlangten die Genehmigung ihrer Ausreise.<sup>57</sup> Zehntausende Demonstranten unterstützten sie bei einer öffentlichen Versammlung, die schließlich mit Waffengewalt auseinandergetrieben wurde. Zur Beruhigung der Lage erließ Alia am 7. Juli das Dekret 7397, wonach albanische Staatsbürger, die ausländische Botschaften betreten hatten, nicht verfolgt würden. Im August traf er sich mit Intellektuellen, von denen die meisten die Menschenrechtsverletzungen,<sup>58</sup> die mangelnde Pressefreiheit und die Privilegien der kommunistischen Nomenklatur verurteilten und politischen Pluralismus forderten.<sup>59</sup>

Im November 1990 hoffte Alia immer noch, mit kosmetischen Reformen die Krise zu überwinden. Er sprach sich nicht für politischen Pluralismus aus, sondern lediglich für einen „Pluralismus der Ideen“. Das am 13. November vom Parlament verabschiedete Wahlgesetz ermöglichte es jedoch erstmals unabhängigen Kandidaten, bei Wahlen zu kandidieren, wenn sie von mindestens 300 registrierten Wählern unterstützt wurden. Im November kam es in Tirana erneut zu Demonstrationen, die vor allem von Studenten ausgingen. Das Religionsverbot wurde aufgehoben, und in Shkodra fand der erste öffentliche katholische Gottesdienst seit 1967 statt. Unter dem Eindruck der Proteste sah sich Ali am 11. Dezember 1990 gezwungen, eine Liste von Forderungen anzunehmen, die von Studenten aufgestellt worden war. Am Folgetag wurde die erste Oppositionspartei seit 1945, die Demokratische Partei (DP), gegründet.

Der Kampf um die Entmachtung der PPSH erstreckte sich über mehr als ein Jahr. Trotz eines neuen Gesetzes, das die zahlreichen Hoxha-Denkmal in Albanien vor

55 Elez Biberaj, *Albania in Transition: The Rocky Road to Democracy*. Boulder Colorado 1998, S. 49.

56 Verfügbar unter: <https://punetejashtme.gov.al/ngjarjet-e-2-korrikut-dhe-procesi-i-hapjes-se-shqiperise-drejt-proceseve-integruese-evropiane/> (letzter Zugriff: 07.01.2021).

57 Biberaj, *Albania in Transition*, S. 50–51.

58 Der Leiter einer Delegation der Helsinki-Kommission, Dennis DeConcini, äußerte während seines Besuchs in Albanien vom 19. bis 21. August 1990 Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen, die große Anzahl politischer Gefangener, das Verbot von Religion und religiösen Praktiken sowie die Medienkontrolle. Siehe: Biberaj, *Albania in Transition*, S. 56.

59 Ebd., S. 55.

Protesten schützen sollte, stürzten Demonstranten am 20. Februar 1991 in Tirana die Statue des Diktators auf dem zentralen Skanderbeg-Platz. Für viele Albaner war dies ein Akt von hoher Symbolkraft. Dennoch gewann die PPSH am 31. März 1991 die erste demokratische Wahl, da die neuen Oppositionsparteien gerade erst entstanden waren und nur über geringe Ressourcen verfügten. Alia trat von seinen Parteiämtern zurück und ließ sich zum Staatspräsidenten wählen. Doch schon im Juni 1991 musste die kommunistische Regierung unter dem Eindruck eines Generalstreiks ihren Rücktritt erklären, nachdem in Shkodra vier Demonstranten von der Polizei getötet worden waren. An ihrer Stelle wurde eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet, an der sich auch die oppositionelle DP unter Sali Berisha beteiligte. Bei den Wahlen im März 1992 konnte diese mit annähernd 62 % der Stimmen (92 von 140 Sitzen) fast zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinen. Die ehemaligen Kommunisten erhielten dagegen nur noch 25 % und Alia trat am 3. April 1992 vom Amt des Staatspräsidenten zurück.

## 2 Aufarbeitung

### 2.1 Politisch-institutionelle Änderungen

Die Änderung des politischen Systems in Albanien vollzog sich schrittweise, wobei die regierende PPSH ihre Macht nur widerwillig abtrat. In vielen Bereichen blieb es zunächst bei kosmetischen Veränderungen. Auf ihrem 10. Parteikongress am 13. Juni 1991 änderte die PPSH ihren Namen in Sozialistische Partei (SP).<sup>60</sup> Auch ideologisch schlug sie einen neuen, weniger dogmatischen Kurs ein. Früheren Mitgliedern des Politbüros war es nun nicht mehr erlaubt zu kandidieren. Die Partei blieb jedoch bis zu den Wahlen im März 1992 die bestimmende Kraft in Albanien.

Ähnlich zäh verlief die Entmachtung des gefürchteten Staatssicherheitsdienstes. Noch im Frühjahr 1990 hielt Ramiz Alia die Intellektuellen dazu an, die *Sigurimi* zu unterstützen.<sup>61</sup> Nach den Wahlen im März 1991 wurden Polizei, Grenzschutz und *Sigurimi*, die bis dahin Teil des Innenministeriums waren, institutionell getrennt. Der Ministerrat forderte in seinem Gesetzentwurf „Über den Nationalen Nachrichtendienst“ eine „vollständige Reformierung der *Sigurimi*“, jedoch nicht ihre Auflösung. Im Juli 1991 änderte die *Sigurimi* ihren Namen in *Shërbimi Informativ Kombëtar* (ShIK, Nationaler Geheimdienst); die Mitarbeiterstruktur blieb jedoch weitgehend unverändert.<sup>62</sup>

Nach den Wahlen im März 1991 erhielt Albanien am 29. April 1991 eine neue Verfassung.<sup>63</sup> Die Verweise auf den Marxismus-Leninismus als tragende Ideologie des

<sup>60</sup> Der Kongress verlief nicht ohne Zusammenstöße zwischen Reformisten und Konservativen; Letztere erhoben sich und klatschten im Chor: „Partei, Enver, wir sind immer bereit!“

<sup>61</sup> Dervishi, *Sigurimi i Shtetit*, S. 213.

<sup>62</sup> Ebd. S. 217 ff.

<sup>63</sup> Die aktuelle Verfassung der Republik Albanien wurde erst am 21. Oktober 1998 per Referendum gebilligt.

Staates und die führende Rolle der PPSH wurden gestrichen. Der Staat definierte sich nun als demokratisch, verpflichtete sich zum Schutz der Menschenrechte und garantierte das Privateigentum; die Justiz wurde für unabhängig erklärt.<sup>64</sup> In der Praxis war Albanien allerdings noch weit davon entfernt, diese Grundsätze umzusetzen.

Mit dem Gesetz Nr. 7501 vom 31.07.1991 sollte der verstaatlichte bzw. kollektivierte Boden in Privateigentum überführt werden. Allerdings sah das Gesetz vor, das Land nicht an die Alteigentümer zurückzugeben, sondern an die dort lebenden Bauernfamilien zu übertragen, und zwar anteilig pro Person.<sup>65</sup> Diese Form der Reprivatisierung löste unter den ehemaligen Großgrundbesitzern, die zu der am stärksten verfolgten Schicht gehört hatten, erheblichen Unmut aus. Im Gegensatz zu städtischen Bewohnern, deren Eigentum – wenn auch oft erst nach langwierigen Verfahren – restituiert wurde, gingen die früheren Landbesitzer zumeist leer aus.

Nach dem Sieg der Demokratischen Partei bei den Wahlen im März 1992 wies das albanische Parlament eine grundlegend andere Zusammensetzung auf als in den Jahrzehnten zuvor. Symbolisiert wurde dies durch die Ernennung von Pjetër Arbëri zum Parlamentssprecher – einem ehemaligen politischen Gefangenen, der 28 Jahre in Haft verbracht hatte und erst 1989 freigelassen worden war. Auch die Regierung wurde nun nicht mehr von ehemaligen Kommunisten dominiert, wiewohl auch der neue Staatspräsident Berisha einst Parteisekretär an der Medizinischen Fakultät der Universität Tirana gewesen war. Die beiden ersten Amtshandlungen der neuen Regierung bestanden in der Entfernung des roten Sterns von der Staatsflagge, den Militärmützen und dem Staatswappen Albaniens am 7. April 1992.<sup>66</sup> Außerdem wurden Hoxhas sterbliche Überreste am 3. Mai 1992 vom sogenannten Märtyrerfriedhof entfernt und auf einem öffentlichen Friedhof der Hauptstadt zu bestattet.<sup>67</sup>

Die Bereitschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit hing in der Folgezeit stark von den jeweiligen politischen Machtverhältnissen ab. Seit 1992 stellten DP und SP abwechselnd die Regierung, wobei Erstere deutlich mehr Initiativen entfaltete. Allerdings fielen auch bei ihr Worte und Taten häufig auseinander.

So machte sich das albanische Parlament am 30. Oktober 2006 auf Antrag der DP eine Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Januar

<sup>64</sup> Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20061210070437/http://www.oefre.unibe.ch/law/icl/al00000%5F.html#A006> (letzter Zugriff: 8 Januar 2021).

<sup>65</sup> Für weiterführende Informationen zur Kollektivierung und Beschlagnahme von Eigentum in Albanien siehe: Alvin Saraçi, *Konfiskimi i pronës dhe grabitja e arit 1944–1955* [Beschlagnahme von Eigentum und Goldraub]. Tirana 2012.

<sup>66</sup> Gesetz Nr. 7588 „Über die Flagge, das Staatswappen, die Hauptstadt der Republik Albanien und die Nationalhymne“ genehmigt am 7.04.1992. *Gazeta* 55, 14. April 2019. Verfügbar unter: <https://www.55news.al/dossier/item/211839-1992-si-u-hoq-ylli-i-kuq-sovjetik-nga-flamuri-kombetar-dhestemasteterore> (letzter Zugriff: 5.01.2022).

<sup>67</sup> Durch Präsident Berishas Dekret Nr. 1018 wurden ihm am 13.02.1995 alle Auszeichnungen und Titel entzogen und seine sterblichen Überreste vom Heldenfriedhof „Mutter Teresa“ auf einen einfachen Friedhof Tiranas, in Sharra, umgebettet.

2006 zu eigen, in der „die massiven Menschenrechtsverletzungen, die von den totalitären kommunistischen Regimen begangen wurden“, aufs Schärfste verurteilt worden waren. Der Europarat hatte darin auch alle kommunistischen oder postkommunistischen Parteien aufgefordert, die Geschichte des Kommunismus und ihre eigene Vergangenheit aufzuarbeiten und sich klar von den Verbrechen zu distanzieren.<sup>68</sup> Das albanische Parlament sicherte in diesem Zusammenhang auch die Öffnung der *Sigurimi*-Akten und die Veröffentlichung aller Dokumente, die Straftaten bezeugen, zu.<sup>69</sup> Darüber hinaus wurden die Überprüfung von Schullehrplänen sowie die Errichtung von Denkmälern und Museen etc. versprochen.

Ebenfalls auf Vorschlag der – damals in der Opposition befindlichen – DP beschloss das albanische Parlament 2016 eine Resolution „zur Bestrafung der Verbrechen des Kommunismus gegen den Klerus“.<sup>70</sup> Darin wird dem Klerus auch für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten gedankt. Auslöser der Resolution war, dass Papst Franziskus am 25. April 2016 38 albanische Kleriker zu „Märtyrern“ erklärt hatte, die aufgrund von Hass gegen den Glauben zu Tode gekommen waren.<sup>71</sup> Die Rolle dieser Resolutionen blieb allerdings überwiegend symbolisch. Bis heute wurden nur wenige Schritte eingeleitet, die zur Umsetzung der Empfehlungen beitragen.

## 2.2 Strafverfolgung

Die Bemühungen, das kommunistische Unrecht in Albanien strafrechtlich aufzuarbeiten und die dafür Verantwortlichen juristisch zur Rechenschaft zu ziehen, gliedern sich in verschiedene Phasen, die stark von den jeweils herrschenden politischen Machtverhältnissen geprägt waren. Zugespitzt könnte man sagen: Wann immer die ehemalige Opposition an der Macht war, ging es voran, und wann immer die früheren Kommunisten regierten, verebbten die entsprechenden Bemühungen.

### 2.2.1 Die Nomenklatura-Prozesse (1991 bis 1994)

Bereits vor der Entmachtung der Kommunisten sah sich deren Führung genötigt, gegen einzelne frühere Funktionäre juristisch vorzugehen. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst die Witwe des Diktators, Nexhmije Hoxha, die im Juni 1991 aus der Partei ausgeschlossen wurde. Am 4. Dezember 1991 wurde sie wegen Veruntreuung staatli-

<sup>68</sup> Resolution 1481 (2006). Verfügbar unter: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=17403> (letzter Zugriff: 08.01.2021).

<sup>69</sup> Amtsblatt Nr. 117, 15. November 2006, S. 4669.

<sup>70</sup> Amtsblatt Nr. 217, 3. November 2016, S. 22764. Verfügbar unter: <http://aku.gov.al/wp-content/uploads/2016/06/217-2016.pdf> (letzter Zugriff: 08.01.2021).

<sup>71</sup> Verfügbar unter: <https://cruxnow.com/global-church/2016/07/vatican-sets-nov-5-date-beatification-38-albanian-martyrs/> (letzter Zugriff: 13.11.2022).



cher Gelder im Zeitraum 1985 bis 1990 verhaftet und schließlich zu neun Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>72</sup>

Nach dem Regierungswechsel im März 1992 ging die Justiz gegen weitere hohe Funktionäre vor. Zwischen September 1992 und 1993 wurden der frühere Parteichef Alia<sup>73</sup> und weitere Mitglieder des Politbüros wegen Veruntreuung festgenommen. Auslöser war ein Bericht des damaligen Finanzministers Genc Ruli vor dem Parlament am 29. Juli 1992. Ruli schilderte darin den verschwenderischen Lebensstil von 26 Funktionärsfamilien aus der sogenannten Nomenklatura, wobei der Schwerpunkt auf der Familie Hoxha lag, aber auch auf dem hohen Konsum an Speisen und Getränken der Funktionärsfamilien im Allgemeinen sowie auf deren unzähligen Auslandsreisen und den dort in Anspruch genommenen medizinischen Behandlungen.<sup>74</sup> Die Familien lebten in einem abgesperrten Bezirk der Hauptstadt, dem „Blloku“, das durch Streitkräfte, Polizei und 230 Mitarbeiter der *Sigurimi* streng bewacht wurde.<sup>75</sup>

Am 2. Juli 1994 wurde Alia wegen Korruption zu neun Jahren Haft verurteilt. Der ehemalige Innenminister Hekuran Isai erhielt fünf Jahre, sein Nachfolger Simon Stefani acht Jahre Haft. Der einstige Premierminister Adil Çarçani erhielt fünf Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung. Auch der frühere Chef des Obersten Gerichts Aranit Çela wurde 1994 zu sieben Jahren Haft verurteilt, der letzte *Sigurimi*-Direktor Zylyftar Ramizi zu sechs Jahren und Ex-Generalstaatsanwalt Rrapi Mino zu vier Jahren. Die meisten Strafen wurden später jedoch wieder aufgehoben. Alia wurde bereits 1995 wieder freigelassen.

Schon während dieser Prozesse kam es zu öffentlichen Diskussionen über die Strafverfahren. Viele ehemalige politische Gefangene zeigten sich enttäuscht, dass die albanische Justiz zwar die finanziellen Verfehlungen der Funktionäre, nicht aber ihre Verantwortung für Verfolgung und Unterdrückung zum Anlass für Ermittlungen nahm. Der DP-Vorsitzende Berisha wiederum war grundsätzlich gegen Strafprozesse, weil sie ihn an die Hoxha-Zeit erinnerten. Lediglich hochrangige Funktionäre wie Nexhmije Hoxha, die „sich auf dem Rücken des Volkes mästeten“, sollten seiner Ansicht nach bestraft werden.<sup>76</sup>

---

**72** Zu einem späteren Zeitpunkt schrieb Ramiz Alia, dass er weder den Befehl gegeben noch von ihrer Verhaftung gewusst habe. Siehe: Ramiz Alia, *Shpresa dhe zhgënjime* [Hoffnungen und Enttäuschungen]. Tirana 1993, S. 89.

**73** Alia wurde im September 1992 unter Hausarrest gestellt und ein Jahr später verhaftet. Noch während seiner Haft wurde er 1994 erneut wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. 1997 wurde er aus dem Gefängnis entlassen.

**74** Robert C. Austin und Jonathan Ellison, „Albania“, in Lavinia Stan (Hrsg.), *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the communist past*, New York 2009, S. 176–200, hier: S. 181–182.

**75** Dervishi, *Sigurimi i Shtetit*, S. 182–184.

**76** Biberaj, *Albania in Transition*, S. 125.

## 2.2.2 Die Genozid-Prozesse (1995 bis 1997)

In den folgenden Jahren verstärkten sich jedoch zunächst die Bemühungen um eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für die kommunistische Diktatur. Am 22. September 1995, drei Jahre nach der Machtübernahme der Demokraten, verabschiedete das Parlament, gedrängt vom konservativen Flügel der Partei, das sogenannte Genozid-Gesetz Nr. 8001 „Über Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Albanien während des kommunistischen Regimes aus politischen, ideologischen oder religiösen Motiven begangen wurden“. Das Gesetz forderte nicht nur ein härteres Strafmaß für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern sah auch den Ausschluss betreffender Personen aus dem politischen Leben bis ins Jahr 2002 vor. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden bis Januar 1996 24 ehemalige hochrangige kommunistische Funktionäre verhaftet, von denen einige bereits wegen Veruntreuung verurteilt worden waren. Im Februar 1996 wurde auch der frühere Präsident Alia erneut verhaftet. Der Vorwurf lautete jetzt nicht mehr auf Amtsmissbrauch, sondern auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, „Befehl zur Abschiebung und Inhaftierung von Tausenden Bürgern vor 1991“ und „Befehl zur Ermordung von Personen, die das Land in den Jahren 1990–1991 zu verlassen versuchten“.<sup>77</sup>

Auf der Grundlage des neuen Gesetzes kam es zu einer Reihe von Strafprozessen. Die anfangs zumeist sehr strengen Urteile wurden später im Revisionsverfahren abgemildert. So wurde Aranit Çela, einer der berüchtigtsten Richter des kommunistischen Regimes, der persönlich an über 650 politischen Prozessen beteiligt gewesen war, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit am 24. Juli 1996 zunächst zum Tode verurteilt. Das gleiche Urteil erhielten auch der letzte *Sigurimi*-Direktor Zylyftar Ramizi sowie Ex-Generalstaatsanwalt Rrapi Mino. In zweiter Instanz wurden die Urteile auf 25 Jahre Gefängnis abgemildert.<sup>78</sup>

In einigen Fällen musste die Strafe allerdings nicht verbüßt werden. So entschied das Berufungsgericht im Juli 1996, Haxhi Lleshi, Vorsitzender des Volkspräsidiums bis 1982, und Manush Myftiu, ehemaliger Ministerpräsident und Leiter der Internierungs- und Deportationskommission, aufgrund von Alter und Krankheit wieder auf freien Fuß zu setzen.<sup>79</sup> Ihre lebenslange Freiheitsstrafe wurde in fünf Jahre Haft auf Bewährung umgewandelt.

<sup>77</sup> Biberaj, *Albania in Transition*, S. 31.

<sup>78</sup> „Albania: Judge in Albania revokes death sentences on three former communist officials convicted of crimes against humanity“, verfügbar unter: <https://reuters.screenocean.com/record/566071> (letzter Zugriff: 17.03.2021).

<sup>79</sup> Austin und Ellison, „Albania“, S. 186.

### 2.2.3 Begnadigung der Funktionäre (1997–2005)

Nach der Rückkehr der Sozialisten an die Macht im Jahr 1997 überprüften die Gerichte die genannten Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Berufungsgericht beschloss am 20. Oktober 1997, die Anklage gegen Ramiz Alia und einige andere hochrangige Funktionäre fallen zu lassen. Dem Gericht zufolge konnten sie „nicht für Handlungen bestraft werden, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung nicht illegal waren“.<sup>80</sup> 1999 wurden auch die 1996 bereits verurteilten Funktionäre vom Berufungsgericht freigesprochen, darunter Foto Çami (ZK-Sekretär für Propaganda und Mitglied des Zentralkomitees 1971–1991), Prokop Murra (Verteidigungsminister 1982–1990), Muho Asllani (Landwirtschaftsminister 1986–1990), Gaqo Nesho (hoher Parteifunktionär in Pogradec, Vlora und Berat von 1970 bis Ende der 1980er-Jahre), Zef Loka (Direktor in verschiedenen Positionen im Innenministerium 1976–1990) und Dilaver Bengasi (ab 1973 stellvertretender Staatsanwalt, Polizeidirektor in den Jahren 1985–1990).

Tatsächlich waren die Genannten alle nicht mehr im Gefängnis, als das Gericht sie freigesprochen hatte. Am 13. März 1997 wurden nach dem Zusammenbruch der (auf betrügerischen Zinsversprechen beruhenden) Pyramidensysteme die Gefängnisse in ganz Albanien geöffnet und alle ehemaligen Funktionäre des kommunistischen Regimes kamen frei. Mit Hoxhas Witwe Nexhmije und seinem Nachfolger Alia wurden insgesamt 26 führende Funktionäre verurteilt, von denen allerdings keiner seine Strafe voll verbüßen musste. Es gibt keine offiziellen Statistiken darüber, wie viele der verurteilten Funktionäre der kommunistischen Nomenklatura und ihres repressiven Apparats nach dem Freispruch durch das Gericht eine Entschädigung beantragt haben, aber in vielen Fällen soll eine solche gewährt worden sein.

Während in anderen Transitionsgesellschaften die strafrechtliche Aufarbeitung zum Teil damit verknüpft war, dass die Verantwortlichen sich für ihr Handeln öffentlich entschuldigten, sind in Albanien nur zwei Fälle von Reue bekannt: zum einen der Fall von Liri Belishova, ehemaliges Mitglied des Politbüros und des Zentralkomitees, die sich nach 1990 öffentlich entschuldigte. Der zweite Fall ist der von Bashkim Shehu, Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten und zweimächtigsten Mannes an der Seite Hoxhas, Mehmet Shehu. Bashkim Shehu distanzierte sich nicht nur öffentlich von den Handlungen seines Vaters, sondern wirkt bis heute literarisch an der Aufarbeitung des Regimes mit. Allerdings war sein Vater kurz vor seinem Tod, der vom Regime als Selbstmord dargestellt wurde, in Ungnade gefallen, und der Sohn saß anschließend von 1982 bis 1991 selber im Gefängnis.

---

<sup>80</sup> Bledar Abdurrahmani, „Transitional Justice in Albania: The Lustration Reform and Information on Communism Files“, in *Interdisciplinary Journal of Research and Development* (Bd. 5, Nr. 3). Durrës 2018, S. 123. Siehe auch Austin und Ellison, „Albania“, S. 192–193.

## 2.3 Elitenaustausch

Wie bei den meisten Regimewechseln stellte sich auch in Albanien nach dem Ende der kommunistischen Diktatur die Frage, inwieweit außer den obersten Machthabern auch die darunter liegenden Funktionseleiten ausgetauscht werden sollten und könnten. Der Politikwissenschaftler Samuel Huntington war schon 1991 in seinem Buch *The Third Wave* zu dem Schluss gekommen, dass das Verhalten der neuen Regierungen gegenüber den alten Führungsapparaten maßgeblich die Art des Übergangs in diesen Gesellschaften bestimme. Bei diesem „mode of exit“ würden die Eliten an der Spitze dieser Gesellschaften eine besondere Rolle spielen.<sup>81</sup>

Die Situation in Albanien zeichnete sich beim Regimewechsel 1991/1992 dadurch aus, dass es praktisch keine unabhängigen Gegeneliten gab. 45 Jahre lang hatte das stalinistische System die Entstehung von Dissidentengruppen, liberalen Netzwerken oder Religionsgemeinschaften nicht einmal informell zugelassen. Nahezu alle politischen Gegner waren eliminiert oder inhaftiert worden.<sup>82</sup> Albanien war zudem extrem nach außen abgeschirmt, sodass es so gut wie keine Kommunikation mit Gleichgesinnten in anderen Ländern gab. Selbst zwischenstaatliche Beziehungen zu anderen Ländern oder ein internationaler Warenaustausch hatten sich erst in den allerletzten Jahren sehr langsam entwickelt.

Unter diesen Bedingungen kam es nach dem Fall der Diktatur zwar zu einem Austausch von Personen, nicht jedoch zu einem Austausch der Eliten. Ehemalige politische Gefangene spielten bei der Gestaltung des Transformationsprozesses kaum eine Rolle. Nur sehr wenige von ihnen konnten Einfluss auf die damaligen Entscheidungen nehmen, meist waren sie nur symbolisch vertreten. Funktionäre der ehemaligen kommunistischen Partei dagegen, die jahrelang mit Alia zusammengearbeitet hatten, bekleideten auch in den neuen Parteien Führungsposten. So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, mit Fatos Nano ein Mitarbeiter des von Hoxhas Witwe geleiteten Instituts für marxistisch-leninistische Studien zum Vorsitzenden der SP gewählt. Auch der Chef der neu gegründeten DP, Sali Berisha, war ein ehemaliger Parteisekretär an der Universität Tirana, der 1991 in Alia's Auftrag mit den protestierenden Studenten verhandelt, sich dann aber deren Forderungen zu eigen gemacht hatte.<sup>83</sup>

Erst 1995, über dreieinhalb Jahre nach dem Wahlsieg der DP, wurde ein Gesetz verabschiedet, das vorsah, das Führungspersonal in öffentlichen Einrichtungen – von öffentlich-rechtlichen Medien bis hin zu den Universitäten – zu überprüfen. Das Gesetz Nr. 8043 „Über die Kontrolle der Beamten und anderen Personen im Zusammenhang mit dem Schutz des demokratischen Staates“ (Verifikationsgesetz) vom 30. November 1995 sah vor, dass Personen, die zwischen dem 28. November 1944 und dem

---

**81** Samuel Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman OK 1991, S. 214–216.

**82** Krasniqi, *Trajtimi i të kaluarës*, S. 270.

**83** Siehe: Biberaj, *Albania in Transition*.

31. März 1991 Mitglied des Politbüros, des Zentralkomitees, des Präsidiums, des Militärs, der Justiz, der Polizei oder der *Sigurimi* gewesen waren, keine Führungspositionen mehr ausüben durften.<sup>84</sup> Das Gesetz verbot es zudem bestimmten ehemaligen Funktionären, für öffentliche Ämter zu kandidieren. Die Kommission, die eigens für die praktische Durchführung des Gesetzes gebildet wurde, beschloss, 139 Personen von den für 1996 anberaumten Wahlen auszuschließen. 45 von ihnen gehörten der SP an, darunter auch deren Vorsitzender, Fatos Nano, sowie 23 der DP.

Das Gesetz wurde von der SP, die sich damals in der Opposition befand, abgelehnt. Sie warf Berisha vor, das Instrument der Lustration als politische Waffe zu nutzen. Das Kassations- und das Verfassungsgericht hoben das Gesetz tatsächlich bald wieder auf, sodass die Ausgeschlossenen doch noch für die Wahlen am 26. Mai 1996 kandidieren konnten.<sup>85</sup> Trotzdem gewann die DP eine Dreiviertel-Mehrheit, wobei ihr die SP massive Wahlfälschungen vorwarf.

Anfang 1997 kam es in Albanien zu einer schweren innenpolitischen Krise. Sogenannte Pyramidensysteme hatten zur Vernichtung eines Großteils der privaten Ersparnisse geführt. Im sogenannten Lotterieraufstand, der daraufhin begann, brach die albanische Staatsmacht weitgehend zusammen. Diese Entwicklung veranlasste die albanischen Parteien im März 1997, eine Übergangsregierung der nationalen Versöhnung zu bilden. Nur mit Hilfe ausländischer Truppen gelang es dieser, die Ordnung im Lande wiederherzustellen und im Juni 1997 Neuwahlen durchzuführen. In dieser Zeit wurde auch das Verifikationsgesetz modifiziert. Die neue, abgeschwächte Fassung vom 13. Mai 1997 sah vor, dass nur noch ehemalige Mitglieder des Politbüros, Mitarbeiter der *Sigurimi* sowie wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilte Personen von einer Kandidatur bei den Wahlen ausgeschlossen werden konnten.<sup>86</sup>

Der Sieg der ehemaligen Kommunisten bei den vorgezogenen Wahlen im Juni/Juli 1997 führte zu einer politischen Rehabilitierung vieler Schlüsselfiguren des alten Regimes. So wurde der ehemalige Gesundheitsminister von 1991, Sabit Brokaj, Verteidigungsminister der neuen Regierung. Ein weiterer ehemaliger Minister von 1991, Ylli Bufi, wurde zum Wirtschafts- und Privatisierungsminister ernannt. Der letzte Innenminister des kommunistischen Regimes, Gramoz Ruci, bekleidet bis heute das Amt des Parlamentspräsidenten.

Auch in vielen Institutionen wurden Vertreter der alten Elite wieder mit Leitungsaufgaben betraut, etwa bei den öffentlich-rechtlichen Medien, den wissenschaftlichen Akademien oder den Universitäten. Auch ehemalige Mitarbeiter der *Sigurimi* oder

---

**84** Jonila Godole, „Das Erbe der kommunistischen Diktatur in Albanien“, in Jörg Baberowski et al. (Hrsg.), *Disziplinieren und Strafen*, Berlin 2021.

**85** Walter Glos und Jonila Godole, „Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit“, in *Konrad Adenauer Stiftung* (Dezember 2017). Artikel veröffentlicht online, verfügbar unter: [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=21700176-c5c0-ecc8-0c12-66e59964e5a0&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=21700176-c5c0-ecc8-0c12-66e59964e5a0&groupId=252038) (letzter Zugriff: 12.01.2021).

**86** IDMC, *(Non)rehabilitation of Political Persecuted*, S. 36–37.

Offiziere des Militärs erhielten wieder hohe staatliche Positionen. Selbst bei unabhängigen Medien, Menschenrechts- und Zivilgesellschaftsorganisationen spielten frühere kommunistische Kader eine wichtige Rolle. Der neue Verteidigungsminister Sabit Brokaj und der ehemalige Innenminister Gramoz Ruçi, begannen sogar, ehemalige Militär- und *Sigurimi*-Angehörige in Sarande, Tepelene und Vlore im Süden des Landes zu organisieren.<sup>87</sup> Elez Biberaj, einer der Vorreiter der Erforschung der albanischen Transition, schreibt über diesen Restaurationsprozess:

Die meisten Neubesetzungen in leitenden Positionen waren Söhne und Töchter der alten kommunistischen Nomenklatura, und viele von ihnen hatten enge familiäre oder persönliche Verbindungen zu dem mächtigen Clan Hysni Kapos, des engsten Vertrauten von Hoxha. Zudem beschränkten die Sozialisten die Macht der überwiegend von der Demokratischen Partei kontrollierten Lokalverwaltungen. Mehr als 400 lokale Beamte wurden fristlos entlassen und durch Unterstützer der Sozialisten ersetzt. Eine derartige Vergeltung konnte die nationale Versöhnung nur unterminieren.<sup>88</sup>

## 2.4 Wiedergutmachung

Ähnlich wie der Elitenaustausch war auch die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der kommunistischen Diktatur ein langwieriger und letztlich unbefriedigend gebliebener Prozess. Auch hier zeigte sich, dass in erster Linie die jeweiligen politischen Machtverhältnisse darüber entschieden, ob die Opfer Wiedergutmachung erhielten oder nicht.

Obwohl sich die Staatspartei im November 1990 zum Pluralismus bekannt hatte, waren die Strafbestimmungen zur Unterbindung oppositioneller Bestrebungen zu diesem Zeitpunkt weiter in Kraft und die albanischen Gefängnisse nach wie vor mit politischen Gefangenen gefüllt. Einige von ihnen waren sogar erst kurz zuvor bei den Protesten von Januar und Februar 1990 in Tirana und Shkodra festgenommen worden, andere wegen des Versuchs, die Grenzen zu überschreiten oder im Juli 1990 ausländische Botschaften zu betreten.<sup>89</sup> Erst zwei Tage vor den ersten pluralistischen Wahlen am 31. März 1991 wurden alle politischen Häftlinge durch eine vom Präsidium der Volksversammlung dekretierte Amnestie freigelassen.<sup>90</sup> Nach den Wahlen startete das Parlament ein „Nationales Versöhnungsprogramm“, indem es das kommunistische System verurteilte und die Unschuld aller politischen Häftlinge verkündete. Am 30. September 1991 verabschiedete es dann das Gesetz Nr. 7514 „Über Unschuld, Amnestie

<sup>87</sup> Vgl. Biberaj, *Albania in Transition*, S. 337 und 339.

<sup>88</sup> Biberaj, *Albania in Transition*, S. 353.

<sup>89</sup> Afrim Krasniqi, „Trajtimi i të kaluarës në raport krahasues: Shqipëria dhe Evropa Lindore“ [Behandlung der Vergangenheit in einem vergleichenden Bericht: Albanien und Osteuropa], in *Të mohuar nga regjimi* [Vom Regime geleugnet], Tirana 2020, S. 64.

<sup>90</sup> Dervishi, *Internimi dhe burgimi komunist*, S. 224–225.

und Rehabilitation ehemaliger Verurteilter und politisch Verfolgter“.<sup>91</sup> Die Regierung versprach zudem, alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um diejenigen zu entschädigen und zu rehabilitieren, die zu Unrecht wegen politischer Vergehen angeklagt, vor Gericht gestellt, verurteilt, inhaftiert, interniert oder verfolgt worden waren.<sup>92</sup>

Nach dem Wahlsieg der oppositionellen DP im März 1992 bemühte sich die neue Regierung um eine finanzielle Entschädigung der Opfer. Sie bildete dazu einen Ausschuss für ehemalige politische Gefangene und Verfolgte (*Komiteti i ish-të Dënuarve dhe të Përndjekurve Politikë*, KIDPP), der von Januar 1993 bis Dezember 1994 tätig war. Ihm standen rund 120 Spezialisten in allen Bezirken zur Verfügung, die die Daten der politisch Verfolgten sammeln sollten.

Am 29. Juli 1993 verabschiedete das Parlament das Gesetz Nr.7748 „Über den Status der politischen Häftlinge und vom kommunistischen System Verfolgten“. Das Gesetz legte die grundlegenden Kriterien fest, in welchem Fall eine Person als „verurteilt oder politisch verfolgt“ anzusehen war, sowie die Höhe der materiellen Entschädigung. Als politische Verfolgung galt „jede Handlung oder unterlassene Handlung, die von Seiten der Staatsstrukturen auf Befehl oder Beschluss der Parteiorgane vom 8.11.1941 bis 22.3.1992 zum Verlust des Lebens, der Freiheit, der Bürgerrechte und anderer Einschränkungen führten“.<sup>93</sup> Des Weiteren wurde eine Reihe flankierender sozialer Maßnahmen eingeleitet, etwa die Gewährung von Universitätsstipendien an Kinder aus verfolgten Familien, die Überlassung von Sozialwohnungen oder die Ermöglichung einer Ausbildung für politisch Verfolgte unabhängig von ihrem Alter.<sup>94</sup>

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen wurden jedoch nur teilweise umgesetzt. Im April 1994 protestierten deshalb 180 ehemalige politische Gefangene, um eine finanzielle Entschädigung gemäß dem Gesetz Nr. 7748 zu erhalten. Den Empfehlungen der KIDPP folgend verabschiedete der Ministerrat daraufhin am 4. Mai 1994 den Beschluss Nr. 184, der festlegte, politisch Verfolgte mit je 120.000 ALL (ca. 1.200 US-Dollar) pro Jahr in Gefangenschaft zu entschädigen.<sup>95</sup> Die Jahre im Gefängnis wurden zudem als Arbeitsjahre bei der Rente angerechnet, wobei sie als sogenannte harte Arbeitszeit anerkannt wurden, sodass ein Haftjahr wie zwei gewöhnliche Arbeitsjahre zählte.

Jedoch wurden mehr als 50 % der Kapitalentschädigung in Form von Gutscheinen ausgezahlt, mit denen die Betroffenen bevorzugt Staatseigentum erwerben konnten. Für die meisten war diese Form der Entschädigung praktisch wertlos, weil viele Privata-

<sup>91</sup> Verfügbar unter: <http://www.iss-h.gov.al/wp-content/uploads/2014/04/Kapitulli3.pdf> (letzter Zugriff: 02.05.2023).

<sup>92</sup> IDMC, *(Non)rehabilitation of Political Persecuted in the Process of Transitional Justice in Albania (1991–2018)*. Tirana 2019.

<sup>93</sup> IDMC, *(Non)rehabilitation of Political Persecuted*, S. 10.

<sup>94</sup> Vgl. Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 149; siehe auch das Gesetz 7748, verfügbar unter <http://ishperndjekurit.gov.al/wp-content/uploads/2015/03/Ligj-stat-e-te-perndjekurve-politike-7748-DT-04.08.1993.pdf> (letzter Zugriff: 13.01.2021).

<sup>95</sup> IDMC, *(Non)rehabilitation of Political Persecuted*, S. 11.

tisierungen schon lange vorher erfolgt waren und es den ehemaligen politischen Gefangenen in der Regel an Kapital fehlte, um größere Investitionen zu tätigen. Laut der Obersten Nationalen Rechnungskontrollbehörde (*Kontrolli i Lartë i Shtetit*, KLSH) verteilte die demokratische Regierung zwischen 1993 und 1997 rund 2.2 Milliarden ALL (ca. 17.5 Mio. Euro) an ehemalige politische Verfolgte.<sup>96</sup>

Im August 1994 kam es erneut zu Protesten und zu einem Hungerstreik ehemals Verfolgter, weil die Regierung Verhandlungen über weitere Entschädigungsleistungen ablehnte. Die Proteste wurden jedoch auf Geheiß des damaligen Staatspräsidenten Berisha am 12. August gewaltsam beendet. Das Innenministerium behauptete anschließend, dass unter den 287 Hungerstreikenden 65 ehemalige Spitzel der *Sigurimi* und 35 gewöhnliche Kriminelle gewesen wären.<sup>97</sup> Die Streikteilnehmer wiesen diese Vorwürfe zurück, sahen sich jedoch nach dem Polizeieinsatz genötigt, ihren Streik zu unterbrechen.

Als die Sozialisten 1997 wieder an die Macht kamen, gründeten sie eine neue Institution: das Institut für die Integration ehemaliger politischer Verfolgter (IIP). Es sollte hauptsächlich die Umstrukturierung der Entschädigungsleistungen vorantreiben.<sup>98</sup> Fünf Kategorien von anerkannten „politisch Verfolgten“ wurden festgelegt:

- Haft;
- Tod während der Haft;
- Arbeitslager;
- Exekution und
- psychische Schädigung.

Für Haft und Arbeitslager stand den Betroffenen nur eine sehr geringe finanzielle Entschädigung zu.

Nach Angaben des IIP gab es insgesamt 42.772 Berechtigte, die Anspruch auf Entschädigungen hatten. Doch die Auszahlung der Entschädigungen verzögerte sich, bis sie schließlich in den Jahren 1998 bis 2006 überhaupt nicht mehr erfolgte. Der sozialistische Finanzminister Arben Malaj erklärte zur Begründung, der albanische Staat sei schlicht zu arm, um die politisch Verfolgten zu entschädigen.<sup>99</sup> 2004 kam es deshalb ein weiteres Mal zu Protesten. Auch sie wurden gewaltsam niedergeschlagen, diesmal von der sozialistischen Regierung. Infolge der Proteste wurde die Haftentschädigung

---

<sup>96</sup> KLSH, *Raport Auditimi i Performancës Rehabilitimi i ish-përndjekurve politikë në periudhën e tranzicionit*, 06/2016, S. 15.

<sup>97</sup> Biberaj, *Albania in Transition*, S. 161.

<sup>98</sup> Siehe IIP, verfügbar unter: [http://ishperndjekurit.gov.al/al/wp-content/uploads/2015/03/Ligj\\_8246\\_01.10.1997.pdf](http://ishperndjekurit.gov.al/al/wp-content/uploads/2015/03/Ligj_8246_01.10.1997.pdf) (letzter Zugriff: 16.12.2020).

<sup>99</sup> Matt Prodger, *Albania seeks to compensate political prisoners*. BBC News, 23.07.2004. Online verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3917293.stm> (letzter Zugriff: 11.01.2021).



im Juli 2004 offiziell von 0,49 US-Dollar pro Tag auf 1,49 US-Dollar heraufgesetzt; zu einer Auszahlung kam es jedoch nicht.<sup>100</sup>

Nach den Wahlen im Jahr 2005, die die DP zurück an die Macht brachten, wurden die Bemühungen um eine Wiedergutmachung wieder verstärkt. So verabschiedete das albanische Parlament am 12. November 2007 das Gesetz Nr. 9831, das vorsah, ehemalige politische Häftlinge mit 2.000 ALL (20 US-Dollar) für jeden Tag im Gefängnis und Internierte aus den bis 1954 existierenden Stacheldrahtlagern mit 1.000 ALL pro Tag (10 US-Dollar) zu entschädigen.<sup>101</sup> Die Entschädigungen sollten in acht Raten und, falls die Betroffenen nicht mehr lebten, auch an Familienangehörige ausgezahlt werden. Die Zahlungen begannen gut zwei Jahre später.

Die DP-Regierung gründete am 25. Februar 2010 auch ein Institut zur Erforschung der Verbrechen und Folgen des Kommunismus (ISKK).<sup>102</sup> Nach dessen Angaben lag die Zahl der Verfolgten bei ca. 100.000 Menschen und war damit dreimal höher als von der Vorgängerinstitution, dem IIP, angegeben worden war.<sup>103</sup> In den Jahren 2011 bis 2012 wurden die Entschädigungszahlungen erneut ausgesetzt. Diesmal argumentierte die Regierung, dass die globale Wirtschaftskrise Albanien erreicht hätte. Von September bis Oktober 2012 protestierten daraufhin erneut etwa 20 politisch Verfolgte mit einem Sitzstreik. Um die Situation zu beruhigen, erklärte Premierminister Berisha, dass Personen über 65 Jahre die Entschädigung erhalten würden. Aus Protest setzten sich daraufhin zwei der Streikenden in Brand; während einer der beiden mit schweren Verbrennungen überlebte, erlag der andere einige Wochen später seinen Verletzungen im Krankenhaus.<sup>104</sup>

2013 kam es in Albanien erneut zu einem Regierungswechsel, der, wie in den Vorjahren, auch auf die Wiedergutmachungspolitik Auswirkungen hatte. Die sozialistische Regierung unter dem neuen Premierminister Edi Rama versprach eine Überprüfung der bisherigen Entschädigungsverfahren und -kategorien. Am 24. Juli 2014 wurde das Entschädigungsgesetz Nr. 9831 erneut geändert und die Betroffenen in nunmehr zwei Kategorien eingeteilt: primäre Opfer (die zum Zeitpunkt der Zahlung noch lebten) und nicht-primäre Berechtigte (Angehörige). Die politisch Verfolgten begrüßten das Gesetz, da es jetzt auch Frauen oder Kranken zugutekam. Sie glaubten jedoch nicht, dass die neue Kategorisierung den Auszahlungsprozess beschleunigen würde.

Im September 2018 wurde das Gesetz noch einmal geändert, wobei die Ratenzahlung aufgehoben wurde und 430 Verfolgte den vollen Betrag erhielten. Noch im selben Monat widerrief ein neues Gesetz Nr. 57/2018 das Recht auf Entschädigung für Enkel-

**100** Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 151.

**101** IDMC, *(Non)rehabilitation of Political Persecuted*, S. 15.

**102** Siehe ISKK, verfügbar unter: <http://www.iskk.gov.al/wp-content/uploads/2015/01/LIGJ.pdf> (letzter Zugriff: 11.01.2021).

**103** Ebd., S. 16–17.

**104** Vgl. Idrizi, *Zwischen politischer Instrumentalisierung und Verdrängung*, S. 93; IDMC, *(Non)rehabilitation of Political Persecuted*, S. 19.

kinder in Fällen, in denen enge Familienangehörige und die Verfolgten selbst nicht mehr lebten.

## 2.5 Versöhnung

Der Begriff der „Versöhnung“ (albanisch: *pajtim*) ist im albanischen Kontext nicht ganz eindeutig. Bis heute findet er Anwendung in Verbindung mit der Versöhnung von Familien in Fällen von Blutrache in Nordalbanien und im Kosovo. Bei dieser Art von Versöhnung vergeben die Parteien einander das vergossene Blut, um in Zukunft friedlich zusammenzuleben. Im religiösen Kontext war der Begriff der Versöhnung weniger bekannt, da Religionen im kommunistischen Albanien verboten waren.

Versuche von internationalen Institutionen, die Akteure in Albanien zum gegenseitigen Verständnis und zur Versöhnung zu bewegen, wurden nur selten willkommen geheißen. Von ehemaligen Verfolgten wurden sie sogar als versteckte Versuche angesehen, den kommunistischen Terror in Vergessenheit geraten zu lassen. Dazu trug bei, dass die Schuldfrage nach dem Regimewechsel kaum thematisiert wurde.<sup>105</sup> Die Argumentation, dass auch die Kommunisten verfolgt worden seien, folglich alle Albaner unter der Verfolgung gelitten hätten und deswegen gleichermaßen „Opfer und Komplizen“ oder „Mitleidende und Mitschuldige“ gewesen wären, findet bis heute breite Zustimmung in der Gesellschaft. Berisha, der diese Begriffe 1992 als erster verwendete,<sup>106</sup> wurde sogar verdächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Vorgängerregime getroffen zu haben und deshalb nicht daran interessiert zu sein, die Verbrechen aufzudecken und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.<sup>107</sup>

Auf der anderen Seite besteht der Geist des Klassenkampfes in der albanischen Gesellschaft in gewisser Weise fort. Es handelt sich hierbei zwar nicht mehr um eine ideologische Konfrontation zwischen Kommunisten und Anti-Kommunisten, doch die politische Zugehörigkeit zu den beiden großen Parteien SP und DP teilt die Gesellschaft nach wie vor in zwei feindliche Lager. Ein Prozess der Versöhnung – der für viele Opfer ein Schuldbekennnis voraussetzt – hat in Albanien jedenfalls nicht stattgefunden.

---

**105** Über die Schuldfrage im postkommunistischen Albanien nach der Kategorisierung von Karl Jaspers (1945) siehe: Jonila Godole, „Das Erbe der kommunistischen Diktatur in Albanien“. In Jörg Baberowski et al. (Hrsg.), *Disziplinieren und Strafen*.

**106** Möglicherweise beeinflusst vom tschechischen Präsidenten Vaclav Havel, der in seiner ersten Neujahrsansprache über das gemeinsame Erbe des Totalitarismus sprach: „Wir sind also alle, wenn gleich natürlich in unterschiedlichem Ausmaß, für das Funktionieren des totalitären Apparats verantwortlich. Keiner von uns war nur Opfer. Wir alle sind zugleich seine Schöpfer.“ Siehe: Vaclav Havel, „New Years' Address to the Nation“, in *The Art of the Impossible*, New York 1984, S. 4.

**107** Biberaj, *Albania in Transition*, S. 156.

## 2.6 Aufarbeitungsgesetze

Die Aufarbeitung in Albanien konzentrierte sich ab 1991 hauptsächlich auf zwei Punkte: die Verabschiedung von Lustrationsgesetzen und die materielle Entschädigung der Opfer. Nachfolgend sind die wichtigsten Aufarbeitungsgesetze aufgeführt, die in den entsprechenden Kapiteln dieser Studie näher beschrieben werden.

Rechtsnorm	Datum	Inhalt
Gesetz Nr. 7514	30.9.1991	Über Unschuld, Amnestie und Rehabilitation ehemaliger Verurteilter und politisch Verfolgter. Dieses Gesetz wurde unter der DP-Regierung dreimal geändert: am 14. Januar 1993, Gesetz Nr. 7660; am 8. Juni 1993, Gesetz Nr. 7719 und am 7. Dezember 1993, Gesetz Nr. 7772.
Gesetz Nr. 7598	1.9.1992	Über die Schaffung eines Spezialfonds für ehemalige Sträflinge und politisch Verfolgte
Beschluss Nr. 40	29.1.1993	Über die wirtschaftliche Unterstützung ehemaliger Verurteilter und politisch Verfolgter
Gesetz Nr. 7698	15.4.1993	Über die Rückgabe und Entschädigung von Eigentum an ehemalige Eigentümer
Gesetz Nr. 7748	29.7.1993	Über den Status der politischen Gefangenen und der vom kommunistischen System Verfolgten
Beschluss Nr.184	4.5.1994	Über die Bereitstellung von Eigentumsentschädigungen für frühere politische Gefangene und vom kommunistischen System Verfolgte
Beschluss Nr.476	10.10.1994	Über die Unterbringungsverfahren ehemaliger Sträflinge und politisch vom kommunistischen System Verfolgter
Gesetz Nr.8001	22.9.1995	Über Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Albanien während des kommunistischen Regimes aus politischen, ideologischen oder religiösen Motiven begangen wurden (Genozid-Gesetz)
Gesetz Nr.8043	30.11.1995	Über die Überprüfung der Beamten und anderen Personen, die in Verbindung mit dem Schutz des demokratischen Staates stehen (das Verifikationsgesetz)
Gesetz Nr.8246	1.10.1997	Über das Institut für die Integration ehemaliger politischer Verfolgter (IIP)
Resolution	15.11.2006	Zur Bestrafung von Verbrechen des kommunistischen Regimes in Albanien
Gesetz Nr.9831	12.11.2007	Über die Entschädigung ehemaliger politischer Gefangener des kommunistischen Regimes <sup>108</sup> Das Gesetz wurde am 13.09.2018 nochmals ergänzt (Gesetz Nr.57/2018)

**108** Amtsblatt Nr.160, 3. Dezember 2007, S. 4669. Online verfügbar unter: <https://qbz.gov.al/eli/fz/2007/160/8f9b44c7-0db0-4fcf-b571-98b791d3c408;q=3%20dhjetor%202007> (letzter Zugriff: 07.01.2021).

Rechtsnorm	Datum	Inhalt
Gesetz Nr.10034	22.12.2008	Über das einwandfreie Image hochrangiger Beamter der öffentlichen Verwaltung und gewählter Beamter <sup>109</sup>
Gesetz Nr. 10 242	25.2.2010	Über das Institut zur Erforschung der Verbrechen und Folgen des Kommunismus (ISKK).
Gesetz 45/2015	30.4.2015	Über das Recht auf Information über Dokumente der ehemaligen Staatssicherheit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien <sup>110</sup> Das Gesetz wurde am 29.07.2020 ergänzt (Nr.114/2020) <sup>111</sup>
Resolution	3.11.2016	Zur Bestrafung der Verbrechen des Kommunismus gegen den Klerus sowie in besonderer Dankbarkeit für die Rolle und Aktivität des Klerus bei der Verteidigung der demokratischen Werte, Grundfreiheiten und Menschenrechte.
Gesetz Nr.83/2018	15.11.2018	Zur Ratifizierung des Abkommens zwischen dem Ministerrat der Republik Albanien und der Internationalen Kommission für vermisste Personen (ICMP) <sup>112</sup>

Hinweis: Alle in dieser Tabelle aufgeführten Gesetze und Verordnungen finden sich auch online auf den Seiten verschiedener Institutionen. Gesetzesnummer und Jahr der Verabschiedung reichen hierbei als Suchbegriffe aus. Eine verlässliche Quelle ist die Website des IIP, auf der alle von 1991 bis 1999 verabschiedeten Aufarbeitungsgesetze aufgeführt sind.<sup>113</sup> Die Amtsblätter (*Fletore Zyrtare*), in denen alle Gesetze nach Verabschiedung durch das Parlament veröffentlicht werden, können online im Archiv des Amtsblatts der Republik Albanien für den Zeitraum 2000–2016 abgerufen werden.<sup>114</sup>

Bei der Analyse der Gesetzgebung fällt auf, wie sehr die Aufarbeitung von aktuellen politischen Erwägungen bestimmt wurde. Seit 1991 wurde eine Reihe von Gesetzen zur Entschädigung der ehemals politisch Verfolgten verabschiedet. Diese wurden immer wieder verändert und ergänzt, was zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung geführt hat. Ursache für die Novellierungen war zum einen, dass die Entschädigungssummen aus Sicht der Betroffenen oftmals unzureichend waren. Zum anderen kam darin das Bestreben des albanischen Staates zum Ausdruck, die Ausgaben für Entschädigungen zu verringern. Aus diesem Grund wurden insbesondere die Begünstigtenkategorien, aber auch die Auszahlungsbeträge mehrfach geändert. Unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Entschädigungssystems und des Tempos seiner Um-

**109** Amtsblatt Nr. 202, 22. Dezember 2008, S. 10929. Online verfügbar unter: <https://qbz.gov.al/eli/fz/2008/202/a6ba8cc7-1f26-408b-901b-c505ec0e2ec5;q=Ligj%20nr%2010%20034> (letzter Zugriff: 07.01.2021).

**110** Amtsblatt Nr. 88, 28. Mai 2015, S. 4671. Online verfügbar unter: <http://ishti.gov.al/wp-content/uploads/2015/06/FLETORJA-ZYRTARE.pdf> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 08.01.2021).

**111** Verfügbar unter: <https://qbz.gov.al/share/hOmphM9RTvidcsl3OuCluw> (letzter Zugriff: 02.05.2023).

**112** Verfügbar unter: <http://www.parlament.al/Files/Akte/20181120112454ligj%20nr.%2083,%20dt.%2015.11.2018.pdf> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 20.09.2020).

**113** Verfügbar unter: <http://ishperndjekurit.gov.al/al/wp-content/uploads/2015/03/Kuadri-ligjor-i-terperndjekurve-politike.pdf> (letzter Zugriff: 20.09.2020).

**114** Verfügbar unter: <https://qbz.gov.al/eli/fz> (letzter Zugriff: 20.09.2020).

setzung wird es laut der KLSH weitere 16 Jahre dauern und ungefähr 300 Millionen Dollar kosten, bis der Entschädigungsprozess abgeschlossen ist.<sup>115</sup>

Die Auszahlung der Entschädigungen wurde offenkundig auch im Wahlkampf instrumentalisiert, wie aus dem Bericht der KLSH von 2017 hervorgeht. In den Wahljahren 2009 und 2013, als die DP an der Macht war, wurden jeweils 5.837 Personen mit 21 Millionen Dollar bzw. 24.933 Personen mit 29 Millionen Dollar entschädigt. Dies sind im Vergleich zu den Vorjahren, in denen keine Wahlen anstanden, auffallend hohe Zahlungen, was darauf hindeutet, dass sie auch dazu dienten, bestimmte Wählergruppen zu gewinnen. Ab 2014, als die SP regierte, nahm die Gesamtzahl der Begünstigten erheblich ab. Zugleich wurde jetzt der Schwerpunkt auf noch lebende Betroffene gelegt.<sup>116</sup>

## 2.7 Aktenzugang

Albanien ist das letzte postkommunistische Land in Europa, das die Akten seiner früheren Geheimpolizei *Sigurimi* zugänglich gemacht hat. Während die ehemaligen politischen Häftlinge frühzeitig die Öffnung der Akten und einen transparenten Umgang mit ihnen forderten, zeigte sich die Regierung lange unentschlossen – unabhängig davon, ob sie von der DP oder der SP gestellt wurde. So erklärte der konservative Präsident Berisha nach seinem Wahlsieg vom 22. März 1992 in einem Interview mit dem *Spiegel*: „Die Dossiers werden nicht geöffnet.“<sup>117</sup>

Das Fehlen eines gesetzlich geregelten Aktenzugangs führte jedoch dazu, dass einzelne Dossiers immer wieder für politische Zwecke missbraucht wurden. So behauptete das albanische Innenministerium wie oben erwähnt im August 1994, dass unter den Teilnehmern einer Protestaktion ehemaliger politisch Verfolgter zahlreiche Spitzel gewesen seien, ohne dass dies von außen überprüft werden konnte. Vieles spricht dafür, dass die *Sigurimi*-Akten auch in anderen Fällen für politische Zwecke eingesetzt wurden, etwa um einzelne Politiker unter Druck zu setzen.

Allerdings hatten die Kommunisten einen erheblichen Teil der Akten während des Regimewechsels vernichtet. Bereits am 15. Dezember 1990 befahl Innenminister Hekuran Isai den Regierungsbehörden im ganzen Land, bestimmte Akten wie etwa geheimes Material über ausländische Behörden etc. zu beseitigen. Im Archiv des Innenministeriums sollten nur noch Gerichts- und Ermittlungsakten verbleiben.<sup>118</sup> Am 18. Februar 1991 wurde eine weitere Anordnung erlassen, angeblich, „um das Archiv zu entlasten“. Allein bei dieser zweiten Säuberungsaktion, bei der die Personalakten des

115 IDMC, *Non (rehabilitation) of Political Persecuted*, S. 45.

116 Ebd., S. 44.

117 Interview mit Albaniens Wahlsieger Sali Berisha über die Aufgabe der neuen Regierung, „Mist aus den Winkeln kehren“, *Der Spiegel* (14/1992), S. 201–204.

118 Dervishi, *Sigurimi i Shtetit 1944–1991*, S. 222.

Sicherheitsdienstes entsorgt wurden, wurden rund 50.000 Akten vernichtet.<sup>119</sup> 2015 gab auch der ehemalige Ministerpräsident Alexander Meksi zu, dass in den Jahren 1990–1991 zahlreiche Akten vernichtet worden seien.<sup>120</sup>

Erst mit dem Gesetz Nr. 45/2015 vom 30. April 2015 wurde ein offizieller Zugang zu den Dokumenten der albanischen Geheimpolizei *Sigurimi* geschaffen. Ein erster Entwurf, der auch ein Verfahren zur Lustration vorsah, war dem Parlament bereits Monate zuvor von Oppositionsparteien und Menschenrechtsorganisationen vorgelegt worden. Er wurde jedoch von der sozialistischen Mehrheit nicht berücksichtigt.<sup>121</sup> Als der Regierungsentwurf zur Abstimmung stand, beteiligte sich die DP, die zu diesem Zeitpunkt in der Opposition war, nicht an der Abstimmung.

Dem Gesetz zufolge sollen die Akten der *Sigurimi* für wissenschaftliche und journalistische Zwecke zugänglich gemacht werden. Auch ehemalige Verfolgte und Angehörige von Vermissten, aber auch ehemalige Mitarbeiter der *Sigurimi* sollen Einsicht in ihre Akte erhalten können.<sup>122</sup> Das Gesetz erlaubt zudem die Überprüfung von Parteifunktionären und Beamten auf eine frühere Zusammenarbeit mit der *Sigurimi*. Jedoch sieht es nur die Möglichkeit vor, entsprechende Informationen bereitzustellen, und enthält keine Vorkehrungen für eventuell einzuleitende Maßnahmen. Eine Entfernung von politisch belasteten Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst sieht das Gesetz nicht vor.

Kritikern ging dieses Gesetz deshalb nicht weit genug.<sup>123</sup> Die Befürworter machten geltend, dass sich das Gesetz weitgehend an das deutsche Stasi-Unterlagen-Gesetz anlehne.<sup>124</sup> Ignoriert wurde dabei jedoch, dass die DDR einem funktionierenden demokratischen System beigetreten war und ein Elitenaustausch deshalb gleichsam automatisch stattfand. Die Regierung beteuerte demgegenüber, auch das tschechische

---

**119** Interview mit Kastriot Dervishi, ehemaliger Direktor des Archivs im Innenministerium, *Autoriteti po bllokon dosjet, mbron persekutorët e komunizmit* [Die Behörde blockiert die Akten und nimmt die Verantwortlichen im Schutz], *Albania Free Press*, 18. Juli 2017, verfügbar unter: <https://gazetaimpakt.com/kastriot-dervishi-autoriteti-po-bllokon-dosjet-mbron-persekutoret-e-komunizmit/> (letzter Zugriff: 28.08.2020).

**120** Interviews des ehemaligen Ministerpräsidenten Meksi in der albanischen Presse, verfügbar unter: <http://www.panorama.com.al/zbuloheh-dokumentet-meksi-si-u-zhduken-me-urdher-29-mije-dosjetesigurimit-ne-89-92/>; <https://gazetamapo.al/meksi-dosjet-e-bashkepunetoreve-te-sigurimit-i-kane-zhdukur/> (letzter Zugriff: 27.08.2020).

**121** Verfügbar unter: <https://www.zeriamerikes.com/a/dode-pd-dosjet-hapja-shqiperi/2541237.html> (letzter Zugriff: 16.12.2020). Ebenfalls im Januar 2015 richtete eine Gruppe von Intellektuellen, Schriftstellern und Professoren im In- und Ausland, darunter die Nobelpreisträgerin Herta Müller und die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Ulrike Lunacek, eine Petition an das albanische Parlament, um die *Sigurimi*-Akten zu öffnen.

**122** Glos und Godole, *Aufarbeitung in Albanien*, S. 3.

**123** Agron Tufa, „Dosjet‘, çfarë do të sjellë për shoqëri në ligji i miratuar në Parlament?“, *Top Chanel* (01.05.2015), verfügbar unter: <http://top-channel.tv/2015/05/01/dosjet-cfare-do-te-sjelle-per-shoqerine-ligji-i-miratuar-ne-parlament/> (letzter Zugriff: 16.12.2020).

**124** Siehe Glos und Godole, *Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit*.

Gesetz als Vorbild herangezogen zu haben, wobei offenblieb, in welchen Bereichen die ausländischen Modelle konkret Anwendung fanden.

Das Aktenöffnungsgesetz von 2015 hatte bislang nur geringe Auswirkungen auf die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Albanien. Seine Verabschiedung kann zwar als symbolischer Schritt betrachtet werden, doch das Misstrauen, das sich über die Jahre aufgebaut hatte, konnte es nicht ausräumen. Dazu waren die Archive zuvor zu oft missbraucht worden, indem belastende Dokumente beseitigt oder als Druckmittel gegenüber politischen Gegnern eingesetzt worden waren. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2015 gab es keinen einzigen Fall, in dem eine einflussreiche Person aus Politik, Justiz oder Polizei der Zusammenarbeit mit der *Sigurimi* überführt wurde.

## 2.8 Gedenkorte

Es gibt in Albanien über 700 Gedenkstätten, die an die Heldentaten der Partisanen im Zweiten Weltkrieg erinnern, sowie Tausende von Bunkern, die unter Hoxha errichtet wurden. Staatlich finanzierte Gedenkstätten und Denkmäler, die an die Repression und ihre zahlreichen Opfer erinnern, gibt es dagegen bis heute nicht. Die wenigen Museen, die sich mit der Diktatur befassen und in den letzten Jahren eröffnet wurden, gehen zumeist auf lokale Initiativen zurück. Sie können in zwei Gruppen unterteilt werden: Erstens Gedenkstätten und Museen, die in früheren Repressionseinrichtungen wie Gefängnissen oder Internierungs- und Zwangsarbeitslagern errichtet wurden; zweitens künstlerisch orientierte Ausstellungen oder Museen.

### 2.8.1 Gedenkorte in früheren Repressionseinrichtungen

Im September 2014 wurde in Shkodra das Museum „Site of Witness and Memory“ eröffnet. Es ist das erste professionell geführte Museum im Bereich der Aufarbeitung. Es befindet sich in einem Gebäude, das ursprünglich dem Franziskanerorden gehörte. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1944 wurde der Bau beschlagnahmt und diente der Abteilung für innere Angelegenheiten der Stadt Shkodra als innerstädtisches Gefängnis.

2014 wurde das Gebäude in ein Museum umgewandelt, in dem frühere Zellen, Folterkammern und Objekte einstiger Insassen oder ihrer Familien besichtigt werden können. Darüber hinaus haben die Besucher die Möglichkeit, sich Originaldokumente anzusehen, welche die kommunistische Verfolgung in Shkodra belegen, insbesondere solche des katholischen Klerus (Internierungs-, Haft- und Erschießungsbefehle, u. a. unterzeichnet von Enver Hoxha). Das Museum erhält nur geringe Fördermittel von der lokalen Regierung und ist auf die Unterstützung in- und ausländischer Aufarbeitungsinstitutionen angewiesen.

Am 5. September 2016 folgte die Einweihung eines Denkmals zum Gedenken an die Leiden von über 33.000 Personen, die zwischen 1954 und 1991 in einem der 14 Internierungslager in der Region um Lushnja (Savra, Gradishta, Grabjani etc.) inhaftiert waren. Das Denkmal wurde auf Initiative des IIP in Lushnja errichtet.

Ein Denkmal zur Erinnerung an den Widerstand gegen den Kommunismus wurde am 20. Mai 2019 in Shkodra eingeweiht. Das 5,80 Meter hohe Denkmal soll an das Leiden von Intellektuellen, Geistlichen, Männern, Frauen, Müttern, Jugendlichen und Familien aus dem nördlichen Albanien erinnern, die gequält, ermordet oder interniert worden waren. Es wurde mit Unterstützung ehemaliger politischer Verfolgter, ausländischer (vorwiegend deutscher) Institutionen und der Gemeinde Shkodra errichtet.

Verschiedene Initiativen, berüchtigte frühere Gefängnisse und Straflager wie in Spaç, Tepelena oder Qafë-Bari in Gedenkstätten umzuwandeln, sind bislang gescheitert. Die Orte verfallen deshalb zusehends.<sup>125</sup> Im Historischen Nationalmuseum in Tirana gibt es immerhin einen Saal, der der kommunistischen Unterdrückung gewidmet ist. Die übrige Ausstellung des Museums folgt jedoch weiterhin im Wesentlichen dem kommunistischen Narrativ, dass Albanien im Jahr 1944 befreit worden sei.

## 2.8.2 Künstlerisch orientierte Ausstellungen oder Museen

Unter der ab Juni 2013 amtierenden sozialistischen Regierung sind drei Museen bzw. künstlerisch orientierte Ausstellungen entstanden, die im weiteren Sinne ebenfalls der Aufarbeitung der Vergangenheit zugerechnet werden können. Allerdings sorgte ihre Errichtung teils für heftige Diskussionen.<sup>126</sup> Für die Kritiker befeuern sie unter dem Deckmantel der Erinnerung eher Nostalgie hinsichtlich des Kommunismus. Die Geschichte werde durch sie nicht aufgearbeitet, sondern zur Attraktion gemacht.

Im Zentrum von Tirana wurde am 23. Mai 2017 das nationale Museum für geheime Überwachung, bekannt als „Haus der Blätter“, eingeweiht. Seine Errichtung basiert auf dem Beschluss Nr. 208 des Ministerrates. Das Gebäude war in den 1930er-Jahren ursprünglich eine Geburtsklinik gewesen. Nach der Errichtung des kommunistischen Regimes diente es von 1944 bis 1991 als Abhörzentrale der *Sigurimi*. Da Telefone normalen Bürgern nicht erlaubt waren, wurden von hier aus hauptsächlich Diplomaten und prominente Personen abgehört. Das künstlerisch angelegte Museum bietet Informationen über die Geschichte des Hauses, die Abhörvorrichtungen der *Sigurimi* und einige Beispiele abgehörter Personen. Das „Haus der Blätter“, das 2020 mit dem Museumspreis des Europarates ausgezeichnet wurde, wird vom Kulturministerium finanziert.

<sup>125</sup> Idrizi, *Herrschaft und Alltag*, S. 39.

<sup>126</sup> Sabine Adler, „Umstrittene Erinnerungskultur: Erste Museen zur Hoxha-Diktatur in Albanien“, *Deutschlandfunk* (16.08.2017), verfügbar unter: [https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-erinnerungskultur-erste-museen-zur-hoxha.691.de.html?dram:article\\_id=393639](https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-erinnerungskultur-erste-museen-zur-hoxha.691.de.html?dram:article_id=393639) (letzter Zugriff: 14.01.2021).



Ebenfalls in Tirana wurde am 26. März 2013 das Checkpoint-Denkmal (*Postblllok*) der Öffentlichkeit übergeben. Dabei handelt es sich um eine Installation des Publizisten Fatos Lubonja und des Künstlers Ardian Isufi. Das Denkmal soll die Gräueltaten des kommunistischen Regimes symbolisieren und befindet sich im Garten des ehemaligen Hauses von Mehmet Shehu, dem langjährigen Ministerpräsidenten unter Hoxha. Zu dem Denkmal gehören ein Bunker, Betonträger aus dem Spaç-Gefängnis, in dem Lubonja eine Zeit lang inhaftiert war, sowie ein Fragment der Berliner Mauer, das die Berliner Landesregierung der Stadt Tirana geschenkt hat.

Unweit dieses Denkmals befindet sich die ehemalige Villa Enver Hoxhas. Das Haus und seine luxuriöse Innenausstattung sind weitgehend unverändert erhalten geblieben. Die Regierungsküche im Keller ist weiterhin in Betrieb. Das Haus wird jedoch nur gelegentlich für Ausstellungen oder Staatsempfänge genutzt. Appelle ehemaliger politisch Verfolgter wie Gëzim Peshkëpia oder Agron Tufa, die Villa zu einer Gedenkstätte zu machen, die an die Verbrechen des Kommunismus erinnert, blieben bislang wirkungslos.<sup>127</sup>

2014 und 2016 wurden darüber hinaus die künstlerischen Ausstellungen *Bunk'art 1* und *Bunk'art 2* eröffnet. Dabei handelt es sich um unterirdische Galerien in zwei Bunkern. Einer der Bunker (*Bunk'art 1*) befindet sich am Stadtrand von Tirana und sollte Hoxha sowie ausgewählte Mitglieder des Zentralkomitees im Falle eines Atomkriegs beherbergen. Für *Bunk'art 2* wurde dagegen in der Innenstadt von Tirana ein neuer Bunker gebaut. Ehemalige politische Häftlinge zeigten sich damals verärgert über den Bau eines weiteren Bunkers neben den Hunderttausenden bereits existierenden und versuchten den Eingang der Ausstellung zu demolieren.

## 2.9 Gedenkveranstaltungen

In Albanien gibt es keinen offiziellen Gedenktag für die vom kommunistischen Regime ermordeten Menschen. Lediglich der 8. Dezember wird als Tag der Demokratie gefeiert, weil an diesem Tag infolge der Studentenproteste 1990 der politische Pluralismus in Albanien Einzug hielt. Es gab Vorschläge, den 23. August, also den Europäischen Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime, zum Gedenken an die Opfer des albanischen Kommunismus zu nutzen. Verbände ehemaliger politischer Verfolgter verlangten jedoch, ein in der Geschichte Albaniens verankertes Datum zum Gedenktag zu erklären. Die Daten, die dabei zur Diskussion standen, waren:

- **20. Februar 1991:** Der Tag gilt aufgrund des gewaltsamen Abrisses der Statue des Diktators Enver Hoxha als Tag des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes;

---

<sup>127</sup> Gëzim Peshkëpia und Agron Tufa, „Vila e Hoxhës, Muze për krimet e komunizmit!“, *Panorama* (06.09.2013), verfügbar unter: <http://www.panorama.com.al/vila-e-enver-hoxhes-muze-per-krimet-e-komunizmit/> (letzter Zugriff: 30.01.2021).

- **29. November 1944:** Der Tag gilt als Datum der Errichtung des kommunistischen Regimes in Albanien. Jedoch wurde er auch unter Hoxha als Tag der Befreiung offiziell gefeiert. Zudem begann der Terror schon 1943 und nahm nach der Machtübernahme der Kommunisten am 29. November 1944 nur offizielle Formen an.
- **21. Mai 1973:** An diesem Tag kam es im Gefängnis von Spaç zu einer Revolte, die als größter Aufstand gegen das kommunistische Regime gilt.

Keiner dieser Vorschläge führte bislang zur gesetzlichen Festlegung eines Gedenktages für die Opfer des Kommunismus.

Verbände der politisch Verfolgten gedenken des kommunistischen Terrors noch an einer Reihe weiterer Daten. Diese Veranstaltungen erfahren jedoch keine große Aufmerksamkeit oder Unterstützung. Die internationale Veranstaltung „Memory Days“, die vom Institut für Demokratie, Medien und Kultur (IDMC) mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2016 jährlich organisiert wird, erinnert an wichtige Daten und Ereignisse der Unterdrückung während der kommunistischen Diktatur. Sie gibt auch Raum für Debatten im Kontext der Erinnerungspolitik. In diesem Zusammenhang kam es zu Diskussionen über ein Dekommunisierungsgesetz oder über die Einführung von Sonderbestimmungen in das Strafgesetzbuch wie z.B. das Verbot kommunistischer Propaganda oder kommunistischer Symbole (roter Stern, Hammer und Sichel) oder das öffentliche Ausstellen von Fotografien führender kommunistischer Funktionäre usw. Bisher resultierte daraus jedoch keine konkrete Gesetzesinitiative.

## 2.10 Aufarbeitungsinstitutionen

Im Gegensatz zu anderen Ländern gab es in Albanien keine Wahrheitskommission oder einen Untersuchungsausschuss zu den Verbrechen des Kommunismus. Die Institutionen, die sich von 1991 bis heute direkt oder indirekt mit dem Thema beschäftigen, lassen sich in drei Gruppen einteilen:

- Verfassungsorgane;
- zentralstaatliche Institutionen;
- zivilgesellschaftliche Einrichtungen.

### 2.10.1 Verfassungsorgane

Dem albanischen Parlament (*Kuvendi i Shqipërisë*), dem insgesamt 140 Abgeordnete angehören, fiel im Prozess der Aufarbeitung naturgemäß eine zentrale Rolle zu, da es für die nationale Gesetzgebung zuständig ist. Seine Entscheidungen waren jedoch in starkem Maße davon abhängig, welche Partei gerade an der Macht war. Gesetze zur Lustration oder zur Strafverfolgung kamen durch Mehrheitsvoten der DP zustande. Das oben erwähnte Verifikationsgesetz Nr. 8043 zur Überprüfung der Beamten auf

eine Kollaboration mit der *Sigurimi* führte 1995 auch zur Gründung der sogenannten Bezhani-Kommission. Diese entschied darüber, welche Personen nach einer entsprechenden Überprüfung nicht für ein öffentliches Amt kandidieren durften.

Die Nachfolgepartei der Kommunisten beschloss andererseits mehrere Gesetze zur Entschädigung von ehemaligen politischen Gefangenen. Sie dienten aber auch als Ausgleich für erhöhte Entschädigungen ehemaliger Kriegsveteranen. Die sozialistische Mehrheit beschloss 2015 auch das oben erwähnte Gesetz zur Öffnung der *Sigurimi*-Akten. Von der Opposition wurde es abgelehnt, weil es keine Elemente der Lustration enthielt.

Das Verfassungsgericht spielte ebenfalls eine erhebliche Rolle im Aufarbeitungsprozess. So war es dafür verantwortlich, dass das sogenannte Lustrationsgesetz Nr. 10034 von 2008 ein Jahr nach seiner Verabschiedung wieder gekippt wurde. Das Gesetz sah vor, die exekutiven, legislativen und judikativen Organe von ehemaligen *Sigurimi*-Mitarbeitern und hochrangigen Vertretern des Zentralkomitees zu säubern. Es wurde jedoch vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig und als ein Verstoß gegen internationale Konventionen verworfen.

## 2.10.2 Zentralstaatliche Institutionen

Der Ausschuss für ehemalige Verurteilte und politisch Verfolgte wurde 1993 vom albanischen Parlament eingesetzt, um Daten über die Verfolgten zu sammeln. Er bestand bis Ende 1994 und war dem Ministerrat unterstellt. Vor allem auf Druck dieses Ausschusses wurden die ersten Gesetze zum Status politischer Gefangener (Gesetz Nr. 7748) und zu Vermögensentschädigungen (Beschluss 184) verabschiedet.<sup>128</sup>

Im Januar 1995 wurde der Ausschuss in das Institut für die Integration ehemaliger politischer Verfolgter (IIP) umgewandelt. Dieses war zunächst dem Ministerium für Soziales, Wohlfahrt und Jugend (MMSR) unterstellt, von 1998 bis 2013 dann dem Justizministerium. Seit Januar 2014 untersteht das IIP, das derzeit 24 Mitarbeiter hat, wieder dem MMSR.

Das Institut zur Erforschung kommunistischer Verbrechen und deren Folgen (ISKK) wurde nach der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 10242 am 25. Februar 2010 gegründet und hat den Status einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung. Das Institut sollte Dokumente und Fakten über die kommunistische Zeit in Albanien sammeln und analysieren. Bislang veröffentlichte es über 100 Publikationen, darunter viele Biografien politischer Gefangener sowie spezielle Studien. Insbesondere das achtbändige *Enzyklopädische Lexikon der Opfer des kommunistischen Terrors* enthält akribisch recherchierte Informationen zu allen Personen, die dem kommunistischen Regime zum Opfer fielen.

---

**128** Offizielle Website des IIP, verfügbar unter: <http://ishperndjekurit.gov.al/al/historiku/> (letzter Zugriff: 11.12.2020).

Ab 2017 wurde erheblicher Druck auf die Arbeit der ISKK ausgeübt, der Anfang 2019 in Drohungen sozialistischer Abgeordneter gipfelte, das Institut zu schließen. Ursache war eine 2014 veröffentlichte ISKK-Studie mit dem Titel „Kriegsverbrecher“, welche die Rolle der kommunistischen Führer der Nationalen Befreiungsfront, die während der Diktatur hohe politische Positionen innehatten, negativ beleuchtete. Die Angriffe dauerten mehrere Monate und konzentrierten sich auf den Direktor des ISKK, Agron Tufa, der sich im November 2019 aufgrund von Verleumdungen und Morddrohungen schließlich gezwungen sah, in der Schweiz politisches Asyl zu beantragen.<sup>129</sup>

Die Behörde für Informationen über die Dokumente der ehemaligen Staatssicherheit (AIDSSH) nahm ihre Arbeit im Dezember 2016 auf, anderthalb Jahre nach Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes. Die Übernahme des deutschen Modells, die Stasiakten zwar zugänglich zu machen, aber keine Lustration vorzuschreiben, war von den Verbänden ehemaliger politischer Gefangener mit Enttäuschung aufgenommen worden. Auf der anderen Seite kritisierte der ehemalige Direktor des Archivs des Innenministeriums, Kastriot Dervishi, dass die Einrichtung der neuen Behörde nicht nur einen Verstoß gegen das Archivgesetz darstelle,<sup>130</sup> sondern auch unnötig sei. Ihm zufolge lässt sich das deutsche Modell nicht auf die albanische Realität übertragen.

Im Gegensatz zum DDR-Staatssicherheitsdienst, der ein eigenständiges Ministerium bildete, war die *Sigurimi* nur eine von drei Abteilungen innerhalb des Innenministeriums, die für die Umsetzung der Repressionspolitik zuständig waren. Infolge des Gesetzes werden diese Bestände nun auseinandergerissen. Dervishi vertrat daher die

---

**129** Im April 2019 gab Tufa an, dass 519 ehemalige Sicherheitsbeamte bei der Staatspolizei waren. In der Position des Direktors des ISKK hatte er Informationen von allen Institutionen, die sie eingestellt hatten, angefordert, aber keine Antwort erhalten. Verfügbar unter: <https://www.faktor.al/2019/04/08/agron-tufa-519-oficere-te-sigurimit-jane-ne-policine-e-shtetit-te-tjeret-ne-administrate-ja-pse-me-sulmoi-braho/> (letzter Zugriff: 14.01.2021). Und im September 2020 veröffentlichte Tufa auf seiner persönlichen Facebook-Seite eine Liste wichtiger Persönlichkeiten aus Politik, Kultur usw., die mit der *Sigurimi* zusammengearbeitet hatten. Unter ihnen war der Name des aktuellen Parlamentspräsidenten Gramoz Ruci. Laut Tufa wurde die Liste von der Kommission, die das Verifikationsgesetz Nr. 8043 umsetzen sollte, zusammengestellt. Die Liste sollte viele Personen, die mit dem ehemaligen kommunistischen Regime in Verbindung standen, hindern, in den Wahlen 1996 zu kandidieren. Tufas Dokument wurde in einigen sozialen Netzwerken und Online-Medien veröffentlicht, darunter: <https://www.faxweb.al/gramos-ruce-dhe-agron-tufa-pseodonimi/>; <https://shekulli.com.al/agron-tufa-nxjerr-dokumentin-dhe-akuzon-ja-pseudonimi-i-gramoz-rrucit-si-spiun-i-sigurimit/> (letzter Zugriff: 14.01.2021).

**130** Dervishi argumentiert, dass gemäß der Archivgesetzgebung (Nr. 7726 vom 29.06.1993, aufgehoben durch das geltende Gesetz Nr. 9154 vom 06.11.2003) als einzige Behörde für die Verwaltung von Dokumenten aus der Zeit nach 1944 das Archiv des Innenministeriums zuständig sei. Jede Aufteilung von Archivakten verstoße gegen die Grundsätze der Archivkunde. Ihm zufolge könnte die Einrichtung der AIDSSH ein Präzedenzfall werden. Auf die gleiche Weise könnte beantragt werden, beispielsweise weitere Behörden zur Information über die Dokumente der PPSH, der Demokratischen Front usw. einzurichten. Siehe: Dervishi, *Autoriteti po bllokun dosjet*, verfügbar unter: <http://www.afp.al/news/2017/07/kastriot-dervishi-autoriteti-po-bllokon-dosjet-mbron-persekutoret-e-komunizmit-36084/> (letzter Zugriff: 06.12.2020).

Meinung, dass in Albanien zunächst in die vorhandenen Archive hätte investiert werden müssen. Die Bereitstellung von Informationen zu *Sigurimi*-Akten wäre auch innerhalb der bestehenden Archivstrukturen möglich gewesen.<sup>131</sup>

Wie viele Unterlagen die *Sigurimi* hinterlassen hat, ist weiterhin unklar. Nach Angabe der Behörde sind 212.000 Akten, 250.000 Karteikarten, 15.000 gerichtliche Ermittlungsakten und 21.000 Akten über politisch Verfolgte überliefert, zuzüglich mehrere Tausend Register, Protokolle und normative Dokumente. Damit umfasst die Datensammlung rund 32 Millionen Seiten.<sup>132</sup> Diese Zahl ist aber möglicherweise überhöht, da sie auch die Gerichts- und Ermittlungsakten berücksichtigt, die nicht Teil des ehemaligen *Sigurimi*-Archivs sind.

### 2.10.3 Zivilgesellschaftliche Einrichtungen

Das Institut für Demokratie, Medien und Kultur (IDMC) ist eine unabhängige Einrichtung, die sich eine bessere Aufklärung albanischer Jugendlicher über die Folgen des Kommunismus und totalitärer Regime zum Ziel gesetzt hat. Es bildet Lehrer fort, organisiert Zeitzeugengespräche mit ehemaligen politischen Gefangenen in Schulen sowie Besuche von Erinnerungsorten. Darüber hinaus führt es nationale und regionale Veranstaltungen, Wettbewerbe, wissenschaftliche Konferenzen, Filmvorführungen u. a. durch. Das IDMC veröffentlicht auch Archivmaterial, das im Unterricht zur Anwendung kommen soll.<sup>133</sup>

Das Online-Archiv der Opfer des Kommunismus ist eine Initiative der „KUJTO“-Stiftung; es sammelt Dokumente und Daten über die Opfer des kommunistischen Regimes sowie über dessen Gefängnisse und Internierungslager.

Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind in der Regel auf die Unterstützung ausländischer Partner angewiesen. In Albanien sind dabei insbesondere die folgenden relevant: Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Tirana unterstützt seit 2010 die Verbände der politisch Verfolgten sowie eine Reihe von Forschungsprojekten zum albanischen Kommunismus. Das wichtigste davon ist das erwähnte *Enzyklopädische Lexikon der Opfer*, das vom ISKK herausgegeben wird. Die Stiftung unterstützt auch das IDMC bei seiner Bildungsarbeit zur kommunistischen Vergangenheit. Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) engagiert sich seit mehreren Jahren für die Förderung des nationalen Dialogs über die kommunistische Vergangenheit Albaniens. In Zusammenarbeit mit der Universität Tirana initiierte sie im September 2020 die Errichtung eines Zentrums für Gerechtigkeit und Transformation, dessen

<sup>131</sup> Dervishi, *Autoriteti po bllokun dosjet*.

<sup>132</sup> „Dosjet e ish-Sigurimit të Shtetit / 32 milionë faqe dokumente në katër dekada“, 1. März 2019. Verfügbar unter: <http://www.respublica.al/2019/03/01/dosjet-e-ish-sigurimit-t%C3%AB-shtetit32-milion%C3%AB-faqe-dokumente-n%C3%AB-kat%C3%ABr-dekada> (letzter Zugriff: 06.12.2020).

<sup>133</sup> Verfügbar unter: [www.idmc.al/en](http://www.idmc.al/en); [www.observatorikujteses.al](http://www.observatorikujteses.al) (letzter Zugriff: 06.12.2020).

Ziel die Stärkung der akademischen Lehr- und Forschungskapazitäten im Bereich der Aufarbeitung in Albanien ist.

Die Internationale Kommission für vermisste Personen (ICMP) unterzeichnete im Juni 2018 eine Kooperationsvereinbarung mit der albanischen Regierung mit dem Ziel, die sterblichen Überreste von circa 5.000 vermissten Personen ausfindig zu machen. Ähnlich wie in einigen lateinamerikanischen Staaten wurden die Betroffenen mit oder ohne Gerichtsverfahren getötet und ihre Leichen den Familien niemals übergeben. Dem Gesetz Nr. 83/2018 zufolge soll die ICMP DNA-Analysen der aufgefundenen sterblichen Überreste anfertigen und diese mit der DNA möglicher Familienangehöriger abgleichen. Die Vereinbarung wurde allerdings mit Skepsis betrachtet, da Zweifel bestanden, ob die albanische Regierung den Identifizierungsprozess mit den notwendigen Mitteln unterstützen würde.<sup>134</sup> Aufgrund von Zeitzeugenaussagen und Dokumenten wurden bisher zwar 29 mögliche Grabstätten von Ermordeten identifiziert, doch auch nach zweijähriger Suche hat die ICMP bislang noch keine praktischen Erfolge verzeichnet.

## 2.11 Opferverbände

Die erste nationale Vereinigung ehemaliger politisch Verfolgter (*Shoqata Kombëtare e ish-të Përndjekurve dhe të Burgosurve politikë të Shqipërisë*) wurde Mitte 1991 in Tirana gegründet; in kürzester Zeit hatte sie hunderttausende Mitglieder.<sup>135</sup> Bald danach entstanden andere Opfervereine wie die Union der Gewerkschaften Albaniens oder der Verein inhaftierter und verfolgter Frauen. Die Verfolgten einte zuerst das Streben, Druck auf die Regierung auszuüben, um ihre materielle Lage zu verbessern. Nach ihrer Freilassung befanden sie sich in der Regel in einer prekären Lage ohne finanzielle Rücklagen oder höhere Berufsausbildung. Sie hatten auch keinen Anspruch auf eine Unterkunft, nachdem ihre Häuser oder Wohnungen im Zusammenhang mit ihrer Verurteilung konfisziert worden waren.

Nach der Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen verbesserte sich die Lage der ehemaligen Verfolgten etwas.<sup>136</sup> Aus Sicht der Betroffenen fielen die Entschädigungen jedoch ungenügend aus. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen mit der DP-Regierung führten zu einer Spaltung der Verfolgten in Befürworter und Kritiker der Regierung. Nach einem Hungerstreik im Jahr 1994 wurden Mitglieder der oben ge-

<sup>134</sup> Jonila Godole, „Të zhdukurit gjatë komunizmit dhe dilemat e marrëveshjeve“, *Panorama* (09.06.2018), verfügbar unter: <http://www.panorama.com.al/te-zhdukurit-gjate-komunizmit-dhe-dilemat-e-marreveshjeve/> (letzter Zugriff: 16.12.2020).

<sup>135</sup> Vgl. Kretsi, *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien*, S. 148.

<sup>136</sup> Ebd. Laut Kretsi hatten 2004 4.162 Familien Unterkunftsprobleme, 370 von ihnen lebten immer noch an den Orten, an denen sie deportiert bzw. interniert waren; nur 37 % der politisch Verfolgten konnten eine Wohnung bekommen; 1.900 Personen erhielten zwischen 1992 und 1997 Kredite, und 12.000 Verfolgte konnten das Recht auf ein Studium nutzen. S. 151.

nannten Vereinigung beschuldigt, mit den ehemaligen Kommunisten zusammenzuarbeiten. Daraufhin wurde eine weitere Vereinigung gegründet, die sich selbst als „antikommunistisch“ bezeichnet (der Antikommunistische Verein der politisch Verfolgten in Albanien).<sup>137</sup> Dieser Verein vertritt den Anspruch, „die Interessen der politisch Verfolgten auf nationaler Ebene zu vertreten“. Er ist sehr aktiv und verfügt über ein breites Netzwerk im ganzen Land.

Darüber hinaus gibt es weitere Vereinigungen wie die Nationale Union für die Integration der Verfolgten, der Verband der politischen Gefangenen, die Erben der aus politischen Gründen Hingerichteten, die Vereinigung der Deportierten und Internierten u. a. m. Alle diese Vereinigungen suchen Unterstützung beim IIP. Die Zusammenarbeit untereinander ist nach Angaben ihrer Vertreter jedoch minimal oder gar nicht vorhanden.<sup>138</sup>

## 2.12 Maßnahmen im Bildungssystem

Während der Übergangszeit in Albanien hat sich der Lehrplan für Geschichte mehrmals geändert, vor allem aufgrund des Drucks europäischer Organisationen wie etwa des Europäischen Verbandes der Geschichtslehrer (EuroClio) und des Europarates. Nach dem Fall des Kommunismus kamen zahlreiche Dokumente und Daten ans Licht, die eine Umschreibung verschiedener Kapitel der albanischen Geschichte erforderlich machten. Der fehlende politische Wille der aufeinanderfolgenden Regierungen verlangsamte jedoch die Übernahme dieser Erkenntnisse in die Lehrpläne.

Im Zuge der ersten Schulreform änderten sich die Geschichtslehrpläne vor allem bei der Darstellung der Weltgeschichte, während die Geschichte Albaniens nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin fehlerhaft dargestellt wurde und wird. Lehrplanspezialisten und Lehrbuchautoren erklären diesen Umstand mit einem Mangel an wissenschaftlichen Studien auf diesem Gebiet, weil es in den Instituten und Universitäten nur wenig Interesse daran gebe.<sup>139</sup> Hinzukamen die politischen Richtungswechsel, die sich auch in den Schulbüchern niederschlugen: Während das kommunistische Regime unter den Demokraten Anfang der 1990er-Jahre prinzipiell negativ behandelt wurde, neigten die Autoren nach der Rückkehr der Kommunisten an die Macht im Jahr 1997

**137** Offizielle Website des Antikommunistischen Vereins der politisch Verfolgten in Albanien, verfügbar unter <https://antikomunistet.al> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 11.12.2020).

**138** Tanush Kaso, „Mbi gjendjen e shoqatave të të përndjekurve politikë“. In *Balli Kombetar* (19.4.2019), verfügbar unter: <https://www.ballikombetar.info/mbi-gjendjen-e-shoqatave-te-te-perndjekurve-politike/> (letzter Zugriff: 13.11.2022).

**139** Fatmiroshe Xhemalaj, „Kurrikula e historisë dhe ndryshimet e saj në Shqipëri 1990–2020.“ [Schulcurricula für Geschichte und deren Veränderungen von 1990 bis 2020], in *Reflektimi i periudhës komuniste në kurrikulën e historisë* [Darstellung der kommunistischen Ära in den Lehrplänen]. Tirana 2020.

dazu, die zuvor eliminierten Themen des Befreiungskriegs und der Zeit des Kommunismus wieder in die Lehrbücher aufzunehmen.<sup>140</sup>

### 2.12.1 Die kommunistische Diktatur im Lehrplan

Albanische Schüler werden ab dem Alter von 14 Jahren (Klasse 8) über den Kommunismus unterrichtet, insbesondere über die Oktoberrevolution von 1917 und die sogenannte Diktatur des Proletariats (insgesamt 7 Unterrichtsstunden). Im darauffolgenden 9. Schuljahr lernen die Schüler die Natur dieses Regimes anhand der Ereignisse, die von 1944 bis 1991 in Albanien stattfanden, näher kennen (insgesamt 11 Unterrichtsstunden). In der 11. Klasse konzentrieren sich die Schüler noch einmal auf die Zeit der Errichtung des kommunistischen Regimes in Albanien (insgesamt 12 Unterrichtsstunden).

Lehrplanspezialisten sind der Ansicht, dass der für die Zeit des Kommunismus zur Verfügung gestellte Unterrichtsumfang angemessen ist, die Qualität der Vermittlung jedoch stark von der Befähigung der Lehrer und deren Gebrauch der Materialien abhängt. Für die Qualität sei auch entscheidend, ob Schüler zu authentischen Verfolgungsorten wie Gefängnissen, Zwangs- oder Arbeitslagern geführt würden, um die Unterdrückung begreifbar zu machen. Da viele Lehrer keinen Zugang zu neueren Studien und Archivdokumenten haben, wissen sie oft nicht genug über die Zeit der Diktatur oder fühlen sich zu unsicher für eine eigene Analyse.

Eine kürzlich unter Geschichtslehrern durchgeführte Umfrage des IDMC offenbarte, dass jeder vierte die wichtigsten Daten des antikommunistischen Widerstands nicht identifizieren konnte.<sup>141</sup> Drei Viertel konnten die Zahl der in Albanien Verfolgten nicht nennen. Eine Mehrheit bekräftigte zudem, dass bestimmte Themen der Unterdrückung wie die Ausgrenzung der Kinder von Verfolgten, die Rolle der Frau oder der antikommunistische Widerstand keinen Platz im Lehrplan fänden. Obwohl die meisten Lehrer der Meinung sind, dass der Besuch von Erinnerungsorten, die Begegnung mit Zeitzeugen und die Beteiligung der Schüler an kreativen Projekten und Wettbewerben zur Reflexion über die Vergangenheit beitragen und die Achtung der Menschenrechte und der Demokratie fördern, sind diese Formen der Geschichtsvermittlung in den Lehrplänen kaum zu finden.

<sup>140</sup> Idrizi, *Zwischen politischer Instrumentalisierung und Verdrängung*, S. 102.

<sup>141</sup> Die Studie und die Ergebnisse der Umfrage unter 276 albanischen Lehrern kann hier abgerufen werden: <https://www.idmc.al/media/files/IDMC-reflektimi-periudhes-komuniste-ne-kurrikule.pdf> (letzter Zugriff: 12.01.2021).



## 2.12.2 Weiterbildung für Lehrer und Schüler

Angesichts des geringen Wissenstandes vieler Lehrer kommt Fortbildungsangeboten über die Zeit des kommunistischen Regimes eine besondere Bedeutung zu. Diese werden aber nicht von den eigentlich zuständigen Institutionen des Bildungsministeriums, sondern ausschließlich von Nichtregierungsinstitutionen organisiert. Aktiv in diesem Bereich sind:

- Der Europäische Verband der Geschichtslehrer (EuroClio), der mit dem Nationalen Verband der Geschichtslehrer in Albanien zusammenarbeitet. Der Fokus dieser Lehrerfortbildung liegt auf dem Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern des westlichen Balkans.
- Das IDMC, das seit 2015 auf regionaler Ebene Projekte im Bildungsbereich in Form von Schulungen, Veröffentlichungen und Befragungen ehemaliger politischer Verfolgter durchführt. Zur Unterstützung der Geschichtslehrer gab das Institut auch Veröffentlichungen wie die dreibändige Publikation „Kommunismus durch Archivmaterialien“ heraus. Ein weiteres Projekt ist der landesweite Wettbewerb „Frag deine Großeltern“, der sich an Schüler im Alter von 15 bis 19 Jahren richtet.

## 2.13 Aufarbeitung durch Medien

Die mediale Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wird vor allem von zwei Aspekten bestimmt: Einerseits wissen junge Journalisten meist nur wenig über die Verbrechen und Folgen der Hoxha-Diktatur, andererseits orientiert sich die Berichterstattung in starkem Maße an Sensationen.

Ein Beispiel für die unklare Darstellung der Diktatur ist die Berichterstattung über den Tod von Hoxhas Nachfolger Ramiz Alia am 7. Oktober 2011, der nach seiner Flucht ins Ausland 1997 nach Albanien zurückgekehrt war. Nur selten wurde auf ihn der Begriff „Diktator“ angewendet, und wenn, dann nur in abgemilderter Form wie „der letzte kommunistische Führer“ oder „Vizediktator“. Nur wenige Kommentatoren stellten *expressis verbis* die Frage, ob Alia der erste pluralistische Präsident oder der letzte Diktator war.<sup>142</sup> Zu Wort kamen damals vor allem politische und diplomatische Vertreter sowie ehemalige Mitkämpfer und Bekannte Alias. Seine Beteiligung an den während der Diktatur begangenen Verbrechen wurde überhaupt nicht thematisiert.

Die albanischen Medien verwenden in ihrer Berichterstattung über zentrale Ereignisse und Schlüsselfiguren des kommunistischen Regimes meist bestimmte Frames, die von der jeweiligen Redaktionspolitik beeinflusst werden. Sie bestärken damit häufig das frühere offizielle Narrativ, statt es zu dekonstruieren. Demgegenüber finden

---

<sup>142</sup> Jonila Godole und Sonila Danaj, „Who died? The Role of the Media in the Reconfiguration of Collective Memory in Albania“, in Jonila Godole und Sonila Danaj (Hrsg.), *Media Transformation and Collective Memory in Albania*, Tirana 2015, S. 163–179.

sich in den sozialen Netzwerken die verschiedensten Informationen über die Zeit der kommunistischen Diktatur und über das Schicksal vieler Opfer. Doch die Authentizität dieser Informationen lässt oft zu wünschen übrig. Selbst seriöse Online-Medienportale sind voll von historischen Spekulationen, falschen Dokumenten oder kontextfreien Informationen. Interviews mit Vertretern der Nomenklatura findet man häufiger als solche mit politischen Gefangenen. Nur wenige Fernsehsender bieten dem Publikum authentische Geschichten von Zeitzeugen an.

Trotz der Kritik von Experten und Opfern werden selbst bei den Qualitätsmedien immer wieder Fotos und Nachrichten über den früheren Diktator Hoxha und seine Familie sowie vermeintlich sensationelle Enthüllungen über die Zeit des Kommunismus veröffentlicht. Auf den entsprechenden Seiten im Internet findet der Leser Stellungnahmen zum kommunistischen Terror neben Fotos und Erinnerungen des Diktators oder anderer Funktionäre. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Fernsehen, wo sowohl Kritikern der kommunistischen Diktatur als auch Leugnern ihrer Verbrechen in Talkshows eine Plattform geboten wird.

Ein Beispiel für Letzteres stellte der Fall des Historikers Pëllumb Xhufi dar, der im Frühjahr 2018 das berüchtigte Tepelena-Lager als ein Lager mit ganz normalen Lebensbedingungen beschrieb.<sup>143</sup> Während Überlebende des Lagers, aber auch Experten der Aufarbeitung dieses Lager als albanisches Auschwitz bezeichnen, in dem Hunderte von Frauen, Männern und Kindern ums Leben kamen, erklärte Pëllumb Xhufi im Fernsehen, dass die Situation keineswegs so schlimm gewesen sei, wie sie von ehemaligen Internierten dargestellt würde.

## 2.14 Künstlerische Aufarbeitung

### 2.14.1 Spiel- und Dokumentarfilme

Die Filme *Good Bye Lenin* und *Das Leben der Anderen* erfreuten sich auch in Albanien großer Beliebtheit. Albanische Filmproduktionen, die einen vergleichbaren Einfluss auf die öffentliche Debatte haben, existieren jedoch nicht.

Die beiden bedeutendsten Spielfilme sind *Vdekja e Kalit* (Der Tod des Pferdes) und *Kolonel Bunker* (Oberst Bunker). Ersterer wurde bereits 1992 gedreht. Der Film des Regisseurs Saimir Kumburo brachte die Ungerechtigkeiten und Verbrechen des kommunistischen Regimes erstmals einem breiten albanischen Publikum näher. Er

---

**143** Vgl. Idrizi, *Herrschaft und Alltag*, S. 39, sowie verschiedene Artikel zum Thema in den albanischen Medien, verfügbar unter: <http://www.observatorikujteses.al/drane-jakja-heroina-e-kampit-fameq-te-tepelenes/> (letzter Zugriff: 18.12.2020); Forumet UET, Jonila Godole, „Tepelena në mënyrë simbolike mund të ishte Auschwitzit ynë“, *Mapo* (30.05.2018), verfügbar unter: <https://gazetamapo.al/forumet-uet-jonila-godole-tepelena-ne-menyre-simbolike-mund-te-ishte-auschwitzit-yne/> (letzter Zugriff: 18.12.2020).

wird deshalb auch als erster antikommunistischer Film in Albanien angesehen. *Kolonel Bunker*, der 1998 von Kujtim Çashku gedreht wurde, ist dagegen eine politische Parabel über Hoxhas paranoiden Bunkerbau.

Im letzten Jahrzehnt erschien zudem eine Reihe von Dokumentarfilmen über die Verfolgungen in Albanien, die vor allem von Institutionen wie ISKK, IDMC und Kujto. al produziert wurden. Einige dieser Dokumentarfilme wurden auch im Fernsehen gezeigt und erreichten so ein breiteres Publikum. Diese Filme hatten jedoch nur einen geringen Einfluss auf die gesellschaftliche Wahrnehmung der Diktatur und ihrer Folgen.

Hingegen trug die fortwährende Vorführung von Spielfilmen, die während der Diktatur zur Indoktrinierung der Bevölkerung vom Staatsunternehmen *Kinostudio Shqipëria e Re* produziert worden waren, zur Verklärung des Kommunismus bei. Im Jahr 2017 kam es deshalb zu einer breiten öffentlichen Debatte über ein mögliches Ausstrahlungsverbot für derartige Filme. Dabei überwogen jedoch die Stimmen, die diese Produktionen als „historisches sowie kulturelles Erbe“ sehen, obwohl sie mit der historischen Realität wenig zu tun hatten. Diese Haltung wurde dadurch gefördert, dass Regisseure, Schauspieler und Drehbuchautoren, die früher Teil der Propagandamaschinerie des kommunistischen Regimes gewesen waren, oft einen hervorragenden Zugang zu den wichtigsten TV- und Printmedien hatten und sich deshalb leicht in die Diskussionen einbringen konnten. Hingegen spielten die Meinungen der Vertreter von verfolgten Familien, die ein Verbot der Vorführung einiger dieser Filme gefordert hatten, kaum eine Rolle.<sup>144</sup>

### 2.14.2 Literarische Aufarbeitung

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche literarische bzw. literarisch-historische Bücher veröffentlicht, die sich mit der kommunistischen Diktatur befassen. Dabei sind zwei gegensätzliche Tendenzen erkennbar: Einerseits werden die Erfahrungen politisch Verfolgter durch mündliche Berichte und Dokumente dargestellt, andererseits ist eine stillschweigende Rehabilitierung der alten politischen Kaste, insbesondere des Diktators Hoxha, erkennbar.

Unter den Autobiografien von Überlebenden des Terrors haben die folgenden die meisten Leser in Albanien gefunden: *Erro vetëm për me tregue* (Leb, um es zu erzählen) von Pater Zef Pllumi, erschienen in zwei Bänden (1995, 1997), sowie die beiden Werke von Fatos Lubonja *Në vitin e shtatëmbëdhjetë* (Im siebzehnten Jahr) und *Ridënimimi* (Zweites Urteil) aus den Jahren 1994 und 1996.

---

<sup>144</sup> Die gesamte Film-Debatte wird in der folgenden Studie zusammengefasst: IDMC, *Filmat e Kinostudios pasuri kombëtare apo propagandë?* [Kinostudiofilme, Nationalerbe oder Propaganda?]. Tirana 2019.

Pater Zef Pllumbi war ein Franziskanerpriester, der mit 22 Jahren zum ersten Mal verurteilt wurde und von 1946 bis 1949 inhaftiert war. 1967 wurde er erneut vor Gericht gestellt und zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt, die er bis zum April 1989 in verschiedenen Gefängnissen und Arbeitslagern verbrachte. Fatos Lubonja wurde im Juli 1974 verhaftet, als sein Vater, damals Direktor des öffentlichen Rundfunks RTSH, wegen seiner liberalen Haltung ins Fadenkreuz der Führung geriet. Lubonja wurde zunächst zu sieben Jahren Gefängnis und dann wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer prosovjetschen Gruppierung zu weiteren 16 Jahren Haft verurteilt. Er verbüßte seine Haftstrafe in den berüchtigtsten Gefängnissen des Regimes und wurde erst 1991 nach 17 Jahren Haft entlassen. Eine große Rolle bei der Verbreitung dieser Art von Literatur spielte die ISKK, die über 100 Werke über die Verbrechen des Kommunismus veröffentlichte.

Unter den professionellen Schriftstellern, die sich mit der Zeit des Kommunismus befasst haben, sind vor allem die Folgenden hervorzuheben.<sup>145</sup>

Agron Tufa, der mehrere Romane über seine persönlichen Verfolgungserfahrungen schrieb; Ismail Kadare, der nach 1990 mehrere Essays und Romane veröffentlichte, die Persönlichkeiten oder emblematischen Ereignissen der Diktatur gewidmet waren; Bashkim Shehu, der mehrere Werke zu politischen und sozialen Aspekten der Diktatur schrieb; Rudi Erebara, der mit seinem Roman über die Depersonalisierung des Künstlers in totalitären Gesellschaften den Europäischen Literaturpreis gewann; Ylljet Aliçka, die mit Sarkasmus verschiedene Aspekte der Diktatur beschreibt; sowie weitere im Ausland lebende Autoren und Autorinnen wie die albanisch-deutsche Schriftstellerin Lindita Arapi oder die in Frankreich lebende Autorin Ornela Vorpsi.

Ähnlich wie beim Film werden diese Bemühungen jedoch durch verschiedene Veröffentlichungen konterkariert, in denen die Diktatur beschönigt oder sogar gerechtfertigt wird. Dazu zählen etwa die Memoiren der Diktatorgattin Nexhmije Hoxha, ein Buch von Hoxhas Leibarzt, Isuf Kalo, sowie zwei Bücher des ehemaligen Leiters der Generalermittlungsbehörde, Qemal Lame. Letzterer präsentiert Insiderwissen über das letzte Jahr der Diktatur und über Verfolgungspraktiken der *Sigurimi*, etwa im Fall des bekannten Schriftstellers Ismail Kadare.<sup>146</sup> Diese Autoren zeichnen mehrheitlich ein positives Bild der Diktatur, in der sie persönlich zahlreiche Privilegien ge-

**145** Siehe exemplarisch der Reihe nach: Agron Tufa, *Mërkuna e zezë*. Tirana 2017; ders., *Fabula rasa*. Tirana 2004; Ismail Kadare, *Die Verbannte*. Frankfurt am Main 2017; *Kur sunduesit grinden*. Tirana 2018; Bashkim Shehu, *Fjalor udhëzues për misterin e dosjeve*. Tirana 2015; ders., *Loja, shembja e qiellit*. Tirana 2013; Rudi Erebara, *Epika e yjeve të mëngjesit*. Tirana 2016; Ylljet Aliçka, *Metamorfoza e një kryeqyteti*. Tirana 2019; ders., *La valse du bonheur*. Bordeaux 2019; ders., *Les slogans de pierre*. Paris 1999; Lindita Arapi, *Schlüsselmädchen*. Berlin 2013; dies., *Wie Albanien albanisch wurde – Rekonstruktion des Albanienbildes*. Baden-Baden 2006; Ornela Vorpsi, *Il paese dove non si muore mai*. Scalo 2004; dies., *Das ewige Leben der Albaner*. Wien 2007.

**146** Vgl. Lame, *Kur shembeshin themelet*; ders., *Dritëhijet e kohës: Letërsia dhe arti në diktaturë: Përndjekja e Ismail Kadaresë* [Die Schatten der Zeit: Literatur und Kunst in der Diktatur: Die Verfolgung von Ismail Kadare], Tirana 2020.

nossen. So zeigte Hoxhas Witwe bis zu ihrem Tod im Februar 2020 keinerlei Mitgefühl mit den Opfern, sondern verteidigte ihren Mann und den Kampf gegen die „Feinde des Volkes“ als notwendige Voraussetzung für die Errichtung einer sozialistischen Ordnung.<sup>147</sup> Hoxhas Leibarzt wiederum betonte die herausragende Intelligenz und Bildung sowie die patriotische Gesinnung und das menschliche Auftreten seines einstigen Patienten.<sup>148</sup>

## 3 Bilanz: (Miss)Erfolge der Aufarbeitung und ihre Ursachen

### 3.1 Systemwechsel

Dank der Verhandlungen zwischen den alten und neuen Eliten, die an die Spitze neuer pluralistischer Parteien gestellt wurden, erfolgte der Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Albanien weitgehend unblutig. Trotz entsprechender Befürchtungen in der Bevölkerung kam es nicht zu einer Restauration des Autoritarismus. Allerdings wurden die Funktionselementen von Partei, Justiz und *Sigurimi* nicht ausgetauscht, sondern sind teilweise – wie etwa Parlamentspräsident Ruçi – bis heute aktiv. Auch die Justiz ist nach wie vor nicht unabhängig, sondern gilt als ineffizient und korrupt, was auch eine Folge der Elitenkontinuität sein dürfte, da viele leitende Positionen in der Justiz und im Polizeiapparat weiterhin von Vertretern der ehemaligen Nomenklatura besetzt sind.

Auch in der Unerbittlichkeit der politischen Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien SP und DP spiegeln sich die Kontinuitäten eines auf „Klassenhass“ beruhenden Systems. Die Gesellschaft ist weiterhin in zwei sich bekämpfende Lager gespalten, und es ist ihr unmöglich, eine gemeinsame Sprache über die Vergangenheit zu finden. „Wird über die kommunistische Ära gesprochen, dann geschieht das in hoch politisierter und äußerst emotionaler Weise.“<sup>149</sup> Eine parteiübergreifende Zusammenarbeit würde unter anderem eine demokratische politische Kultur voraus-

---

**147** Nexhmije Hoxha, *Përjetime dhe meditime në jetën time politike* [Erfahrungen und Meditationen in meinem politischen Leben]. Tirana 2019. In einem *Spiegel*-Interview erklärte sie 2004: „Unsere auswärtigen Feinde verbündeten sich mit den Widersachern in unserem Land. Deshalb mussten wir deren Familien zerstören und haben Querulanten samt ihren Verwandten aus Tirana ausgewiesen und zu Geiseln gemacht.“ Siehe dazu: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-30414363.html> (letzter Zugriff: 27.08.2020).

**148** Isuf Kalo, *Blloku: Rrëfimi i mjekut personal të Enver Hoxhës* [Geständnis des persönlichen Arztes von Enver Hoxha]. Tirana 2019.

**149** Oliver Jens Schmitt, „Albanien tut sich schwer“, *Neue Zürcher Zeitung* (23.07.2012), verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/albanien-tut-sich-schwer-mit-der-bewaeltigung-seiner-vergangenheit-1.17382475?reduced=true> / (letzter Zugriff: 21.01.2021).

setzen, die in Albanien äußerst schwach ausgeprägt ist, während die politische Polarisierung zum Teil extreme Züge nimmt.

Durch das Gesetz „Zur Unschuld, Amnestie und Rehabilitation ehemaliger verurteilter und politisch verfolgter Personen“ (1991) sowie die beiden Resolutionen „Zur Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime“ (2006) und „Zur Verurteilung von Verbrechen gegenüber dem Klerus“ (2016) distanzierte sich das albanische Parlament mehrfach förmlich von Hoxhas Regime. Die Verpflichtungen, die sich aus diesen Resolutionen ergeben, wurden jedoch nicht erfüllt. Auch gesellschaftlich gibt es keinen breiten Konsens zur Verurteilung der Diktatur. Hinzukommt, dass wichtige Gesetze wie das Verifikationsgesetz (1995) oder das Gesetz zur Öffnung der *Sigurimi*-Akten (2015) nicht im politischen Konsens verabschiedet wurden. Deshalb besteht die Gefahr, dass diese Gesetze im Falle eines Konflikts zwischen den Parteien jederzeit wieder aufgehoben werden können.

### 3.2 Strafrechtliche Aufarbeitung

Zu einer Bestrafung der Verantwortlichen für das kommunistische Regime ist es in Albanien nur zu Beginn der 1990er-Jahre gekommen, als wichtige Funktionäre verhaftet und wegen Amtsmissbrauchs und Untreue verurteilt wurden. 1995 wurden zwar auf der Grundlage des neuen Genozid-Gesetzes mehrere Anklagen erhoben, die jedoch nach der Rückkehr der ehemaligen Kommunisten an die Macht im Jahr 1997 wieder fallen gelassen wurden. Wie oben dargestellt, hatte das Verfassungsgericht entschieden, dass die Angeklagten nicht für Handlungen bestraft werden könnten, die zum Zeitpunkt der Begehung nicht illegal waren. Das Genozid-Gesetz löste auch keine Welle der Ermittlungen oder andere Aktivitäten zur Untersuchung der Rolle der Funktionäre im kommunistischen Regime aus. Die Festnahmen wirkten eher wie ein Mittel zur Beschwichtigung der politisch Verfolgten, die die größte Unterstützergruppe der (seinerzeit von der DP gestellten) Regierung bildeten.

### 3.3 Elitenaustausch

Zu einer personellen Erneuerung im Staatsapparat und in anderen relevanten Bereichen ist es nur in sehr begrenztem Maße gekommen. Selbst 30 Jahre nach dem Ende des kommunistischen Regimes haben ehemalige Funktionäre immer noch leitende Positionen inne oder sind sogar in politischen Schlüsselstellungen tätig. Das sogenannte Genozid-Gesetz von 1995 sah zwar vor, Funktionäre, die für Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich waren, bis ins Jahr 2002 vom politischen Leben auszuschließen, doch wurde es 1997 vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben. Viele ehemalige politische Gefangene hofften deshalb, dass das 2015 verabschiedete Gesetz über die Öffnung der *Sigurimi*-Akten wie in anderen ehemals

kommunistischen Ländern einen Prozess der Lustration in Gang setzen würde. Das Gesetz schuf jedoch lediglich die Möglichkeit der Akteneinsicht, während eine Entfernung von politisch belasteten Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst nicht vorgesehen war.<sup>150</sup>

Die Bildung neuer Eliten bleibt eine herausfordernde Aufgabe. Durch die totale Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens ließ das kommunistische Regime nicht nur keinen Raum, in dem sich eine liberale Elite entwickeln konnte; es schuf auch ein hohes Maß an Konformität, das die Zivilgesellschaft bis heute prägt.

### 3.4 Wiedergutmachung

Der Umgang mit der kommunistischen Diktatur und ihren Opfern durchlief verschiedene Phasen: In den frühen 1990er-Jahren war Berishas konservative Regierung gewillt, das Regime sowohl politisch als auch rechtlich zu verurteilen. In diese Zeit fallen die ersten Entschädigungsgesetze für ehemalige politische Häftlinge und Internierte. Ein Koordinierungsausschuss wurde eingerichtet, um alle betroffenen Personen zu registrieren. Deutliche Rückschritte zeigten sich mit der Regierungsübernahme der ehemaligen Kommunisten unter Fatos Nano (1997–2005). In dieser Phase wurden die Entschädigungen anfangs als Ausgleich für die zunehmenden Entschädigungen ehemaliger Kriegsveteranen unterstützt, später jedoch unter dem Vorwand knapper finanzieller Mittel eingestellt.

Ab 2005 konzentrierten sich die wechselnden Regierungen dann nur noch auf die Überprüfung der bereits laufenden Entschädigungsverfahren. Es wurden neue Opferkategorien eingeführt, und die Betroffenen mussten erneut einen langwierigen Prozess durchlaufen, um ihre Verfolgung nachzuweisen. Im Gegensatz zu anderen Ländern erhielten sie dabei kaum Unterstützung von unabhängigen Juristen, da der Rechtsweg in Albanien als wenig aussichtsreich galt. Auf Proteste von Opfern gegen die ihrer Ansicht nach unzureichenden Entschädigungen wurde zum Teil mit Polizeigewalt reagiert. Aus Verzweiflung traten einige deshalb in den Hungerstreik oder griffen zu noch extremeren Maßnahmen wie Selbstmord durch Selbstverbrennung.

Bis heute werden in Albanien über 4.000 Personen vermisst, die vermutlich erschossen wurden oder in der Haft verstarben und anschließend in Massengräbern anonym bestattet wurden. Nur in wenigen Fällen ist es den Familienmitgliedern gelungen, die sterblichen Überreste von verschwundenen Angehörigen zu finden und zu

---

**150** Im September 2022, nach der Fertigstellung dieser Studie, brachte die sozialistische Regierung zwei Gesetzesinitiativen ins Parlament ein, die die Möglichkeiten der Lustration verbessern sollten. Die Opposition kritisiert sie als nicht weitreichend genug. „Ruling Party Proposes Draft Laws on Lustration of Electoral Candidates“, *Exit News*, 7. September 2022, verfügbar unter: <https://exit.al/en/2022/09/07/ruling-party-proposes-draft-laws-on-lustration-of-electoral-candidates/> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 12. September 2022).

identifizieren. Auch die Bemühungen von internationalen Organisationen wie der ICMP führten zu keinen Erfolgen, da die Verantwortlichen für die Verbrechen zu den damaligen Vorkommnissen schweigen. Zu einer Rückgabe beschlagnahmten oder verstaatlichen Eigentums kam es nur in Ausnahmefällen.

### **3.5 Erinnerungspolitik**

Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern gab es in Albanien nach 1991 kaum Bemühungen um eine Gedenkpolitik, die die Erinnerung an die Gräueltaten der Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis verankert. Bis heute gibt es keinen offiziellen Gedenktag und kein zentrales Denkmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur und nur ganz wenige Gedenkort. Zwar unterstützten die verschiedenen Regierungen immer wieder einzelne Projekte, doch diente dies eher der eigenen politischen Profilierung als einer langfristigen Erinnerungspolitik.

### **3.6 Fazit**

Von einer erfolgreichen Aufarbeitung der Vergangenheit kann in Albanien – trotz einzelner Maßnahmen – nicht die Rede sein. Insbesondere die fehlende strafrechtliche Aufarbeitung, die unterbliebene Lustration und die unzureichenden Entschädigungen für ehemalige politische Gefangene haben den Glauben der Bevölkerung an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unterminiert. So wirkt das kommunistische System auf unsichtbare Weise bis in die Gegenwart fort.



# Bibliografie

- Aalen, Lovise et al. *Ethiopian since Dergue: A decade of democratic pretension and performance*. London: Zed Books, 2002.
- Abdurrahmani, Bledar. „Transitional Justice in Albania: The Lustration Reform and Information on Communism Files.“ *Interdisciplinary Journal of Research and Development* 5(3). Durrës: Aleksandër Moisiu, 2018.
- Able, Richard L. *Politics by Other Means: Law in the Struggle against Apartheid, 1980–1994*. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.
- Abraham, Kinfe. *Ethiopia From Bullets to the Ballot Box: the Bumpy Road to Democracy and the Political Economy of Transition*. Lawrenceville: The Red Sea Press Inc., 1994.
- Abraham, Manuela und Mariana Risso. „Llena de hondos silencios: Los debates en torno a la aprobación de la ley de Sitios de Memoria Histórica del Pasado Reciente No. 19.641.“ In *Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2018*, 50–65. Montevideo: SERPAJ, 2018.
- ACHPR (Ethiopia). *HaregewoinGabre-Selassie and IHRDA (on behalf of former Dergue officials) v. Ethiopia* (Urteil), 12. Oktober 2013, Comm. No. 301/2005.
- Achugar, Mariana, Amparo Fernández und Nicolás Morales. „(Re)presentando el pasado reciente: la última dictadura uruguaya en los manuales de historia.“ *Discurso & Sociedad* 5(2) (2011): 196–229.
- Adler, Sabine. „Umstrittene Erinnerungskultur: Erste Museen zur Hoxha-Diktatur in Albanien.“ *Deutschlandfunk*, 16.08.2017. Verfügbar unter: [https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-erinnerungskultur-erste-museen-zur-hoxha.691.de.html?dram:article\\_id=393639](https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-erinnerungskultur-erste-museen-zur-hoxha.691.de.html?dram:article_id=393639) (letzter Zugriff: 14.01.2021).
- Acuña, Carlos H. und Catalina Smulovitz. „Guarding the Guardians in Argentina: Some Lessons about the Risks and Benefits of Empowering the Courts.“ In *Transitional Justice and the Rule of Law in New Democracies*, hrsg. von A. James McAdams, 93–122. Notre Dame and London: University of Notre Dame Press, 1997.
- Acuña, Carlos H. und Catalina Smulovitz. „Militares en la transición argentina: del gobierno a la subordinación constitucional.“ In *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, hrsg. von Carlos H. Acuña et al., 19–99. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 1995.
- Adorno, Theodor W. *Gesammelte Schriften*, vol. 10.2 Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.
- Ahlbrecht, Heiko. *Der Fall Pinochet (s): Auslieferung wegen staatsverstärkter Kriminalität?*. Baden-Baden: Nomos, 1999.
- Ainley, Kirsten. *Evaluating Transitional Justice: Accountability and Peacebuilding in Post-Conflict Sierra Leone*. London: Springer, 2015.
- Akhavan, Payam. „Justice and Reconciliation in the Great Lakes Region of Africa: The Contribution of the International Criminal Tribunal for Rwanda.“ *Duke Journal of Comparative & International Law* 7 (1997): 325–348.
- Alegría, Diego et al. (Hrsg.). *Poesía Chilena en Dictadura y Postdictadura*. Santiago: Universidad de Chile, Grajaje ediciones, 2020.
- Alfonsín, Raúl. *Memoria Política: Transición a la democracia y derechos humanos*. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica de Argentina, 2004.
- Alia, Ramiz. *Shpresa dhe zhgënjime*. Tiranë: Dituria, 1993.
- Allier Montaño, Eugenia. „Lugar de memoria: ¿un concepto para el análisis de las luchas memoriales? El caso de Uruguay y su pasado reciente.“ *Cuadernos del CLAEH* 2(31) (2008): 87–109.
- Allier Montaño, Eugenia. „Recordar para reparar: la imagen de los desaparecidos uruguayos en el ‚Memorial a los detenidos-desaparecidos‘.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–21. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4000/ilcea.3968> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Allo, Awol und Tesfaye, Beza. „Spectacles of illegality: mapping Ethiopia’s show trials.“ *African Identities* 13 (2015): 279–296.

- Aliçka, Ylljet. *Metamorfozae një kryeqyteti*. Berat: Onufri 2019.
- Aliçka, Ylljet. *La valse du bonheur*. Paris: L'Esprit du temps, 2019.
- Aliçka, Ylljet. *Les slogans de pierre*. N. N.: Edition Climates, 1999.
- Alonso, Fabiana. „La dictadura militar argentina (1976–1983) en los textos de Ciencias Sociales e Historia para el tercer ciclo de la Educación General Básica.“ In *Dictadura y Educación: Tomo 3: Los textos escolares en la historia argentina reciente*, hrsg. von Carolina Kaufmann, 227–245. Salamanca: FahrenHouse, 2018.
- Alonso, Jimena. „La prisión masiva y prolongada en perspectiva de género: Mujeres presas durante la dictadura uruguaya (1973–1985).“ In *El tiempo quieto: Mujeres privadas de libertad en Uruguay*, hrsg. von Natalia Montealegre Alegría, Graciela Sapriza, María Ana Folle Chavannes, 53–73. Montevideo: Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Universidad de la República, 2016.
- Alonso, Jimena und Fabiana Larrobla. „Memorias femeninas en el uruguay pos-dictadura.“ *Aletheia* 5(9) (2014): 1–14. Verfügbar unter: [http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art\\_revistas/pr.6417/pr.6417.pdf](http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.6417/pr.6417.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Alonso, Jimena, Fabiana Larrobla und Mariana Risso. *Avanzar a tientas: Cronología de las luchas por verdad y justicia 1985–2015*. Montevideo: Sielo, 2016.
- Altuzarra, Cristancho. José Gabriel. „Memoria, oposición y subjetividad política en el cine argentino.“ *Imagofagia* 10 (2014): 1– 62.
- Ambos, Kai. „Zur ‚rechtlichen‘ Struktur der Repression und strafrechtlichen Vergangenheitsbewältigung in Argentinien: Ein Kommentar aus juristischer Sicht.“ In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 86–95. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Ambos, Kai und Mohamed Othmann. *New Approaches in International Criminal Justice: Kosovo, East Timor, Sierra Leone & Cambodia*. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, 2003.
- Amesti, Nadia et al. „La estructura del poder militar durante la dictadura.“ Montevideo: Universidad de la República del Uruguay, 2018. Verfügbar unter: <https://sitiosdememoria.uy/sites/default/files/2020-01/Estructura.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Amnesty International, „Äthopiens Ex-Diktator Mengistu nicht verhaftet.“ *AI-Journal* (Januar 2000). Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20160304074225/http://www.amnesty.de/umleitung/2000/deu05/264?lang=de%26mimetype%3dtex%2fthtml> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Amnesty International Publications, *Albania Political Imprisonment and the Law*. London: Shadowdean Limited, 1984.
- Amnesty International, *Safer to Stay Silent* (London, 2010). Verfügbar unter: [https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CBCBF4D4CFC49B494925779000199C1B-Full\\_Report.pdf](https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CBCBF4D4CFC49B494925779000199C1B-Full_Report.pdf) (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- Anonymus, „Clouds over Attempts to Reconcile with the Past.“ *The New Humanitarian*, 15. Dezember 2006. Verfügbar unter: <https://www.thenewhumanitarian.org/fr/node/229198> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Anonymus, „Gericht: Kein Foto von Ex-Terroristin.“ *Der Tagesspiegel*, 27. Mai 2007. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/gericht-kein-foto-von-ex-terroristin/827642.html> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Anonymus, „The Senate Adopts the Report on Consolidation of the Genocide Memorial Sites.“ Verfügbar unter: [https://www.parliament.gov.rw/newsdetail?tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=16027&cHash=de69d119fd24304a4-de10b09a66272d0](https://www.parliament.gov.rw/newsdetail?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=16027&cHash=de69d119fd24304a4-de10b09a66272d0) (letzter Zugriff: 06.12.2021).
- Antonio Pereira. „Análisis de los informativos televisivos durante el proceso de aprobación de la ley de caducidad.“ *Cuaderno de Historia* 9 (2012): 125–149.

- APDH (Asamblea Permanente por los Derechos Humanos). Memoria, Verdad y Justicia: Herramientas para la comunicación desde los derechos humanos. Buenos Aires: Asamblea Permanente por los Derechos Humanos, 2019.
- Arapí, Lindita. *Schlüsselmädchen*. Berlin: Dittrich Verlag, 2013.
- Arapí, Lindita. *Wie Albanien albanisch wurde – Rekonstruktion des Albanienbildes*. Marburg: Tectum Verlag, 2006.
- Arce, Luz. *El Infierno*. Santiago: Editorial Planeta, 1993.
- Aronson, Jay D. „The Strengths and Limitations of South Africa’s Search for Apartheid-Era Missing Persons.“ *International Journal of Transitional Justice* 5(2) (2011): 262–81. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ijtj/ijr013> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Asociación Madres de Plaza de Mayo. *Historia de las Madres de Plaza de Mayo*. Buenos Aires: Editorial de las Madres, 2003.
- Assmann, Aleida. *Erinnerungsräume: Formen und Wandlungen des kollektiven Gedächtnisses*. Munich: C. H. Beck, 2009.
- Assmann, Aleida. *Formen des Vergessens*. Göttingen: Wallstein, 2016.
- Auer, Kira. *Vergangenheitsbewältigung in Ruanda, Kambodscha und Guatemala: Die Implementierung normativer Ansprüche*. Baden-Baden: Nomos, 2014.
- Austin, C. Robert und Jonathan Ellison. „Post-Communist Transitional Justice in Albania.“ *East European Politics and Societies* 22(2) (2008): 373–401.
- Austin, C. Robert und Jonathan Ellison. „Albania.“ In *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the communist past*, hrsg. von Lavinia Stan, 176–199. New York: Routledge, 2009.
- Baberowski, Jörg. *Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt*. München: Fischer, 2019.
- Backer, David. „Watching a Bargain Unravel? A Panel Study of Victims’ Attitudes about Transitional Justice in Cape Town, South Africa.“ *International Journal of Transitional Justice* 4(3) (2010): 443–456. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/ijtj/ijq015>. (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Bagilishya, Déogratias. „Mourning and Recovery from Trauma: In Rwanda, Tears Flow Within.“ *Transcultural Psychiatry* 37(3) (2000): 337–353.
- Baines, Gary. „Site of Struggle: The Freedom Park Fracas and the Divisive Legacy of South Africa’s Border War/ Liberation Struggle.“ *Social Dynamics* 35(2) (2009): 330–344. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/02533950903076428> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Bajohr, Frank. „Holocaustforschung–Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 122–142.
- Bakiner, Onur. *Truth Commissions: Memory, Power, and Legitimacy*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2016.
- Balé, Cinthia. „Usos del archivo y políticas de la memoria: un análisis del proceso de ‚apertura‘ de los archivos militares en Argentina (2003–2015),“ *Nuevo Mundo Mundos Nuevos* (2018). Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/nuevomundo/73860> (letzter Zugriff: 11.04.2022); DOI: <https://doi.org/10.4000/nuevomundo.73860>.
- Balza, Martín Antonio. „Das Ziel rechtfertigt niemals die Mittel.‘ Fernsehansprache des Stabschefs des argentinischen Heeres“, General Martín Antonio Balza, vom 25.4.1995. In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 96–99. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Barahona de Brito, Alexandra. *Human Rights and Democratization in Latin America: Uruguay and Chile*. Oxford: Oxford University Press, 1997.
- Barahona de Brito, Alexandra. „Truth, Justice, Memory, and Democratization in the Southern Cone.“ In *The Politics of Memory. Transitional Justice in Democratizing Societies*, hrsg. von Alexandra Barahona de Brito, Carmen González-Enríquez and Paloma Aguilar, 119–160. Oxford: Oxford University Press, 2001.

- Barbano, Rodrigo. „Wikipedia y derechos humanos: construyendo memoria en territorios digitales, in Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2018*. Montevideo: SERPAJ, 2018.
- Barrera, Giulia. „Of condors and judges: archival musings over a judicial investigation.“ *Archival Science* 9 (2009): 203–214.
- Bassiouni, M. Cherif. *International Criminal Law: International Enforcement*. Leiden: Martinus Nijhoff Publishers, 2008.
- Bauerkämper, Arnd. „Transnationale Dimensionen der ‚Vergangenheitsaufarbeitung‘.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 20–37. Bonn: bpb, 2021.
- Behrendt, Urs. *Die Verfolgung des Völkermordes in Ruanda durch internationale und nationale Gerichte: zugleich ein Beitrag zu Inhalt und Funktion des Universalitätsprinzips bei der Verfolgung von Völkerrechtsverbrechen*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2004.
- Beinart, William and Peter Delius. „The Historical Context and Legacy of the Natives Land Act of 1913.“ *Journal of Southern African Studies* 40(4) (2014): 667–688. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/03057070.2014.930623> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Berghoff, Hartmut. „Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung: Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den Fünfziger Jahren.“ *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998): 96–114.
- Berhe, Aregawi. *A Political History of the Tigray People’s Liberation Front (1975–1991): Revolt, Ideology and Mobilisation in Ethiopia*. PhD diss., Amsterdam: Vrije Universiteit Amsterdam, 2009.
- Bertoia, Luciana. „La agenda de Memoria, Verdad y Justicia en tiempos de cambios: Tensiones, rupturas y continuidades en el discurso del gobierno macrista en torno al terrorismo de Estado.“ *Aletheia* 7(13) (2016). Verfügbar unter: [http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art\\_revistas/pr.7622/pr.7622.pdf](http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.7622/pr.7622.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Besoky, Juan Luis. „Como dos extraños: dilemas del joven historiador frente al archive.“ *Hilos Documentales* 1(1) (2018). Verfügbar unter: <https://revistas.unlp.edu.ar/HilosDocumentales/article/view/5956/5332> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Bhandari, Ram Kumar. *The Role of Victims’ Organisations in Transition from Conflict: Families of the Disappeared in Nepal*. PhD diss., Hamburg: University of Hamburg 2011.
- Biberaj, Elez. *Albania in Transition: The Rocky Road to Democracy*. Boulder Colorado: Westview Press, 1998.
- Bickford, Louis. „Human Rights Archives and Research on Historical Memory: Argentina, Chile, and Uruguay.“ *Latin American Research Review* 35(2) (2000): 160–182.
- Bilbija, Ksenija and Leigh A. Payne. *Accounting for Violence: Marketing Memory in Latin America*. Durham: Duke University Press, 2011.
- Birantamije, Gérard. „Civil Society Organisations and Transitional Justice in Burundi: When Making is Resisting.“ In *Resistance and Transitional Justice*, hrsg. von Briony Jones und Julie Bernath, 77–100. London: Routledge, 2017.
- Bisset, Alison. *Truth Commissions and Criminal Courts*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Blackie, Laura und Nicki Hitchcott. „I am Rwandan’: Unity and Reconciliation in Post-Genocide Rwanda.“ *Genocide Studies and Prevention: An International Journal* 12(1) (2018): 24–37.
- Boddy-Evans, Alistair. „Pass Laws During Apartheid.“ ThoughtCo, 2019. Verfügbar unter: <https://www.thoughtco.com/pass-laws-during-apartheid-43492> (letzter Zugriff: 02.11.2022).
- Boeninger, Edgardo. *Democracia en Chile: Lecciones para la Gobernabilidad*. Santiago: Editorial Andrés Bello, 1997.
- Boiani, Micaela et al. „Otro 20 de mayo.“ In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2020*. Montevideo: SERPAJ, 2020.
- Bois, Francois du. „Judicial Selection in Post-Apartheid South Africa.“ *SSRN Scholarly Paper*. Rochester, New York: Social Science Research Network, 2006. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.2139/ssrn.2283148> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Bonacker, Thorsten. „Global Victimhood: On the Charisma of the Victim in Transitional Justice Processes.“ *World Political Science* 9 (2013): 97–129.
- Bond, Patrick. *The Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa*. Pluto Press, 2000.
- Bonner, Michelle D. „Never Again: Transitional Justice and Persistent Police Violence in Argentina.“ *International Journal of Transitional Justice* 8 (2014): 235–255.
- Bornkamm, Paul Christoph. *Rwanda's Gacaca Courts: Between Retribution and Reparation*. Oxford: Oxford University Press, 2012.
- Botschaft der Russischen Föderation in der Republik Südafrika. „On the Solemn Unveiling of the Soviet/Russian Section of the Wall of Names Freedom Park – Press Releases“, 13. Dezember 2018, verfügbar unter: [https://russianembassyza.mid.ru/ru\\_RU/-/on-the-solemn-unveiling-of-the-soviet-russian-section-of-the-wall-of-names-freedom-park-13-december-2018?inheritRedirect=true&redirect=%2FRu\\_RU](https://russianembassyza.mid.ru/ru_RU/-/on-the-solemn-unveiling-of-the-soviet-russian-section-of-the-wall-of-names-freedom-park-13-december-2018?inheritRedirect=true&redirect=%2FRu_RU) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Bottinelli, Eduardo. „Las carreras políticas de los senadores en Uruguay: ¿Cambios o continuidades ante el triunfo de la izquierda?“ *Revista de Sociología e Política* 16(30) (2008): 29–43.
- Boxill, Bernard R. „The Morality of Reparation.“ *Social Theory and Practice* 2(1) (1972): 113–123.
- Brandstetter, Anna-Maria. „Contested Pasts: The Politics of Remembrance in Post-Genocide Rwanda.“ In *The Ortelius Lecture*, hrsg. von Netherlands Institute for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences / University of Antwerp. Wassenaar, 2010.
- Brannigan, Augustine und Nicholas A. Jones. „Genocide and the Legal Process in Rwanda: From Genocide Amnesty to the New Rule of Law.“ *International Criminal Justice Review* 19(2) (2009): 192–207.
- Brauman, Roy, Stephen Smith und Claudine Vidal. „Rwanda: Politique de terreur, privilege d'impunité.“ *Esprit* 266/267 (8/9) (2000): 147–161.
- Bravo, Nazareno. „H. I. J. OS. en Argentina: La emergencia de prácticas y discursos en la lucha por la memoria, la verdad y la justicia.“ *Sociológica* 27(76) (2012): 231–248.
- Brechtken, Magnus (Hrsg.). *Aufarbeitung des Nationalsozialismus: Ein Kompendium*. Göttingen: Wallstein, 2021.
- Broquetas, Magdalena. *Huellas de la repression: Identificación de centros de detención del autoritarismo y la dictadura (1968–1985)*. Montevideo: Centro Municipal de Fotografía, 2008.
- Broszat, Martin, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick. *Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung (Anatomie des SS-Staats, vol. 2)*. Olten und Freiburg im Breisgau: dtv, 1965.
- Brüne, Stefan. „Ideology, Government And Development: The People's Democratic Republic Of Ethiopia.“ *Northeast African Studies* 12(2) (1990) 189–199.
- Bubenzer, Ole. *Post-TRC Prosecutions in South Africa: Accountability for Political Crimes After the Truth and Reconciliation Commission's Amnesty Process*. Leiden und Boston: Brill, 2009.
- Buchheim, Hans. *Die SS – Das Herrschaftsinstrument: Befehl und Gehorsam (Anatomie des SS-Staates, Bd. 1)*. Olten und Freiburg im Breisgau: dtv, 1965.
- Buckley-Zistel, Susanne. „Remembering to Forget: Chosen Amnesia as Strategy for Local Co-Existence in Post-Genocide Rwanda.“ *Africa. The Journal of the International African Institute* 76(2) (2006): 131–150.
- Buckley-Zistel, Susanne. „Nation, narration, unification? The politics of history teaching after the Rwandan genocide.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 31–53.
- Buckley-Zistel, Susanne. „Vergangenes Unrecht aufarbeiten: Eine globale Perspektive.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2013): 25–26. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/162889/vergangenes-unrecht-aufarbeiten-eine-globale-perspektive?p=all> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Bühlmann, Marc Wolfgang et al. „Demokratiebarometer: Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität.“ *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6 (2012): 115–159. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s12286-012-0129-2> (last accessed 23.11.2021).
- Bulcha, Mekuria. „Genocidal Violence in the Making of Nation and State in Ethiopia.“ *African Sociological Review* 9(2) (2005): 1–54.

- Bulman, Gail. „Moving On? Memory and History in Griselda Gambaro's Recent Theater.“ *Studies in 20th & 21st Century Literature* 28(2) (2004): 379–395.
- Bundeszentrale für politische Bildung, *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus*, Bde. 1 und 2. Bonn, 1999. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/33945/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus> (letzter Zugriff: 09.11.2021).
- Burbach, Roger. *The Pinochet Affair*. London und New York: Zed Books, 2003.
- Buriano, Ana. „Ley de Caducidad en Uruguay y esencia ético-política de la izquierda.“ *Perfiles Latinoamericanos* 38 (2011): 173–203.
- Buriano, Ana und Silvia Dutrénit. „A 30 años de la ley de caducidad uruguaya ¿Qué y cómo debemos conmemorar?.“ *Antíteses* 10(19) (2017): 351–375.
- Burnet, Jennie E. „Whose Genocide? Whose Truth? Representations of Victim and Perpetrator in Rwanda.“ In *Genocide, Truth, Memory and Representation*, hrsg. von Alexander Laban Hinton und Kevin Lewis O'Neill, 80–113. Durham: Duke University Press, 2009.
- Burnet, Jennie E. „Situating Sexual Violence in Rwanda (1990–2001): Sexual Agency, Sexual Consent, and the Political Economy of War.“ *African Studies Review* 55(2) (2012): 97–118.
- Burnet, Jennie E. „Rape as a Weapon of Genocide: Gender, Patriarchy, and Sexual Violence in the Rwandan Genocide.“ *Anthropology Faculty Publications* 13 (2015): 1–3.
- Burt, Jo-Marie, Gabriela Fried Amilivia und Francesca Lessa. „Civil Society and the Resurgent Struggle against Impunity in Uruguay (1986–2012).“ *The International Journal of Transitional Justice* 7 (2013): 306–327.
- Buruma, Ian. *Erbschaft der Schuld: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan*, übersetzt von Klaus Binder und Jeremy Gaines. München und Wien: Carl Hanser, 1994.
- Busquets, José Miguel und Andrea Delbono. „La dictadura cívico-militar en Uruguay (1973–1985): aproximación a su periodización y caracterización a la luz de algunas teorizaciones sobre el autoritarismo.“ *Revista de la Facultad de Derecho* 41 (2016): 61–102.
- Butka, Uran. *Lufta civile në Shqipëri 1943–1945*. Tiranë: ISKK, 2015.
- Caetano, Gerardo. „Los archivos represivos en los procesos de ‚justicia transicional‘: una cuestión de derechos.“ *Perfiles Latinoamericanos* 37 (2011): 9–32.
- Caetano, Gerardo. „Los archivos represivos y el debate sobre los criterios para su mejor utilización como instrumento de justicia y de derechos.“ *Claves. Revista de Historia* 3/5 (2017): 155–183.
- Caetano, Gerardo und José Rilla. *Breve historia de la dictadura (1973–1985)*. Montevideo: Grupo Editor, 1987.
- Calic, Marie-Janine. *Südosteuropa: Weltgeschichte einer Region*. München: bpb, 2016.
- Camay, Phiroshaw und Anne J. Gordon. „The National Peace Accord and Its Structures.“ Johannesburg: Co-operative for Research and Education, 2000. Verfügbar unter: <https://omalley.nelsonmandela.org/omalley/index.php/site/q/03lv02424/04lv03275/05lv03294/06lv03321.htm> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Carreras, Sandra und Barbara Potthast. *Eine kleine Geschichte Argentinien*s. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2013.
- Castro, Alicia. „Derechos humanos y delitos de lesa humanidad: Un análisis de la jurisprudencia de la Suprema Corte de Justicia sobre imprescribibilidad de delitos de la dictadura.“ *Revista de Derecho Público* 27 (2018): 7–34.
- Catoggio, María Soledad. „Activismos no violentos bajo dictaduras militares en Argentina y Chile: el Servicio de Paz y Justicia, 1974–1983.“ *Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas* 52 (2015): 291–314.
- Catoggio, María Soledad. „La última dictadura militar argentina (1976–1983): la ingeniería del terrorismo de Estado.“ In *Online Encyclopedia of Mass Violence* (2010). Verfügbar unter: [http://www.massviolence.org/PdfVersion?id\\_article=485](http://www.massviolence.org/PdfVersion?id_article=485) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Catsam, Derek. „Permanently Removed from Society: The Cradock Four, the TRC, Moral Judgments, Historical Truth, and the Dilemmas of Contemporary History.“ *Historia Actual Online*, 1. Januar 2005.
- Cavanna, Federico A. und Luis Fernando Cerri. „Enseñanza de historia reciente en Uruguay: pasado y laicidad en el juego de la identidad.“ *Archivos de Ciencias de la Educación* 3(3) (2009): 99–112. Verfügbar

- bar unter: [http://www.fuentesmemoria.fahce.unlp.edu.ar/art\\_revistas/pr.4085/pr.4085.pdf](http://www.fuentesmemoria.fahce.unlp.edu.ar/art_revistas/pr.4085/pr.4085.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales. *Derechos Humanos en la Argentina: Informe anual enero – diciembre 1998*. Buenos Aires: Centro de Estudios Legales y Sociales, 1999.
- CELS – Centro de Estudios Legales y Sociales. *Derechos Humanos en Argentina: Informe anual 2000*. Buenos Aires: Centro de Estudios Legales y Sociales, 2000.
- Centro de Derechos Humanos Universidad Diego Portales. *Informe anual sobre derechos humanos en Chile 2019* (2019). Verfügbar unter: <https://derechoshumanos.udp.cl/informe-anual/informe-anual-sobre-derechos-humanos-en-chile-2019-2/> (letzter Zugriff: 11.12.2022).
- Chandler, David. „Cambodia Deals with its Past: Collective Memory, Demonisation and Induced Amnesia.“ *Totalitarian Movements and Political Religions* 9 (2008): 355–369.
- Chapman, Audrey R. und Patrick Ball. „The Truth of Truth Commissions: Comparative Lessons from Haiti, South Africa, and Guatemala.“ *Human Rights Quarterly* 23(1) (2001): 1–43.
- Chapman, Audrey R. und Hugo van der Merwe. *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC deliver?*. Philadelphia: De Gruyter, 2008.
- Chargoña, Pablo. „Caso Elena Quinteros: El ex canciller de la dictadura y el Batallón 13 en el centro de las investigaciones.“ In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2004*, 119–125. Montevideo: SERPAJ, 2004.
- Chargoña, Pablo. „Avances, retrocesos y desafíos en la lucha judicial contra la impunidad.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 163–174. Montevideo: Trilce, 2011.
- Chargoña, Pablo, Leonardo Di Cesare und Fiorella Garbarino. „Después de la disolución del Grupo de Trabajo por Verdad y Justicia: Comentarios sobre la Ley No. 19.822 que comete la búsqueda de personas detenidas desaparecidas a la Institución Nacional de Derechos Humanos y Defensoría del Pueblo,“ Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2019*. Montevideo: SERPAJ, 2019: 70–78.
- Cherry, Janet. *Spear of the Nation: Umkhonto WeSizwe*. Athens: Ohio University Press, 2012. Verfügbar unter: <https://www.bookdepository.com/Spear-Nation-Umkhonto-weSizwe-Janet-Cherry/9780821420263> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Christie, Kenneth. *The South African Truth Commission*. Basingstoke, London und New York: Palgrave, 2000.
- Christodoulidis, Emiliós and Scott Veitch, (Hrsg.). *Lethé's Law. Justice: Law and Ethics in Reconciliation*. Oxford: Hart Publishing, 2001.
- Cingranelli, David L. und David L. Richards. „Das Menschenrechtsdatenprojekt von Cingranelli und Richards (CIRI).“ *Human Rights Quarterly* 32 (2010): 401–424. Verfügbar unter: [https://www.researchgate.net/publication/236759507\\_The\\_Cingranelli\\_and\\_Richards\\_CIRI\\_Human\\_Rights\\_Data\\_Project](https://www.researchgate.net/publication/236759507_The_Cingranelli_and_Richards_CIRI_Human_Rights_Data_Project). (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Clapham, Christopher. „Re-writing Ethiopian History.“ *Annales d'Éthiopie* 18(1) (2002): 37–54. Clark, Phil und Zachary D. Kaufman, (Hrsg.). *After Genocide: Transitional Justice, Post-Conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond*. London: Hurst, 2008.
- Clark, Phil. *The Gacaca Courts, Post-Genocide Justice and Reconciliation in Rwanda: Justice without Lawyers, Cambridge Studies in Law and Society*. Cambridge: Cambridge University Press, 2010.
- Clark, Phil. „Negotiating Reconciliation in Rwanda: Popular Challenges to the Official Discourse of Post-Genocide National Unity.“ *Journal of Intervention and Statebuilding* 8(4) (2014): 303–320.
- Clark, Phil. *Distant Justice: The Impact of the International Criminal Court on African Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 2018.
- Coleman, Max (Hrsg.). *A Crime Against Humanity: Analysing the Repression of the Apartheid State*. Cape Town: David Philip Pub, 1998.
- Collins, Cath. *Post-Transitional Justice: Human Rights Trials in Chile and El Salvador*. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, 2010.

- Collins, Cath, Katherine Hite und Alfredo Joignant. *Las políticas de la memoria en Chile: Desde Pinochet a Bachelet*. Santiago: Ediciones Universidad Diego Portales, 2013.
- Comblin, José. *The Church and the National Security State*. Maryknoll: Orbis Books, 1979.
- Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación. Informe (1991). Verfügbar unter: <https://bibliotecadigital.indh.cl/handle/123456789/170> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura. Informe (2014). Verfügbar unter: <https://www.indh.cl/destacados-2/comision-valech/> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Comisión para la Paz. *Informe Final*. Montevideo: Comisión para la Paz, 2003.
- CONADEP – Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas. *Nunca Más: Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*. Buenos Aires: Editorial de la Universidad de Buenos Aires, 1984.
- Conferencia Episcopal Argentina. *Iglesia y Democracia en la Argentina: Selección de documentos del Episcopado Argentino*. Buenos Aires: Conferencia Episcopal Argentina, 2006.
- Conley, Bridget. *Memory from the Margins: Ethiopia's Red Terror Martyrs Memorial Museum*. London: Palgrave Macmillan, 2019.
- Contera, Cristina. „La educación superior en Uruguay.“ *Avaliação: Revista da Avaliação da Educação Superior* 13(2) (2008): 533–554.
- Conti, Diana. „La democracia y su respuesta a las violaciones a los Derechos Humanos el pasado.“ *Hechos y Derechos*, 8 (2001): 57–70.
- Cook, Susan E. *Genocide in Cambodia and Rwanda: New Perspectives*. New York: New Brunswick Transaction Publishers, 2006.
- Cornelißen, Christoph, Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwentker (Hrsg.). *Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945*. Frankfurt am Main: Fischer, 2003.
- Cornelißen, Christoph. „Vergangenheitsbewältigung – ein deutscher Sonderweg?“ In *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, hrsg. von Katrin Hammerstein et. al., 21–36. Göttingen: Steiner, 2009.
- Cornelißen, Christoph. „Erinnerungskulturen, Version: 2.0.“ In *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012. Verfügbar unter: [http://docupedia.de/zg/cornelissen\\_erinnerungskulturen\\_v2\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/cornelissen_erinnerungskulturen_v2_de_2012) (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Crenzel, Emilio. „Dos prólogos para un mismo informe: El Nunca Más y la memoria de las desapariciones.“ *Prohistoria* 11 (2007): 49–60.
- Crenzel, Emilio. „Argentina's National Commission on the Disappearance of Persons: Contributions to Transitional Justice.“ *The International Journal of Transitional Justice* 2 (2008): 173–191.
- Crenzel, Emilio. „The Crimes of the Last Dictatorship in Argentina and its Qualification as Genocide: A Historicization.“ *Global Society* (2019).
- Cunha, Luiz Cláudio. *Operación Cóndor: El secuestro de los uruguayos. Un reportaje del tiempo de la dictadura*. Montevideo: SERPAJ, 2017.
- Dahlmanns, Erika. „New Community, Old Tradition: The Intore Warrior as a Symbol of the New Man. Rwanda's Itorero-Policy of Societal Recreation.“ *Modern Africa: Politics, History and Society* 1 (2015): 113–151.
- Dallaire, Roméo. *Shake Hands with the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda*. Toronto: Random House, 2003.
- Daniels, Nicola. „Ex-Prisoners' Association Upset over Robben Island Council ‚Meeting Snub.‘“ *Independent Online*, 27. Januar 2020. Verfügbar unter: <https://www.iol.co.za/capetimes/news/ex-prisoners-association-upset-over-robben-island-council-meeting-snob-41497561> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Davies, Robert und Dan O'Meara. „Total Strategy in Southern Africa: An Analysis of South African Regional Policy since 1978.“ *Journal of Southern African Studies* 11(2) 1. April 1985: 183–211. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/03057078508708096> (letzter Zugriff: 14.07.2021).



- Dávila, Mireya, et al. „The Chilean Experience.“ In *Memory of Nations: Democratic Transition Guide*. Prague: CEVRO, 2019. Verfügbar unter: <http://www.cevro.cz/pdf.php?id=24299> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- de Amézola, Gonzalo. „Currículo oficial y memoria: El pasado reciente en la escuela argentina.“ *Enseñanza de las ciencias sociales* 7 (2008): 47–55.
- de Amézola, Gonzalo. „Una educación por el repudio: La formación ciudadana con el ejemplo de la dictadura militar 1976–1983 en escuelas secundarias de Argentina.“ *CLIO: History and History teaching* 41 (2015). Verfügbar unter: <http://clio.rediris.es/n41/articulos/mono/MonAmezola2015.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- de Diego, José Luis. *Campo intelectual y campo literario en la Argentina (1970–1986)*. (PhD diss., Universidad Nacional de La Plata, 2000). Verfügbar unter: <http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/tesis/te.150/te.150.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Definitions of Power of Provisional Military Administration Council and of its Chairman. Proclamation No.2 /1974, entered into force 15 September 1974.
- de Giorgi, Álvaro. „El ‚Nunca Más‘ uruguayo. Política ritual hacia el pasado reciente en el gobierno del Frente Amplio.“ *Izquierdas* 42 (2018): 63–96.
- de Greiff, Pablo. *Report of the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non recurrence, Mission to Uruguay*. UN-Menschenrechtsrat, 27. Sitzung, A/HRC/27/56/Add. 2, New York: Vereinte Nationen, 2014.
- de Greiff, Pablo (Hrsg.). *The Handbook of Reparations*. Oxford: Oxford University Press, 2006. Deguefe, Tafara. *Minutes of an Ethiopian Century*. Addis Ababa: Shama Books, 2006.
- de Lame, Danielle. *Une colline entre mille: Transformations et blocages du Rwanda rural*. Tervuren: Musée Royal de l’Afrique Centrale, 1996.
- de León Orpi, Walter. „Juan María Bordaberry: el dictador latinoamericano condenado por delitos de lesa humanidad.“ In *Luchas contra la impunidad: Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 175–187. Montevideo: Trilce, 2011.
- Demasi, Carlos. „La trasmisión del pasado traumático: Enseñanza de la dictadura y debate social en Uruguay.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–14. Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/ilcea/3959> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Demasi, Carlos und Jaime Yaffé (Hrsg.). *Vivos los llevaron... Historia de la lucha de Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos Desaparecidos (1976–2005)*. Montevideo: Trilce, 2002.
- Denbel, Jima Dilbo. „Transitional Justice in the Context of Ethiopia.“ *International Letters of Social and Humanistic Science* 10 (2013): 73–83. Verfügbar unter: <https://www.scipress.com/ILSHS.10.73.pdf> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Department of Justice (Südafrika). Draft Regulations for TRC Victims – Education and Medical Assistance (2011). Verfügbar unter: <https://static.pmg.org.za/docs/110411regulations-TRC.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Department of Justice (Südafrika). Regulations relating to assistance to victims in respect of higher education and training: Promotion of National Unity and Reconciliation Act of 1995 (2014). Verfügbar unter: <https://www.justice.gov.za/legislation/notices/2014/20141103-gg38157-gon852-trc.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Department of Justice and Constitutional Development (Südafrika). Regulations regarding reparations to victims. No. R. 1660 (2003). Verfügbar unter: [https://www.justice.gov.za/trc/legal/20031112-gg25695\\_nn1660.pdf](https://www.justice.gov.za/trc/legal/20031112-gg25695_nn1660.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Dervishi, Kastriot. *Sigurimi i Shtetit 1944–1991: Historia e policisë politike të regjimit komunist*. Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2012.
- Dervishi, Kastriot. *Internimi dhe burgimi komunist në Shqipëri*. Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2016a. Dervishi, Kastriot. *Vrasjet në kufi në vitin 1990*. Tiranë: ISKK, 2016b.
- Des Forges, Alison. *Leave None to Tell the Story: Genocide in Rwanda*. New York: Human Rights Watch, 1999.

- Desta, Fisseha. *AbiyotunaTizitaye*. Los Angeles: Tsehai Publishers, 2015.
- de Waal, Alex. „AlemBekagn: the African Union’s accidental human rights memorial.“ *African Affairs* 112 (447) (2013): 191–215.
- Diamint, Rut. „Streitkräfte und Demokratie.“ In *Argentinien nach Menem: Wandel und Kontinuität*, hrsg. von Peter Birle und Sandra Carreras, 313–339. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
- Diamint, Rut. „La historia sin fin: el control civil de los militares en Argentina.“ *Nueva Sociedad* 213 (2008): 95–111.
- Díaz, José Pedro. „Uruguay: Medios de comunicación y Estado/gobierno: Descubriendo la cenicienta.“ In *¿Por qué nos odian tanto? Estado y medios de comunicación en América Latina* (Bogotá: Centro de Competencia en Comunicación para América Latina/Friedrich Ebert Stiftung, 2010): 245–261.
- Diner, Dan und Gotthard Wunberg (Hrsg.). *Restitution and Memory: Material Restoration in Europe*. New York und Oxford: Berghahn, 2007.
- Dinka, Tesfaye. *Ethiopia during the Derg Years: An Inside Account*. Los Angeles: Tsehai Publishers, 2016.
- Diz, María Luisa. „Teatro x la Identidad: Un escenario para las Abuelas de Plaza de Mayo.“ *Reflexión Académica en Diseño y Comunicación* XXI(42) (2020): 228–234.
- Domenella Amadio, Ana Rosa. „Novelas sobre la dictadura cívico-militar en los ochenta y treinta años después.“ *Revista Huella de la Palabra* 12 (2018): 14–29.
- Doughty, Kristin. „Law and the architecture of social repair: gacaca days in post-genocide Rwanda.“ *Journal of the Royal Anthropological Institute* 21(2) (2015): 419–437.
- Drumbl, Mark A. „Rule of Law Amid Lawlessness: Counselling the Accused in Rwanda’s Domestic Genocide Trials.“ *Colombia Human Rights Law Review* 29 (1997–1998): 545–639.
- Dubois, Olivier. „Rwanda’s national criminal courts and the International Tribunal.“ *International Review of the Red Cross* 79(828) (1997): 717–730.
- du Bois-Pedain, Antje. *Transitional Amnesty in South Africa*. Cambridge: Cambridge University Press, 2007.
- Dvořáková, Vladimira und Anđelko Milardović. *Lustration and Consolidation of Democracy and the Rule of Law in Central and Eastern Europe*. Zagreb: Political Science Research Centre Zagreb, 2007.
- Dwertmann, Eva. *The Reparation System of the International Criminal Court: Its Implementation, Possibilities and Limitations*. Leiden: Brill, 2010.
- Echternkamp, Jörg. „Die Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen.“ Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-zweite-weltkrieg/199413/die-verfolgung-nationalsozialistischer-gewaltverbrechen> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Eckel, Jan und Claudia Moisel (Hrsg.). *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*. Göttingen: Wallstein, 2008.
- Edmonds, Amy. „Moral Authority and Authoritarianism: The Catholic Church and the Military Regime in Uruguay.“ *Journal of Church and State* 56(4) (2014): 644–669.
- Eeden, Elize S. van. „South Africa’s Revised History Curriculum on Globalism and National Narratives in Grade 12 Textbooks.“ *Historia* 55, no. 1 (Mai 2010): 110–124.
- Eichmüller, Andreas. „Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945: Eine Zahlenbilanz.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008): 621–640.
- Elbasani, Arolda und Artur Lipinski. „Transitional Justice in Albania: Historical Burden, Weak Civil Society and Conflicting Interests.“ In *Transitional Justice and Civil Society in the Balkans*, hrsg. von Olivera Simić und Zala Volčič, 105–121. New York: Springer, 2013.
- El Masri, Samar, Tammy Lambert und Joanna R. Quinn (Hrsg.). *Transitional Justice in Comparative Perspective: Preconditions for Success*. Cham: Palgrave Macmillan, 2020.
- Encuesta Bicentenario 2019. (Santiago, Universidad Católica de Chile, 2019). Verfügbar unter: <https://encuestabicentenario.uc.cl/> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Engstrom, Par und Gabriel Pereira. „From Amnesty to Accountability: Ebb and Flow in the Search for Justice in Argentina.“ In *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and Internatio-*

- nal Perspectives*, hrsg. von Fancesca Lessa und Leigh A. Payne. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Erebara, Rudi. *Epika eyjeve të mëngjesit* [The Epos of the Morning Stars]. Tiranë: Ombra GVG, 2016.
- Errandonea, Jorge. „Justicia transicional en Uruguay.“ *Revista Instituto Interamericana de Derechos Humanos* 47 (2008): 13–69.
- Eser, Albin, et al. (Hrsg.). *Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht: Vergleichende Einblicke in Transitionsprozesse*. 14 Bde. Berlin: Duncker & Humblot, 2000–2012.
- Evans, Christine. *The Right to Reparation in International Law for Victims of Armed Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Fähnders, Till. „Khieu Samphan gibt sich ahnungslos.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. August 2021, 8.
- Feld, Claudia. *Del estrado a la pantalla: Las imágenes del juicio e los ex comandantes en Argentina*. Madrid: Siglo XXI Editores, 2002.
- Feld, Claudia. „Memoria colectiva y espacio audiovisual: Historia de las imágenes del juicio a las ex Juntas Militares (1985–1998).“ In *La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier: 103–114. La Plata: Al Margen/Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.
- Ferrara, Anita. *Assessing the Long-Term Impact of Truth Commissions: The Chilean Truth and Reconciliation Commission in Historical Perspective*. Oxford und New York: Routledge, 2015.
- Ferrari, Damián. *Memoria Abierta: Una experiencia de Coordinación Interinstitucional para facilitar el acceso a la información sobre Derechos Humanos*. Minneapolis: 2005. Verfügbar unter: [http://www.memoriaabierta.org.ar/materiales/pdf/utilizando\\_cooperacion.pdf](http://www.memoriaabierta.org.ar/materiales/pdf/utilizando_cooperacion.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Colonel Mengistu Hailemariam et al.* (revidierte Anklageschrift), 28. November 1995, Akte Nr. 1/87.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Dagnenet Ayalew et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 13/90.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Tesfaye Belayeneh et al.*, (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 34/89.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Teshome Kebede et al.* (Anklageschrift), 23. Dezember 1997, Akte Nr. 931/89.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Getahun Zenebe Woldeselassie et al.* (revidierte Anklageschrift), 16. Juni 1999, Akte Nr. 962/89.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Colonel Tesfaye Woldeselassie Eshetie et al.* (Anklageschrift), 8. Oktober 2000, Akte Nr. 206/93.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Hailu Burrayyu Sima et al.* (Gerichtsurteil) 31. Oktober 2005, Akte Nr. 03119.
- FHC (Äthiopien). *SPO v. Legesse Asfaw et al.*, (Gerichtsurteil), 4. März 2008, Akte Nr. 03116.
- Fichtelberg, Aaron. *Hybrid Tribunal: A Comparative Examination*. New York: Springer, 2015.
- Fierro, Jorge. „¿Otra película sobre la dictadura? El relato del pasado reciente en el cine uruguayo“ *Brecha* (15.05.2020). Verfügbar unter: <https://brecha.com.uy/otra-pelicula-sobre-la-dictadura/.7> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Filippini, Leonardo. „Reconocimiento y justicia penal en el caso Gelman.“ *Anuario de Derechos Humanos* (2012): 185–193.
- Fischer, Bernd-Jürgen. *Albania at War, 1939–1945*. West Lafayette, Indiana: Purdue University Press, 1999.
- Fischer, Thomas. „Die Tupamaros in Uruguay: Das Modell der Stadtguerrilla.“ In *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 2, hrsg. von Wolfgang Kraushaar, 736–750. Hamburg: Hamburger Edition, 2006.
- Forbes, David. „Investigation 168: Long Road to No Justice for TRC Victims.“ *Daily Maverick*, 21. November 2020. Verfügbar unter: <https://www.dailymaverick.co.za/article/2020-11-21-long-road-to-no-justice-for-trc-victims/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- François, Etienne und Hagen Schulze (Hrsg.). *Deutsche Erinnerungsorte*, Bde. 1–3. München: C. H. Beck, 2001.
- Freedom Park. „Freedom Park Annual Report 2018–2019.“ 2019. Verfügbar unter: [https://static.pmg.org.za/Freedom\\_Park\\_Annual\\_Report\\_201819\\_Final.pdf](https://static.pmg.org.za/Freedom_Park_Annual_Report_201819_Final.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Freedom Park. „The History of the Park.“ Verfügbar unter: <https://www.sahistory.org.za/place/freedom-park> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Freeman, Mark. *Necessary Evils: Amnesties and the Search for Justice*. Cambridge: Cambridge University Press, 2009.
- Frei, Norbert (Hrsg.). *Transnationale Vergangenheitspolitik: Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*. Göttingen: Wallstein, 2006.
- Frei, Norbert. *Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. Munich: Ullstein, 2012.
- Fried Amilivia, Gabriela. „Sealing and Unsealing Uruguay’s Transitional Politics of Oblivion: Waves of Memory and the Road to Justice, 1985–2015.“ *Latin American Perspectives* 43(6) (2016): 103–123.
- Fried Amilivia, Gabriela, Francesca Lessa und Felipe Michelini. „Uruguay: El Cóndor en la bruma.“ In *A 40 años del condor: De las coordinaciones represivas a la construcción de las políticas públicas regionales en derechos humanos*, hrsg. von Javier Palummo, Pedro Rolo Benetti and Luciana Vaccotti, 157–203. Buenos Aires: IPPDH, 2015. Verfügbar unter: <http://www.raadh.mercosur.int/wp-content/uploads/2015/06/A-40-a%C3%B1os-del-C%C3%B3ndor.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Frieslaar, Geraldine. „Education and Preservation of Sites of Conscience.“ In *Memory of Nations. Democratic Transition Guide: The South African Experience*. CEVRO, 2020. Verfügbar unter: [http://www.cevro.cz/web\\_files/soubory/democracy-guide/democracy-guide-2019/MN-DTG%202019%20-%20\(12\)%20The%20South%20African%20Experience.pdf](http://www.cevro.cz/web_files/soubory/democracy-guide/democracy-guide-2019/MN-DTG%202019%20-%20(12)%20The%20South%20African%20Experience.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Fuchs, Ruth. *Staatliche Aufarbeitung von Diktatur und Menschenrechtsverbrechen in Argentinien: Die Vergangenheitspolitik der Regierungen Alfonsín (1983–1989) und Menem (1989–1999) im Vergleich*. Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, 2003.
- Fuentes, Claudio. „The Unlikely Outcome: Transitional Justice in Chile 1990–2008.“ In *After Oppression*, hrsg. von Vesselin Popovski, 116–142.
- Fujii, Lee. *Killing Neighbors: Webs of Violence in Rwanda*. New York: Cornell University Press, 2011.
- Gahima, Gerald. *Transitional Justice in Rwanda: Accountability for Atrocity*. New York: Routledge, 2013.
- Galain Palermo, Pablo. „Uruguay.“ In *Injusticia de Transición: Informes de América Latina, Alemania, Italia y España*, hrsg. von Kai Ambos, Ezequiel Malarino und Gisela Elsner, 391–414. Berlin und Montevideo: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009.
- Galain Palermo, Pablo. „La justicia de transición en Uruguay: Un conflicto sin resolución.“ *Revista de Derecho* 6 (2011): 109–153.
- Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.). *Recht und Gerechtigkeit: Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa*. Köln: C. H. Beck, 2017.
- García, Martina Eva. „Archivo, Testimonios y Memorias en Uruguay.“ *Aletheia* 10/20 (2020): 1–13. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.24215/18533701e051> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- García, Victoria. „Testimonio y ficción en la Argentina de la postdictadura: Los relatos del sobreviviente-testigo.“ *Revista Chilena de Literatura* 93 (2016): 73–100.
- Gargiulo Silvarriño, Liliana und Fabián Hernández Muñiz. „Archivos y derechos humanos en Uruguay. Estado de la cuestión. La Secretaría de Derechos Humanos para el Pasado Reciente de la Presidencia de la República Oriental del Uruguay: génesis y acciones archivísticas actuales.“ *Informatio* 23(1) (2018): 95–117.
- Garretón, Manuel Antonio. *La posibilidad democrática en Chile*. Santiago: Flacso Chile, 1988.
- Garzón Valdés, Ernesto. „El Terrorismo de Estado (El problema de su legitimación e ilegitimidad).“ *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)* 65 (1989): 35–55.
- Geschichte der Gegenwart, Wallstein Verlag. Verfügbar unter: <https://www.wallstein-verlag.de/reihen/geschichte-der-gegenwart.html> [Buchreihe].
- Geschichte der Gegenwart: Beiträge zur öffentlichen Debatte. Verfügbar unter: <https://geschichtedergegenwart.ch> (Weblog).

- Gauteng Provincial Government. „Gauteng Provincial Government Annual Report 2017–2018,“ 2018. Verfügbar unter: [https://provincialgovernment.co.za/entity\\_annual/400/2018-gauteng-gauteng-growth-and-development-agency-ggda-annual-report.pdf](https://provincialgovernment.co.za/entity_annual/400/2018-gauteng-gauteng-growth-and-development-agency-ggda-annual-report.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Gevers, Christopher. „Prosecuting the Crime Against Humanity of Apartheid: Never, Again.“ *African Yearbook of International Humanitarian Law*, 2018. Verfügbar unter: [https://www.academia.edu/39736593/Prosecuting\\_the\\_Crime\\_Against\\_Humanity\\_of\\_Apartheid\\_Never\\_Again](https://www.academia.edu/39736593/Prosecuting_the_Crime_Against_Humanity_of_Apartheid_Never_Again) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Giambruno, Rafael. „A mitad de camino: El gobierno de izquierda ante el desarrollo de políticas reparatorias en Uruguay (1985–2015).“ In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2016* (Montevideo: SERPAJ, 2016), 76–83.
- Ginzberg, Victoria. „Quién es el nieto 130: La historia de Javier Matías Darroux Mijalchuk.“ *Página/12* (14.06.2019).
- Girmachew, Alemu, Charles Schaefer and Kjetil Tronvoll. *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*. Suffolk: Woodbridge, 2009.
- Glos, Walter und Jonila Godole. „Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit, Länderbericht.“ *Konrad-Adenauer-Stiftung*, Dezember 2017. Verfügbar unter: [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=21700176-c5c0-ecc8-0c12-66e59964e5a0&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=21700176-c5c0-ecc8-0c12-66e59964e5a0&groupId=252038) (letzter Zugriff: 14.01.2021).
- Godole, Jonila. *Gazetaria shqiptare në tranzicion*. Tiranë: Papirus, 2014.
- Godole, Jonila und Sonila Danaj. „Who died? The Role of Journalists in Framing Collective Memory in Albania.“ In *Media Transformation and Collective Memory in Albania*, hrsg. von Godole und Danaj. Tiranë: IDMC, 2015.
- Godole, Jonila. „Albanien: Deutschland als Musterland.“ *bbp*, 2016. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/225357/albaniendeutschland-als-musterland> (letzter Zugriff: 31.10.2020).
- Godole, Jonila. „Das Erbe der kommunistischen Diktatur in Albanien.“ In *Disziplinieren und Strafen*, hrsg. von Jörg Baberowski et al., 293–311. Berlin: Campus Verlag, 2021.
- Godole, Jonila und Valbona Bezati. „Në shërbim të popullit – Politikat kufitare në Shqipërinë komuniste.“ In *Profile të armikut të popullit në diktaturë, Verëffentlichung der Konferenzbeiträge vom 17.–18. Mai 2019*, 13–32. Tiranë: Onufri, 2021. Verfügbar unter: [https://issuu.com/aidssh/docs/profilet\\_e\\_armikut\\_t\\_popullit](https://issuu.com/aidssh/docs/profilet_e_armikut_t_popullit) (11.10.2022).
- Goldsmith, Jack und Stephen D. Krasner. „The Limits of Idealism.“ *Daedalus* 132(47) (2003): 47–63.
- González Baica, Soledad und Mariana Riso Fernández (Hrsg.). *Las Laurencias: Violencia sexual y de género en el terrorismo de Estado uruguayo*. Montevideo: Trilce, 2012.
- González de Oleaga, Marisa. „¿La memoria en su sitio? El museo de la Escuela de Mecánica de la Armada.“ *Kamchatka: Revista de análisis cultural* 13 (2019): 117–162.
- Goswinkler, Dieter und Johannes Masing (Hrsg.). *Die Verfassungen in Europa 1789–1949*. München: C. H. Beck, 2006.
- Gready, Paul. „Novel Truths: Literature and Truth Commissions.“ *Comparative Literature Studies* 46(1) (2009): 156–76.
- Gready, Paul. *The Era of Transitional Justice: The Aftermath of the Truth and Reconciliation Commission in South Africa and Beyond*. New York: Routledge, 2010.
- Grupo de Investigación en Antropología Forense (GIAF Uruguay). *Investigaciones Arqueológicas sobre Detenidos Desaparecidos en la última dictadura cívico-militar*. Informes de Actividades (Montevideo: GIAF, 2006 ff.).
- Grupo de Investigación en Antropología Forense (GIAF Uruguay). *Investigaciones antropológicas sobre Detenidos Desaparecidos en la última dictadura cívico-militar. Informe de actividades año 2011–2012* (Montevideo: GIAF 2012).

- Guembe, María José. „Die Suche nach Wahrheit vor den Gerichten.“ In *Experimente mit der Wahrheit: Rechtssysteme im Wandel und die Prozesse der Wahrheitsfindung und Versöhnung. Documenta11\_Plattform2*, hrsg. von Okwui Enwezor et al., 261–272. Ostfildern: Hatje Cantz, 2002.
- Guembe, María José. „Reopening of Trials for Crimes Committed by the Argentine Military Dictatorship.“ *Sur – International Journal on Human Rights* 3 (2005): 115–131.
- Guembe, María José. „Economic Reparations for Grave Human Rights Violations.“ In *The Handbook of Reparations*, hrsg. von Pablo de Greiff, 21–47. Oxford: Oxford University Press, 2006.
- Guglielmucci, Ana. „Transición política y reparación a las víctimas del terrorismo de estado en la Argentina: algunos debates pendientes.“ *Taller. Revista de Sociedad, Cultura y Política en América Latina* 4(5) (2015): 24–42.
- Guianze, Mirtha. „La Ley de Caducidad, las luchas por la Justicia y por la jurisdicción universal de los derechos humanos en Uruguay.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 189–202. Montevideo: Trilce, 2011.
- Guyer, Sara. „Rwanda’s Bones.“ *Boundary 2* 36(2) (2009): 155–175.
- Guzman Bouvard, Marguerite. *Revolutionizing Motherhood: The Mothers of the Plaza de Mayo* Wilmington: S. R. Books, 1994.
- Hahn-Godeffroy, Emily. *Die südafrikanische Truth and Reconciliation Commission*. Baden-Baden: Nomos, 1998.
- Haile, Dadimos. *Accountability for Crimes of the Past and the Challenges of Criminal Prosecution: The Case of Ethiopia*. Leuven: Leuven University Press, 2000.
- Haile-Selassie, Teferra. *The Ethiopian Revolution 1974–1991: From a Monarchical Autocracy to a Military Oligarchy*. London: Kegan Paul International, 1997.
- Harden, Blaine. „Rebel leaders Pledges Coalition Government, then Free Elections.“ *The Washington Post*, 29. Mai 1991. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/05/29/rebel-leader-pledges-coalition-government-then-free-elections/a5818143-9397-470d-a1b2-b44e28e9e98d/> (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Harris, Paul. „Spin’ on Boer Atrocities.“ *The Guardian*, 9. Dezember 2001, sec. World news. Verfügbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2001/dec/09/paulharris.theobserver> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Haschke, Peter. *The Political Terror Scale (PTS) Codebook*. Ashville, 2017. Verfügbar unter: <https://www.politicalterrorscale.org/Data/Files/PTS-Codebook-V100.pdf> (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Hatzfeld, Jean. *Life Laid Bare: The Survivors in Rwanda Speak*. New York: Other Press, 2007. Hatzfeld, Jean. *The Antelope’s Strategy: Living in Rwanda After the Genocide*. New York: Picador, 2010.
- Hauck, Kuno und Rainer Huhle. „20 Jahre *Madres de Plaza de Mayo*: Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der *Madres de Plaza de Mayo* in Argentinien.“ In *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, hrsg. von Detlef Nolte, 108–127. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Havel, Vaclav. „New Years’ Address to the Nation.“ In *The Art of the Impossible*. New York, 1984.
- Hayner, Priscilla B. „Past Truths, Present Dangers: The Role of Official Truth Seeking in Conflict Resolution and Prevention.“ In *International Conflict Resolution after the Cold War*, hrsg. von Paul Stern und Daniel Druckman, 338–382. Washington DC.: National Academy Press, 2000.
- Hayner, Priscilla B. *Unspeakable Truths: Facing the Challenge of Truth Commissions*. New York und London: Routledge Chapman & Hall, 2002.
- Hayner, Priscilla B. *Unspeakable Truths: Transitional Justice and the Challenge of Truth Commissions*. New York: Routledge, 2010.
- Herf, Jeffrey. *The Jewish Enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*. Cambridge: Harvard University Press, 2006.
- Heinz, Wolfgang S. „Militär und Demokratie.“ In *Argentinien: Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, hrsg. von Detlef Nolte und Nikolaus Werz, 225–240. Frankfurt am Main: Vervuert, 1996.
- Heinz, Wolfgang S. „Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored Actors in Uruguay 1960–1990.“ In *Determinants of Gross Human Rights Violations by State and State-sponsored*

- Actors in Brazil, Uruguay, Chile, and Argentina 1960–1990*, hrsg. von Wolfgang S. Heinz und Hugo Frühling, 219–387. Den Haag, Boston und London: M. Nijhoff cop., 1999.
- Hemmerling, Mario. *Vergangenheitsaufarbeitung im postautoritären Argentinien: Ein Beitrag zur Reaktion des Verfassungsrechts und der Verfassungsgerichtsbarkeit auf staatlich gesteuertes Unrecht im Lichte völkerrechtlicher Verpflichtungen*. Baden-Baden: Nomos, 2011.
- Henze, Paul. *Rebels and separatist in Ethiopia: regional resistance to a Marxist Regime*. RAND Corporation, 1985.
- Henze, Paul B. *Layers of Time: A history of Ethiopia*. New York: Palgrave, 2000.
- Higher Education Institutions Administration (Äthiopien). Proclamation No.109/1977 in Kraft getreten am 13. Januar 1977, Article 3(1).
- Hinton, Alexander Laban. *Transitional Justice: Global Mechanisms and Local Realities After Genocide and Mass Violence*. New Brunswick: Rutgers University Press, 2010.
- Hitchcott, Nicki. „Seeing the Genocide against the Tutsi through someone else’s eyes: Prosthetic memory and Hotel Rwanda.“ *Memory Studies* (zuerst online 2020).
- Hoeres, Peter. *Krieg der Philosophen: Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2004.
- Hoeres, Peter. „Vom Paradox zur Eindeutigkeit: Der 8. Mai in der westdeutschen Erinnerungskultur.“ In *Der 8. Mai 1945 im Geschichtsbild der Deutschen und ihrer Nachbarn*, hrsg. von Bernd Heidenreich, Evelyn Brockhoff und Andreas Rödder, 47–58. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 2016.
- Hoeres, Peter. „Der Versailler Vertrag: Ein Frieden, der kein Frieden war.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15 (2019): 38–44. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/288788/versailler-vertrag-ein-frieden-der-kein-frieden-war?p=all> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Hoeres, Peter. *Zeitung für Deutschland: Die Geschichte der FAZ*. München und Salzburg: Benevento, 2019.
- Hoffmann, Deborah und Frances Reid. *A Long Night’s Journey into Day*, 2000.
- Hola, Barbora und Hollie Brehm. „Punishing Genocide: A Comparative Empirical Analysis of Sentencing Laws and Practices at the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR), Rwandan Domestic Courts, and Gacaca Courts.“ *Genocide Studies and Prevention: An International Journal* 10(3) (2016): 59–80.
- Hola, Barbora und Alette Smeulers. „Rwanda and the ICTR – Facts and Figures.“ In *Elgar Companion to the International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR)*, hrsg. von Alette Smeulers und Annemarie de Brouwer, 44–76. Glos: Edward Elgar Publishing Ltd, 2016.
- Horne, Cynthia M. „Lustration, Transitional Justice, and Social Trust in Post-Communist Countries: Repairing or Wrestling the Ties that Bind?“ *Europe-Asia Studies* 66(2) (2014): 225–254. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09668136.2014.882620> (letzter Zugriff: 09.11.2021).
- Hoxha, Çelo. *Krimet e komunistëve gjatë luftës 1941–1945*. Tiranë: ISKK 2014.
- Hoxha, Nexhmije. *Përjetime dhe meditime në jetën time politike*. Tirana: Ilar, 2019.
- Hughes, James und Denisa Kostovicova. *Rethinking Reconciliation and Transitional Justice after Conflict*. Abingdon: Routledge, 2018.
- Huikuri, Salla. *The Institutionalization of the International Criminal Court*. Cham: Palgrave Macmillan, 2019.
- Human Rights Watch. „Evil Days: 30 Years of War and Famine in Ethiopia.“ Report of African Watch, September 1991. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/Ethiopia919.pdf> (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Human Rights Watch. „Decision to Deny ANC Leaders Amnesty Applauded.“ Human Rights Watch, 1999. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/1999/03/03/decision-deny-anc-leaders-amnesty-applauded> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Human Rights Watch und Amnesty International. „Truth and Justice: Unfinished Business in South Africa.“ Amnesty International / Human Rights Watch Briefing Paper, 2003. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/legacy/background/africa/truthandjustice.htm> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- Human Rights Watch. *Law and Reality: Progress in Judicial Reform in Rwanda* (New York, 2008) Human Rights Watch. *Justice Compromised – The Legacy of Rwanda’s Community-Based Gacaca Courts*, 31. Mai 2011. Verfügbar unter: [https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/rwanda0511webwcover\\_0.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/rwanda0511webwcover_0.pdf). (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Huntington, Samuel. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. London: University of Oklahoma Press, 1991.
- Huyse, Luc und Mark Salter. *Traditional Justice and Reconciliation after Violent Conflict: Learning from African Experiences*. Stockholm: International Institute for Democracy and Reconciliation, 2008.
- Huyse, Luc. *Transitional Justice after War and Dictatorship: Learning from European Experiences 1945–2010. Abschlussbericht Januar 2013*. Brussels: CEGES SOMA, 2013.
- Ibreck, Rachel. „The politics of mourning: Survivor contributions to memorials in post-genocide Rwanda.“ *Memory Studies* 3(4) (2010): 330–343.
- Ibreck, Rachel. „The Time of Mourning: The Politics of Commemorating the Tutsi Genocide in Rwanda.“ In *Public Memory, Public Media, and the Politics of Justice*, hrsg. von Philip Lee und Pradip Thomas, 98–121. London: Palgrave Macmillan, 2012.
- ICTR, *Key Figures of ICTR Cases*. Verfügbar unter: <https://unictr.irmct.org/sites/unictr.org/files/publications/ictcr-key-figures-en.pdf> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- IDMC. *(Non)rehabilitation of Political Persecuted in the Process of Transitional Justice in Albania 1991–2018*. Tiranë: IDMC, 2019.
- IDMC. *Filmat e Kinostudios pasuri kombëtare apo propagandë?* Tiranë: IDMC, 2019.
- Idrizi, Idris. „Zwischen politischer Instrumentalisierung und Verdrängung: Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Öffentlichkeit, Geschichtspublizistik und Historiografie im postkommunistischen Albanien.“ *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2014). Berlin: Metropol, 2014.
- Idrizi, Idris. *Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus 1976–1985*. Berlin und Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2019.
- IJR. „SA Reconciliation Barometer Report.“ Cape Town: Institute for Justice and Reconciliation, 2019. Verfügbar unter: <http://www.ijr.org.za/home/wp-content/uploads/2019/12/800108-IJR-Barometer-Report-2019-final-web.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Ingelaere, Bert. *Does the Truth Pass Across Fire without Burning? Transitional Justice and its Discontents in Rwanda’s Gacaca Courts*. Antwerpen: Management IoDPa Discussion Paper, 2007.
- International Journal of Transitional Justice*. Mission statement. Verfügbar unter: <https://academic.oup.com/ijtj/pages/About> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Jallow, Hassan Bubacar. „The Contribution of the International Criminal Tribunal for Rwanda to the Development of International Criminal Law.“ In *After Genocide: Transitional Justice, Post-Conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond*, hrsg. von Phil Clark und Zachary D. Kaufman, 261–279. London: Hurst, 2008.
- Jansen, Jonathan. „Rethinking Education Policy Making in South Africa: Symbols of Change, Signals of Conflict.“ In *Educational in Retrospect: Policy and Implantation 1990–2000*, hrsg. von Andre Kraak und Michael Young, 40–57. Pretoria: HSRC Press, 2001.
- Jeffery, Renee und Hun Joon Kim. *Transitional Justice in the Asia-Pacific*. New York: Cambridge University Press, 2015.
- Jelin, Elisabeth. „The Politics of Memory: The Human Rights Movement and the Construction of Democracy in Argentina.“ *Latin American Perspectives* 21(2) (1994): 38–58.
- Jelin, Elisabeth. „La política de la memoria: El movimiento de Derechos Humanos y la construcción democrática en argentina.“ In *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, hrsg. von Carlos H. Acuña et al., 103–146. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión, 1995.
- Jelin, Elisabeth. „Memorias en conflict.“ *Puentes* 1(1) (2000): 6–13.
- Jelin, Elisabeth. „Introducción: Gestión política, gestión administrativa y gestión histórica: Ocultamientos y descubrimientos de los archivos de la represión.“ In *Los archivos de la represión: Documentos, memo-*



- ría y verdad*, hrsg. von Ludmila da Silva Catela und Elizabeth Jelin, Madrid: Siglo XXI editores, 2002, 1–13.
- Jelin, Elisabeth. *State Repression and the Labors of Memory*. Minnesota: University of Minnesota Press, 2003.
- Jensen, Silvina und María Lorena Montero. „Prisión política y destierro en la Argentina dictatorial: Materiales y preguntas para la construcción de nuevos objetos de estudio.“ In *Izquierdas* 26 (2016): 99–122.
- Jeßberger, Florian und Julia Geneuss (Hrsg.). *Zehn Jahre Völkerstrafgesetzbuch*. Baden-Baden: Nomos, 2013.
- Jeßberger, Florian und Gerhard Werle. *Völkerstrafrecht*. Tübingen: Mohr Siebeck, 2020.
- Joignant, Alfredo und Pedro Güell (Hrsg.). *Notables, Tecnócratas y Mandarines: Elementos de sociología de las elites en Chile (1990–2010)*. Santiago: Ediciones Universidad Diego Portales, 2011.
- Jones, Bruce D. *Peacemaking in Rwanda: The Dynamics of Failure*. Boulder, CO: Lynne Rienner, 2001.
- Jones Daniel, Santiago Luján und Analía Quintáns. „De la resistencia a la militancia: las Iglesias evangélicas en la defensa de los derechos humanos (1976–1983) y el apoyo al matrimonio igualitario (2010) en Argentina.“ *Espiral, Estudios sobre Estado y Sociedad* XX/59 (2014): 109–142.
- Jones, Nicholas A. *The Courts of Genocide: Politics and the Rule of Law in Rwanda and Arusha*. New York: Routledge, 2010.
- Jorda, Romana. *El Reflejo de la Dictadura en el cine chileno*. Vienna: Universität Wien, 2011. Verfügbar unter: [https://www.academia.edu/33028751/Romana\\_Jorda\\_El\\_reflejo\\_de\\_la\\_dictadura\\_en\\_el\\_cine\\_chileno](https://www.academia.edu/33028751/Romana_Jorda_El_reflejo_de_la_dictadura_en_el_cine_chileno) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Judges Matter. „The Make-Up Of South Africa’s Judiciary.“ 29. März 2017. Verfügbar unter: <https://www.judgesmatter.co.za/opinions/south-africa-judges/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Jureit, Ulrike und Carsten Schneider. *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*. Stuttgart: Klett-Cotta, 2010.
- Kadare, Ismail. *Die Verbannte*. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2017. Kadare, Ismail. *Kur sundesit grinden*. Tiranë: Onufri, 2018.
- Kaitesi, Usta. *Genocidal Gender and Sexual Violence: The legacy of the ICTR, Rwanda’s ordinary courts and gacaca courts*. PhD Thesis: Utrecht University, 2013.
- Kaleck, Wolfgang, Michael Ratner, Tobias Singelstein und Peter Weiss (Hrsg.). *International Prosecution of Human Rights Crimes*. Berlin und New York: Springer, 2006.
- Kaleck, Wolfgang. *Kampf gegen die Straflosigkeit: Argentinien’s Militärs vor Gericht*. Berlin: Wagenbach, 2010.
- Kalo, Isuf. *Blloku: Rrëfimi i mjekut personal të Enver Hoxhës*. Tirana: UET Press, 2019.
- Kamatalli, Jean Marie. „The Challenge of Linking International Criminal Justice and National Reconciliation: the Case of the ICTR.“ *Leiden Journal of International Law* 16(1) (2003): 115–133.
- Kaminsky, Anna (Hrsg.). *Orte des Erinnerns: Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*. Berlin: Ch. Links, 2016.
- Kant, Immanuel. *Werke in zwölf Bänden*, Bd. 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977.
- Kaufman, Stuart J. „South Africa’s Civil War, 1985–1995.“ *South African Journal of International Affairs* 24, Nr. 4 (2. Oktober 2017): 501–521. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/10220461.2017.1422012> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Kebede, Messay. „The Civilian left and the Radicalization of Dergue.“ *Journal of Developing Societies* 24(2) (2008): 159–182.
- Keller, Sven. „Er bleibt – aber wie? Der Obersalzberg als Hitler-Ort.“ In *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, hrsg. von Magnus Brechtken, 284–316.
- Kerbusch, Ernst-J. „Die Wahlen vom 28. November 1971 in Uruguay.“ *Verfassung und Recht in Übersee* 5 (1972): 387–398.
- Kim, Hun Joon. *Expansion of Transitional Justice Measures: A Comparative Analysis of its Causes*. PhD diss., Minnesota, 2008.
- King, Elisabeth. „From classrooms to conflict in Rwanda.“ *African Affairs* 114(454) (2014): 156–158. King, Peter John. „Comparative Analysis of Human Rights Violations under Military Rule in Argentina, Brazil, Chile, and Uruguay.“ *Statistical Abstract of Latin America* 27 (1989): 1043–1065.

- Kittel, Manfred. *Die Legende von der „Zweiten Schuld“: Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*. Frankfurt am Main und Berlin: Ullstein, 1993.
- Kittel, Manfred. *Nach Nürnberg: „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968*. München: De Gruyter Oldenbourg, 2004.
- Klein, Herbert S. „La Seguridad Nacional y la destrucción de regímenes democráticos en América Latina.“ *Políticas de la Memoria* 18 (2018/2019): 49–63.
- Klumpff, Guido. *Vergangenheitsbewältigung durch Wahrheitskommissionen – das Beispiel Chile*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2001.
- Knabe, Hubertus. *Die Täter sind unter uns: Über das Schönreden der SED-Diktatur*. Berlin: Propyläen, 2007.
- Knabe, Hubertus. *Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen*. Berlin: Propyläen, 1999.
- Knigge, Volkhard und Norbert Frei. *Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. München: C. H. Beck, 2002.
- Knoch, Habbo. „Gedenkstätten.“ In *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. September 2018. Verfügbar unter: [http://docupedia.de/zg/Knoch\\_gedenkstaetten\\_v1\\_de\\_2018](http://docupedia.de/zg/Knoch_gedenkstaetten_v1_de_2018) (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Knust, Nandor. *Strafrecht und Gacaca: Entwicklung eines pluralistischen Rechtsmodells am Beispiel des ruandischen Völkermordes*. Berlin: Duncker & Humblot, 2011.
- Kogon, Eugen. *Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager*. München: dtv, 1946.
- Kohl, Christine von. *Albanien*. München: Beck Verlag, 2003.
- Koselleck, Reinhart. „Gibt es ein kollektives Gedächtnis?“ *Divinatio* 19 (2004): 23–28.
- Korman, Remi. „The Tutsi Body in the 1994 Genocide: Ideology, Physical Destruction, and Memory.“ In *Destruction and Human Remains: Disposal and Concealment in Genocide and Mass Violence*, hrsg. von Jean-Marc Dreyfus und Elisabeth Anstett, 226–242. Manchester: Manchester University Press, 2014.
- Krasniqi, Afrim. „Trajtimi i të kaluarës në raport krahasues: Shqipëria dhe Evropa Lindore.“ In *Të mohuar nga regjimi*. Tiranë: AIDSSH, 2020.
- Kretsi, Georgia. *Verfolgung und Gedächtnis in Albanien: Eine Analyse postsozialistischer Erinnerungsstrategien*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2007.
- Kroh, Jens. *Transnationale Erinnerung: Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*. Frankfurt am Main: Campus, 2008.
- Kutzner, Maximilian. „Tagungsbericht: HT 2018: Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich, 25.09.2018–28.09.2018 Münster.“ *H-Soz-Kult*, 2. November 2018. Verfügbar unter: <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7923>. (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Labuschagne, Pieter. „Balancing the Past and the Future in South Africa: A Spatial Analysis of the Apartheid Museum as an Instrument for Dealing with a Contested Past.“ *South African Journal of Art History* 27 (2012).
- Lahiff, Edward et al. „Land Redistribution and Poverty Reduction in South Africa.“ *Programme for Land and Agrarian Studies*, University of the Western Cape, 2008.
- Lamb, Guy. „Dismantling of the State Security Apparatus.“ In *Memory of Nations: Democratic Transitions Guide – The South African Experience*, hrsg. von CEVRO, 7–17. CEVRO, 2020.
- Lame, Qemal. *Kur shembeshin themelet*. Tiranë: Onufri, 2014.
- Lame, Qemal. *Dritëhijet e kohës: Letërsia dhe arti në diktaturë: Përndjekja e Ismail Kadaresë*. Tiranë: Neraida, 2020.
- Landkammer, Joachim. *Erinnerungsmanagement: Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. München: Wilhelm Fink, 2006.
- Laplante, Lisa J. „The plural justice aims of reparations.“ In *Transitional Justice Theories*, hrsg. von Susanne Buckley-Zistel, Teresa Koloma Beck, Christian Braun und Friederike Mieth, 40–66. New York: Routledge, 2014.
- Larraín, Hernán und Ricardo Núñez (Hrsg.). *Las Voces de la Reconciliación*. Santiago: Intituto de Estudios de la Sociedad, 2013.

- Larrobla, Carla und Fabiana Larrobla. „Las investigaciones históricas de la Universidad de la República.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–11. Verfügbar unter: <https://journals.openedition.org/ilcea/3950> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lau, Carola. *Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989: Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017.
- Laucero, Malena. „Los Centros clandestinos: Núcleo duro de la Política Terrorista del Estado. In Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2016*, 84–99. Montevideo: SERPAJ, 2016.
- Laucero, Malena und Efraín Olivera. „Memoria y sitios de memoria: el pasado en disputa, in Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay.“ In *Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2019*, 100–114. Montevideo: SERPAJ, 2019.
- Lazzara, Michael. *Chile in Transition: The Poetics and Politics of Memory*. Gainesville: De Gruyter, 2006.
- Leese, Daniel. *Maos langer Schatten: Chinas Umgang mit der Vergangenheit*. München: C. H. Beck, 2020.
- Lemarchand, Rene. *The Dynamics of Violence in Central Africa*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2009.
- Lenton, Diana et al. „Huellas de un genocidio silenciado: Los indígenas en Argentina.“ *Conceptos* 90 (2015): 119–142.
- Lessa, Alfonso. *La revolución imposible: Los Tupamaros y el fracaso de la vía armada en el Uruguay del siglo XX*. Montevideo: Fin de Siglo, 2010.
- Lessa, Francesca und Gabriela Fried. „Las múltiples máscaras de la impunidad: la Ley de Caducidad desde el Sí Rosado hasta los desarrollos recientes.“ In *Luchas contra la impunidad. Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 31–44. Montevideo: Trilce, 2011.
- Lessa, Francesca und Leigh A. Payne (Hrsg.). *Amnesty in the Age of Human Rights Accountability: Comparative and International Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- Lessa, Francesca. „Elusive Justice, Changing Memories and the Recent Past of Dictatorship and Violence in Uruguay: An Analysis of the 2012 Public Act in the Gelman Case.“ *International Journal for Conflict and Violence* 8/1 (2014): 75–90.
- Lessa, Francesca. „¿Justicia o impunidad? Cuentas pendientes a treinta años del retorno a la democracia.“ *ILCEA – Revue de l’Institut des langues et cultures d’Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–16. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4000/ilcea.3874> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lessa, Francesca. *Justice without Borders: Accountability for Plan Condor Crimes in South America*. Oxford: University of Oxford, Latin American Centre, 2016. Verfügbar unter: [https://www.lac.ox.ac.uk/sites/default/files/lac/documents/media/policy\\_brief\\_eng.pdf](https://www.lac.ox.ac.uk/sites/default/files/lac/documents/media/policy_brief_eng.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lessa, Francesca und Elin Skaar. „Uruguay: Halfway towards accountability.“ In *Transitional Justice in Latin America. The uneven road from impunity towards accountability*, hrsg. von Elin Skaar, Jemima García-Godos und Cath Collins, 77–102. London und New York: Routledge, 2017.
- Levy, Daniel und Natan Sznaider. *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2001.
- Lewthwaite, Gilbert A. „Rebels pledge democracy in Ethiopia: U. S.-brokered talks end in agreement after fall of capital.“ *The Baltimore Sun*, 29. Mai 1991. Verfügbar unter: [http://Articles.baltimoresun.com/1991-05-29/news/1991149072\\_1\\_addis-ababa-ethiopians-eprdf](http://Articles.baltimoresun.com/1991-05-29/news/1991149072_1_addis-ababa-ethiopians-eprdf) (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Licklider, Roy. „The Ethics of Advice: Conflict Management vs. Human Rights in Ending Civil Wars.“ *Journal of Human Rights* 7(4) (2008): 376–387.
- Liscano, Carlos. *Ejercicio de la Impunidad: Sanguinetti y Batlle contra Gelman*. Montevideo: Ediciones del Caballo Perdido, 2004.
- Lleshanaku, Luljeta. *Kinder der Natur*. Wien: Edition Korrespondenzen, 2010.
- Lleshanaku, Luljeta. *Negative Space*. New York: New Directons Publishing, 2018.
- Lodge, Tom. „State of Exile: The African National Congress of South Africa, 1976–86.“ *Third World Quarterly* 9, 1 (1987): 1–27.

- Logman, Timothy und Theoneste Rutagengwa. „Memory and Violence in Postgenocide Rwanda.“ In *States of Violence, Politics, Youth and Memory in Contemporary Africa*, hrsg. von Edma G. Bay und Donald L. Donham, 236–260. Charlottesville und London: University of Virginia Press, 2006.
- Longman, Timothy. „Limitations to Political Reform: The Undemocratic Nature of Transition in Rwanda.“ In *Remaking Rwanda: State-Building and Human Rights after Mass Violence*, hrsg. von Scott Straus und Lars Waldorf, 25–48. Wisconsin: Wisconsin University Press, 2011.
- Longman, Timothy. *Memory and Justice in Post-Genocide Rwanda*. Cambridge: Cambridge University Press, 2017.
- López Mazz, José. „The concealment of bodies during the military dictatorship in Uruguay (1973–84).“ In *Human remains and identification: Mass violence, genocide, and the “forensic turn,”* hrsg. von Élisabeth Anstett und Jean-Marc Dreyfus, 83–97. Manchester: Manchester University Press, 2015.
- Lorenz, Frederico Guillermo. „¿De quién es el 24 de Marzo? Las luchas por la memoria del golpe de 1976.“ In *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices“*, hrsg. von Elisabeth Jelin, 53–100. Madrid: Siglo XXI Editores, 2002.
- Lorenz, Frederico Guillermo. *Archivos de la represión y memoria en la República Argentina (2007)*. Verfügbar unter: <http://www.historizarelpasadovivo.cl/downloads/archivoargentina.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Lübbe, Hermann. „Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein.“ *Historische Zeitschrift* 236 (1983): 579–599.
- Lübbe, Hermann. *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger – über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten*. München: Wilhelm Fink, 2007.
- Lubonja, Fatos. *Në vitin e shtatëmbëdhjetë: Ditar burgu 1990–1991*. Tiranë, 1994. Lubonja, Fatos. *Ridënimi* (1996).
- Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos. *El Referendum desde Familiares*. Montevideo: MFDD, 1990.
- Madres y Familiares de Detenidos Desaparecidos. *A todos ellos: Informe de Madres y Familiares de Uruguayos Detenidos Desaparecidos*. Montevideo: MFDD, 2004.
- Magendzo, Abraham und María Isabel Toledo. „Educación en Derechos Humanos: curriculum historia y ciencias sociales del 2o año de enseñanza media. subunidad ‚regimen militar y transición a la democracia.‘“ *Valdivia, Revista Estudios pedagógicos XXXV*. (2009): 139–154. Verfügbar unter: <http://revistas.uach.cl/index.php/estped/article/view/3262> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Magnarella, Paul J. „The Background and Causes of the Genocide in Rwanda.“ *Journal of International Criminal Justice* 3(4) (2005): 801–822.
- Magome, Mogomotsi. „South Africa Probes Apartheid-Era Death in Police Custody.“ AP NEWS, 3. Februar 2020. Verfügbar unter: <https://apnews.com/article/0a4ea5b33bcef3c5d044d801d30173a7> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Mahllokwane, James. „Gallows Museum Still Not Open to Public for Safety Reasons.“ *Independent Online*, 2018. Verfügbar unter: <https://www.iol.co.za/pretoria-news/gallows-museum-still-not-open-to-public-for-safety-reasons-14419781> (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Maier, Julio B. J. „Die strafrechtliche Aufarbeitung von staatlich gesteuertem Unrecht in Argentinien.“ *Zeitschrift für die Gesamte Strafrechtswissenschaft* 107 (1995): 143–156.
- Mallinder, Louise. *Amnesty, Human Rights and Political Transitions: Bridging the Peace and Justice Divide*. London: Hart Publishing, 2008.
- Mallinder, Louise. „Indemnity, Amnesty, Pardon and Prosecution Guidelines in South Africa.“ *Working Paper No. 2. Beyond Legalism*. Belfast: Institute of Criminology and Criminal Justice, Queens University, 2009.
- Mallinder, Louise. „Uruguay’s Evolving Experience of Amnesty and Civil Society’s Response.“ *Working Paper No. 4 from Beyond Legalism: Amnesties, Transition and Conflict Transformation*. Belfast: Institut of Criminology and Criminal Justice, Queen’s University, 2009.

- Mamdani, Mahmood. *When Victims Become Killers: Colonialism, Nativism, and the Genocide in Rwanda*. Princeton: Princeton University Press, 2001.
- Marchesi, Alberto Aldo. „Las lecciones del pasado“, *memoria y ciudadanía en los informes „nunca más“*. Informe final del concurso: Culturas e identidades en América Latina y el Caribe. Programa Regional de Becas CLACSO, 2001. Verfügbar unter: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/becas/2000/marchesi.pdf> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Marchesi, Alberto Aldo. „¿Guerra' o ‚Terrorismo de estado'? Recuerdos enfrentados sobre el pasado reciente uruguayo.“ In *Las conmemoraciones: Las disputas en las fechas „in-felices“*, hrsg. von Elizabeth Jelin, 101–147. Madrid: Siglo XXI, 2002.
- Marín Suárez, Carlos und Azul Cordo. „Políticas de memoria en Uruguay: entre el control, la acción y la passion.“ In *Servicio Paz y Justicia – SERPAJ Uruguay, Derechos Humanos en el Uruguay. Informe 2015*, 39–47. Montevideo: SERPAJ, 2015.
- Marius, Jorge Leonel und Juan Francisco Bacigalupe. *Sistema Electoral y Elecciones Uruguayas 1925–1998*, Montevideo: KAS, 1998.
- Markakis, John. „Garrison Socialism: the Case of Ethiopia.“ MERIP Reports, 79, Juni 1979. Markarian, Vania. „Uruguayan Exiles and Human Rights: From Transnational Activism to Transitional Politics, 1981–1984.“ *Anuario de Estudios Americanos* 64 (2007): 111–140.
- Markarian, Vania. „Los documentos del pasado reciente como materiales de archivo: Reflexiones desde el caso uruguayo.“ *Contemporanea – Historia y problemas del siglo XX 7/7* (2016): 178–190.
- Martínez Guidolin, Virginia. *Políticas de Memoria del pasado reciente en las ciudades de Montevideo y Buenos Aires*. MA thesis, Montevideo: Universidad de la República de Uruguay, Facultad de Ciencias Sociales, 2015.
- Martínez, Virginia. *Los fusilados de abril ¿Quién mató a los comunistas de la 20?* Montevideo: Ediciones del caballo perdido, 2002.
- Martínez, Virginia. *Tiempos de Dictadura: Hechos, voces, documentos: La represión y la resistencia día a día*. Montevideo: Ediciones de la Banda Oriental, 2006.
- Mary, Kayitesi-Blewitt. „Funding Development in Rwanda: The Survivors' Perspective.“ *Development in Practice* 16(3/4) (2006): 316–321.
- Mason, Randall. „Conserving Rwandan Genocide Memorials.“ *The Journal of Preservation Technology* 50(2/3) (2019): 17–26.
- Masotta, Carlos. „Imágenes recientes de la ‚Conquista del Desierto': Problemas de la memoria en la impugnación de un mito de origen.“ *Runa. Archivo para las ciencias del hombre XXVI* (2006): 225–245.
- May, Eva-Lotte. „Die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission: Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit.“ In *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen*, hrsg. von Susanne Pickel und Siegmund Schmidt, 245–286. Wiesbaden: Springer VS, 2009.
- Maza, Gonzalo de la. „De la elite civil a la elite política: Reproducción del poder en contextos de democratización.“ *Polis* (Santiago) 12(36) (2013), 67–100. Verfügbar unter: [https://www.scielo.cl/scielo.php?pid=S0718-65682013000300004&script=sci\\_abstract](https://www.scielo.cl/scielo.php?pid=S0718-65682013000300004&script=sci_abstract) (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 11.04.2022).
- McCarthy, Conor. *Reparations and Victim Support in the International Criminal Court*. Cambridge: Cambridge University Press, 2012.
- McDonald, Ronald H. „Redemocratization in Uruguay.“ In *Liberalization and Redemocratization in Latin America*, hrsg. von George A. Lopez und Michael Stohl, 173–189. New York, Westport und London: Greenwood Press, 1987.
- McDonald, Ronald H. und Martin Weinstein. „Balancing Growth and Democracy in Uruguay.“ In *Latin American Politics and Development*, hrsg. von Howard J. Wiarda und Harvey F. Kline, 295–311. Boulder: Westview Press, 2000.
- Meier, Christian. *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns: Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*. München: Siedler, 2010.

- Melvern, Linda. *Conspiracy to Murder: The Rwandan Genocide*. London: Verso, 2006.
- Melvern, Linda. *A People Betrayed: The role of the West in Rwanda's Genocide*. London: Zed Books, 2019.
- Melvin, Jennifer. „Correcting history: mandatory education in Rwanda.“ *Journal of Human Rights in the Commonwealth* 1(2) (2013): 14–22.
- Memoria Abierta. *Guía de archivos útiles para la investigación judicial de delitos de lesa humanidad*. Buenos Aires: Memoria Abierta, 2011.
- Memoria para Armar, uno. *Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas*. Montevideo: Senda, 2001.
- Memoria para Armar, dos. *¿Quién se portó mal? Selección de Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas*. Montevideo: Senda, 2002.
- Memoria para Armar, tres. *Selección de Testimonios coordinados por el Taller Género y Memoria ex-Presas Políticas*. Montevideo: Senda, 2003.
- Merino, Marcia Alejandra. *Mi Verdad: Mas allá del horror, yo acuso*. Santiago: Impreso ATG SA, 1993.
- Meta, Beqir und Ermal Frasherri. *Mbi sistemin e burgjeve, internimit dhe punës së detyruar gjatë regjimit komunist në Shqipëri*. Tiranë: AIDSSH, 2018.
- Metekia, Tadesse S. „Violence Against and Using the Dead: Ethiopian Dergue Cases.“ *Human Remains and Violence* 4(1) (2018): 76–92.
- Metekia, Tadesse S. „Punishing Core Crimes in Ethiopia: Analysis of the Domestic Practice in Light of and in Comparison, with Sentencing Practices at the UNICTs and the ICC.“ *International Criminal Law Review* 1 (2019): 160–190.
- Metekia, Tadesse S. *Prosecution of Core Crimes in Ethiopia: Domestic Practice vis-à-vis international standards*. Leiden: Brill, 2021.
- Mgbako, Chi Adanna. „Ingando Solidarity Camps: Reconciliation and Political Indoctrination in Post-Genocide Rwanda.“ *Harvard Human Rights Journal* 18 (2005): 201–224.
- Michelini, Felipe. „La experiencia del Cono Sur en materia de comisiones de la verdad.“ In *Verdad y Justicia: Homenaje a Emilio F. Mignone*, hrsg. von Juan E. Méndez, Martín Abregú und Javier Mariezcurrena, 173–206. San José de Costa Rica: Instituto Interamericano de Derechos Humanos, 2001.
- Mihr, Anja. *Regime Consolidation and Transitional Justice: A comparative Study of Germany, Spain and Turkey*. New York: Cambridge University Press, 2018.
- Mihr, Anja, Gert Pickel und Susanne Pickel (Hrsg.). *Handbuch Transitional Justice: Aufarbeitung von Unrecht – hin zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS, 2018.
- Milkias, Paulos. „Mengistu Haile Mariam: Profile of a Dictator.“ *Ethiopian Review* 4(1) (1994): 57–59.
- Miller, Alicia und Vanina Berghella. „Una mirada sobre el periodismo de investigación en la Argentina.“ In *¿Qué periodismo se hace en Argentina? Perspectivas locales y globales*, hrsg. von Konrad Adenauer-Stiftung, 75–108. Buenos Aires: Konrad Adenauer-Stiftung, 2018.
- Ministerio de Educación y Cultura. Comisión Nacional de Repatriación. *Programa de la Comisión Nacional de Repatriación: Salud – Vivienada – Trabajo: Año 1986*. Montevideo: MEC, 1986.
- Mirza, Roger. „Memoria y representación en la escena uruguaya: 1968–2013.“ *Nuestro Tiempo* 19 (2014): 5–42.
- Mirza, Roger und Gustavo Remedi (Hrsg.). *La dictadura contra las tablas: Teatro uruguayo e historia reciente*. Montevideo: Biblioteca Nacional, 2009.
- Mitchell, Neil und James McCormick. „Economic and Political Explanations of Human Rights Violations.“ *World Politics* 40(4) (1988): 476–498.
- Mohale, Gabi. „A People's Guide to Archives and Democracy.“ *Daily Maverick*, 21. September 2020.
- Montero, Ana Soledad. „La scène de débat autour de l'annulation de la Loi de caducité de la préention punitive de l'État en Uruguay (2011): positionnements présidentiels et enjeux politiques.“ *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016). Verfügbar unter: <https://journals.openedition.org/ilcea/3923> (letzter Zugriff: 11.04.2022), 1–15.
- Mulleti, Fatbardha. *Saga e dhimbjes*. Tiranë: ISKK, 2018.

- Munck, Gerardo L. *Authoritarianism and Democratization: Soldiers and Workers in Argentina, 1976–1983*. University Park: Penn State University Press, 1998.
- Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, Archivo Audiovisual (2016).
- Mussi, Francesca. „The South African TRC and Its Narrative Legacies.“ In *Literary Legacies of the South African TRC*, 1–39. Cham: Palgrave Macmillan, 2020. Verfügbar unter: [https://doi.org/10.1007/978-3-030-43055-9\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-030-43055-9_1) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Nahum, Benjamín. *Manual de Historia del Uruguay, Tomo II: 1903–2000*. Montevideo: Banda Oriental, 2004.
- Nattrass, Jill. *The South African Economy: Its Growth and Change*. Oxford: Oxford University Press, 1988.
- Navia, Patricio und Arturo Arriagada. *Intermedios: Medios y Democracia en Chile*. Santiago: Universidad Diego Portales, 2013.
- Ndahinda Mukwiza, Felix. „Debating and Litigating Post-Genocide Reparations in the Rwandan Context.“ In *Reparations for Victims of Genocide, War Crimes and Crimes against Humanity*, hrsg. von Carla Ferstman und Mariana Goetz, 629–655. Leiden: Brill Nijhoff, 2020.
- Ndoja, Leka und Alvin Saraci. *Akte gjyqësore politike gjatë komunizmit në Shqipëri: Bashkimi Demokratik Shqiptar 1946*. Tiranë: ISKK, 2015.
- Neumann, Ulfrid und Paulo Abrao. *Transitional Justice: Das Problem gerechter strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung*. Frankfurt am Main: PL Academic Research, 2014.
- Newbury, Catharine. *The Cohesion of Oppression: Clientship and Ethnicity in Rwanda, 1860–1960*. New York: Colombia University Press, 1988.
- Nietzsche, Friedrich. *Unzeitgemäße Betrachtungen: Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben (Kritische Studienausgabe, Bd. 1)*, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. München: dtv, 1999.
- Nino, Carlos Santiago. *Radical Evil on Trial*. New Haven und London: Yale University Press, 1996.
- Nissen, Sylke. „The Eurobarometer and the Process of European Integration.“ *Quality & Quantity* 48(2) (2014): 713–727.
- Nohlen, Dieter. „Uruguay.“ In *Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2: Südamerika*, hrsg. von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler, 477–509. Bonn: Dietz, 1992.
- Nohlen, Dieter. „Uruguay.“ In *Elections in the Americas. A Data Handbook, Vol. II South America*, hrsg. von Dieter Nohlen, 487–534. Oxford: Oxford University Press, 2005.
- Nolte, Detlef. „Verantwortungsethik versus Gesinnungsethik: Menschenrechtsverletzungen und Demokratisierung in Südamerika.“ In *Politische Gewalt in Lateinamerika*, hrsg. von Thomas Fischer und Michael Kennech, 291–309. Frankfurt am Main: Vervuert, 2000.
- Nora, Pierre (Hrsg.). *Realms of Memory: Rethinking the French Past*. Chicago: Columbia University Press, 1998.
- Nora, Pierre (Hrsg.). *Erinnerungsorte Frankreichs*. München: C. H. Beck, 2005.
- Novaro, Marcos und Vincente Palermo. *La Dictadura Militar 1976/1983: Del Golpe de Estado a la Restauración Democrática*. Buenos Aires, Barcelona und Mexico: Paidós, 2003.
- Novick, Peter. *The Holocaust in American Life*. Boston: Houghton Mifflin Company, 1999.
- Nsanzuwera, Francois-Xavier. „The ICTR Contribution to National Reconciliation.“ *Journal of International Criminal Justice* 3(4) (2005): 944–949.
- NURC (Ruanda). *National Policy of Unity and Reconciliation*. Kigali, 2007.
- NURC (Ruanda). *Strategic Plan of Itorero ry'Igihugu 2009–2012*. Kigali, 2009.
- NURC (Ruanda). *Understanding Itorero Ry'igihugu*. Kigali, 2011.
- NURC (Ruanda). *Histoire du Rwanda: des origines à la fin du xxe siècle*. Kigali, 2011.
- Nyseth Brehm, Hollie, Christopher Uggen und Jean-Damascène Gasanabo. „Genocide, Justice, and Rwanda's Gacaca Courts.“ *Journal of Contemporary Criminal Justice* 30(3) (2014): 333–352.
- Odendaal, Andries. *A Crucial Link: Local Peace Committees and National Peacebuilding*. Washington, D.C.: USIP, 2013. Verfügbar unter: <https://bookstore.usip.org/browse/book/9781601271815/A%20Crucial%20Link> (letzter Zugriff: 14.07.2021).

- O'Donnell, Guillermo und Philippe C. Schmitter. *Transitions from Authoritarian Rule, Vol. 4: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore: John Hopkins University Press, 1986.
- Olásolo, Héctor. *International Criminal Law: Transnational Criminal Organizations and Transitional Justice*. Boston: Brill, 2018.
- Olivera, Raúl und Sara Méndez. *Secuestro en la embajada: El caso de la maestra Elena Quinteros*. Montevideo: Fundación Editorial El Perro y la Rana, 2004.
- Olivera, Raúl. „Memoria, verdad y justicia en Uruguay: la gestión del pasado en un escenario de luces y sombras.“ *ILCEA – Revue de l'Institut des langues et cultures d'Europe, Amérique, Afrique, Asie et Australie* 26 (2016): 1–22. Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/ilcea/3905> (letzter Zugriff: 11.04.2022); DOI: 10.4000/ilcea.3905.
- Olsen, Tricia und Leigh Payne. *Transitional Justice in Balance: Comparing Processes, Weighing Efficacy*. Washington: Cambridge University Press, 2010.
- Orentlicher, Diane F. „Settling Accounts: The Duty To Prosecute Human Rights Violations of a Prior Regime.“ *The Yale Law Journal* 100 (1991): 2537–2615. Verfügbar unter: <https://digitalcommons.law.yale.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=7376&context=yjlj> (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Orentlicher, Diane. *That Someone Guilty Be Punished: The Impact of the ICTY in Bosnia*. New York: ICTY, 2010.
- Ortiz, María Luisa. „Acceso público a la información y archivos sobre terrorismo de estado.“ In *Acceso Público a la Memoria*. Santiago: Corporación Parque por la Paz, Villa Grimaldi, 2009.
- Ostertag, Thomas. *Der gezähmte Diktator: Die Wirkung von Menschenrechtsverfahren auf das Repressionslevel in Autokratien*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2017.
- Pagenstecher, Cord. „Der lange Weg zur Entschädigung.“ 2. Juni 2016. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ns-zwangsarbeit/227273/der-lange-weg-zur-entschaedigung> (letzter Zugriff: 22.03.2022).
- Pagès, Joan und Jesús Marolla. „La historia reciente en los currículos escolares de Argentina, Chile y Colombia: Desafíos de la educación para la ciudadanía desde la Didáctica de las Ciencias Sociales.“ *Historia y Memoria* 17 (2018): 153–184.
- Palmás Zaldua, Luz et al. „Memoria, verdad y justicia: Rasgos de un cambio de época en el discurso, las sentencias y las políticas.“ In *Derechos humanos en la Argentina. Informe 2017*, 145–179. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS). Buenos Aires: Siglo veintiuno editores/CELS, 2017.
- Palmás Zaldua, Luz et al. „Las políticas de memoria, verdad y justicia a cuarenta años del golpe.“ In *Derechos humanos en la Argentina. Informe 2016*, 25–56. Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS). Buenos Aires: Siglo veintiuno editores/CELS, 2016.
- Palmer, Nicola. *Courts in Conflict: Interpreting the Layers of Justice in Post-Genocide Rwanda*. Oxford: Oxford University Press, 2015.
- Parliament of South Africa. „Commission for the Promotion and Protection of the Rights of Cultural, Religious and Linguistic Communities Act (Act No. 19 of 2002).“ 2002. Verfügbar unter: [https://www.gov.za/sites/default/files/gcis\\_document/201409/a19-02.pdf](https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/a19-02.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliament of South Africa. „Constitution of the Republic of South Africa (Act 200 of 1993).“ 1993. Verfügbar unter: <https://www.gov.za/documents/constitution/constitution-republic-south-africa-act-200-1993> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliament of South Africa. „No. 58 of 2008: Provision of Land and Assistance Amendment Act, 2008.“ 2008. Verfügbar unter: [https://www.gov.za/sites/default/files/gcis\\_document/201409/3178821.pdf](https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/3178821.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliament of South Africa. „Promotion of National Unity and Reconciliation Act (Act 34 of 1995).“ 1995. Verfügbar unter: [https://www.gov.za/sites/default/files/gcis\\_document/201409/act34of1995.pdf](https://www.gov.za/sites/default/files/gcis_document/201409/act34of1995.pdf) (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Parliamentary Committee on Reparations. „Final Report.“ 2003. Verfügbar unter: <https://pmg.org.za/committee-meeting/2624/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Pan, Jorge Eduardo. „Una brecha a la impunidad.“ *Revista de IELSUR* 9 (1994): 7–18.



- Pellegrino, Adela. „Aspectos demográficos, 1963–1985.“ In *El Uruguay de la dictadura (1973–1985)*, hrsg. von Carmen Appratto et al., 181–192. Montevideo: Banda Oriental, 2004.
- Pells, Kirrily. „Rights are everything we don't have: Clashing Conceptions of Vulnerability and Agency in the Daily Lives of Rwandan Children and Youth.“ *Children's Geographies* 10(4) (2012): 427–440.
- Peralta, Ariela. „El caso Gelman y los desafíos a la Ley de Caducidad.“ In *Luchas contra la impunidad: Uruguay 1985–2011*, hrsg. von Gabriela Fried und Francesca Lessa, 203–215. Montevideo: Trilce, 2011.
- Pereira, Antonio. „Análisis de los informativos televisivos durante el proceso de aprobación de la ley de caducidad.“ *Cuaderno de Historia* 9 (2012): 125–149.
- Peshkëpia, Gëzim und Agron Tufa. „Vila e Hoxhës, Muze për krimet e komunizmit!“, *Panorama*, 6. September 2013. Verfügbar unter: <http://www.panorama.com.al/vila-e-enver-hoxhes-muze-per-krimet-e-komunizmit/> (letzter Zugriff: 30.01.2021).
- Phakathi, Sizwe und Hugo Van der Merwe. „The Impact of the TRC's Amnesty Process on Survivors of Human Rights Violations.“ In *Truth and Reconciliation: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Audrey R. Chapman und Hugo van der Merwe. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009.
- Phillipps-Treby, Walter und Jorge Tiscornia. *Vivir en Libertad*. Montevideo: Editorial Banda Oriental, 2003.
- Pion-Berlin, David. „The Fall of Military Rule in Argentina: 1976–1983.“ *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 27(2) (1985): 55–76.
- Pion-Berlin, David. „To Prosecute or to Pardon? Human Rights Decisions in the Latin American Southern Cone.“ *Human Rights Quarterly* 16(1) (1994): 105–130.
- Pipa, Arshin. *Stalinizmi Shqiptar: Anatomia e një patologjie politike*. Tiranë: ISKK & Princi, 2007.
- Plaut, Martin. „Ethiopia's Oromo Liberation Front.“ *Review of African Political Economy* 33(109) (2006): 587–593.
- Pllumi, At Zef. *Prro vetëm për me tregue*. Tiranë: Shtëpia Botuese 55, 2006.
- Pohlandt-McCormick, Helena. „I Saw a Nightmare...‘ Violence and the Construction of Memory (Soweto, June 16, 1976).“ *History and Theory* 39(4) (2000): 23–44.
- Popovski, Vesselin und Mónica Serrano. *After Oppression: Transitional Justice in Latin America and Eastern Europe*. O. O., 2012.
- Portugheis, Rosa Elsa (Hrsg.). *Documentos del Estado terrorista*. Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2012. Verfügbar unter: [http://www.jus.gob.ar/media/1129178/41anmdocumentos\\_del\\_estado\\_terrorista.pdf](http://www.jus.gob.ar/media/1129178/41anmdocumentos_del_estado_terrorista.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Pottier, Johan. *Re-Imagining Rwanda: Conflict, Survival and Disinformation in the Late Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press, 2002.
- President's Fund (Südafrika). „President's Fund Annual Report 2019–2020.“ 2020. Verfügbar unter: <https://www.justice.gov.za/reportfiles/other/presfund-anr-2019-20.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Prodger, Matt. „Albania Seeks to Compensate Political Prisoners.“ *BBC News*, 23.07.2004. Verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3917293.stm> (letzter Zugriff: 11.01.2021).
- Prouveze, Remy und Nadia Bernaz. „International and domestic prosecutions.“ In *The Pursuit of International Criminal Justice, Vol. I: A World Study on Conflicts, Victimization, and Post-Conflict Justice*, hrsg. von M. Cherif Bassiouni. Antwerpen: Intersentia, 2010.
- Prunier, Gérard. *The Rwanda Crisis: History of a Genocide*. New York: Colombia University Press, 1997.
- Prunier, Gérard. *Africa's World War: Congo, the Rwandan Genocide, and the Making of a Continental Catastrophe*. Oxford: Oxford University Press, 2009.
- Prunier, Gérard. *From Genocide to Continental War: The Congolese Conflict and the Crisis of Contemporary Africa*. London: Hurst, 2009.
- Puddington, Arch et al. (Hrsg.). *Freedom in the World 2017: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*. New York: Freedom House, 2019. Verfügbar unter: [https://freedomhouse.org/sites/default/files/202002/Freedom\\_in\\_the\\_World\\_2017\\_complete\\_book.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/202002/Freedom_in_the_World_2017_complete_book.pdf) (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Purdeková, Andrea. „Rwanda's Ingando camps: Liminality and the reproduction of power.“ *Refugee Studies Centre, University of Oxford Working Paper* 80 (2011).

- Purdeková, Andrea. „Civic Education and Social Transformation in Post-Genocide Rwanda: Forging the Perfect Development Subjects.“ In *Rwanda Fast Forward: Social, Economic, Military and Reconciliation*, hrsg. von Maddalena Campioni und Patrick Noack, 192–213. New York: Palgrave Macmillan, 2012.
- Puwana, Zukiswa und Rita Kesselring. „Persistent Injuries, the Law and Politics: The South African Victims’ Support Group Khulumani and Its Struggle for Redress.“ In *Advocating Transitional Justice in Africa: The Role of Civil Society*, hrsg. von Jasmina Brankovic und Hugo Van der Merwe, 2018.
- Qazimi, Azem. *Procesi i asgjësimit të fesë në komunizëm*. Tiranë: ISKK, 2012.
- Quaritsch, Helmut. „Über Bürgerkriegs- und Feind-Amnestien.“ In *Der Staat* 31 (1992): 389–418.
- Radseck, Michael. „Das argentinische Militär: Vom Machtfaktor zum Sozialfall?“ In *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, hrsg. von Klaus Bodemer, Andrea Pagni und Peter Waldmann, 83–103. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
- Rauch, Janine. „Police Transformation and the South African TRC.“ Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2004.
- Reichel, Peter. *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland: Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München: Beck’sche Reihe, 2001.
- Reinhard, Wolfgang. „Geschichte als Delegitimation.“ *Jahrbuch des Historischen Kollegs* (2002): 27–37.
- Remedi, Gustavo (Hrsg.). *Otros lenguajes de la memoria: teatro uruguayo contemporáneo e historia reciente*. Montevideo: Ediciones Universitarias, 2017.
- República Oriental del Uruguay, Junta de Comandantes en Jefe. *La Subversion: Las Fuerzas Armadas al Pueblo Oriental*, Bd. I. Montevideo 1977.
- Reta, Demelash Shiferaw. *National Prosecution and Transitional Justice: The Case of Ethiopia*. PhD diss., University of Warwick School of Law, 2014.
- Reussner, Eva M. *Publikumsforschung für Museen: Internationale Erfolgsbeispiele*. Bielefeld: Transcript, 2010.
- Reyntjens, Filip. „Rwanda, Ten Years on: From Genocide to Dictatorship.“ *African Affairs* 103(411) (2004): 177–210.
- Reyntjens, Filip. „Constructing the truth, dealing with dissent, domesticating the world: Governance in post-genocide Rwanda.“ *African Affairs* 110(438) (2011): 1–34.
- Rhodes James, Robert (Hrsg.). *Winston S. Churchill: His Complete Speeches 1897–1963, Volume VII. 1943–1949*. New York und London: Chelsea House, 1974.
- Rial, Juan. „Militares y Redemocratización.“ *Cuadernos de Marcha* II/8 (1986): 26–39.
- Rico, Álvaro (Hrsg.). *Investigación histórica sobre Detenidos Desaparecidos: En cumplimiento del artículo 4 de la Ley No. 15.848*, 5 Bde. Montevideo: IMPO, 2007.
- Rico, Álvaro (Hrsg.). *Investigación histórica sobre la dictadura y el terrorismo de Estado en el Uruguay 1973–1985*, 3 Bde. Montevideo: Universidad de la República Oriental del Uruguay – Comisión Sectorial de Investigación Científica, 2008.
- Rieff, David. *In Praise of Forgetting: Historical Memory and Its Ironies*. New Haven und London: Yale University Press, 2017.
- Risso, Mariana und Manuela Abrahan. „Desde el fondo del tiempo otro tiempo: Apuntes sobre el proceso de identificación y recuperación para la memoria de los espacios represivos del terrorismo de Estado uruguayo.“ *Aletheia* 8/16 (2018). Verfügbar unter: <http://aletheiaold.fahce.unlp.edu.ar/numeros/numero-16/dossier/desde-el-fondo-del-tiempo-otro-tiempo-1.-apuntes-sobre-el-proceso-de-identificacion-y-recuperacion-para-la-memoria-de-los-espacios-represivos-del-terrorismo-de-estado-uruguayo> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Robben Island Museum. „2019 Robben Island Museum Annual Report.“ 2020. Verfügbar unter: <https://www.robben-island.org.za/download/annual-report-2019-2020/> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Roberts, Jaine. „The Hidden Epidemic Amongst Former Miners: Silicosis, Tuberculosis and the Occupational Diseases in Mines and Works Act in the Eastern Cape, South Africa.“ *Health Systems Trust and SA Dept of Health*, o. D.

- Robinson, Darryl und Gillian MacNeil. „The Tribunals and the Renaissance of International Criminal Law: Three Themes.“ *American Journal of International Law* 110(2) (2016): 191–211.
- Rödder, Andreas. *21.0 – Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. München: C. H. Beck, 2015.
- Roht-Arriaza, Naomi. *Impunity and Human Rights in International Law and Practice*. New York: Oxford University Press, 1995.
- Roht-Arriaza, Naomi. „Reparations in the Aftermath of Repression and Mass Violence.“ In *My Neighbor, My Enemy: Justice and Community in the Aftermath of Mass Atrocity*, hrsg. von Eric Stover und Harvey M. Weinstein, 121–139. Cambridge: Cambridge University Press, 2004.
- Roht-Arriaza, Naomi und Javier Mariezcurrena (Hrsg.). *Transitional Justice in the Twenty-First Century: Beyond Truth versus Justice*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006.
- Roht-Arriaza, Naomi. „Reparations and Economic, Social, and Cultural Rights.“ In *Justice and Economic Violence in Transition*, hrsg. von Dustin Sharp, 109–138. New York: Springer, 2013.
- Romano, Cesare, André Nollkaemper und Jann K. Kleffner (Hrsg.). *Internationalized Criminal Courts and Tribunals: Sierra Leone, East Timor, Kosovo and Cambodia*. Oxford: Oxford University Press, 2004.
- Rombouts, Heidy. *Victim Organisations and the Politics of Reparation: a case study of Rwanda*. Antwerp: Intersentia, 2004.
- Rombouts, Heidy und Stef Vandeginste. „Reparation for Victims in Rwanda: Caught Between Theory and Practice.“ In *Out of the Ashes: Reparation for Victims of Gross and Systematic Human Rights Violations*, hrsg. von Karl De Feyter, Stephan Parmentier, Marie Bossuyt und Peter Lemmes. Antwerpen: Intersentia, 2005.
- Roniger, Luis. „Olvido, memoria colectiva e identidades: Uruguay en el contexto del Cono Sur.“ In *La imposibilidad del olvido: Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier, 151–178. La Plata: Al Margen/Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.
- Roszkowski, Wojciech. *Communist Crimes: A Legal and Historical Study*. Radom: Polish Institute of National Remembrance, 2016.
- Rotberg, Robert I. „Truth Commissions And The Provision Of Truth, Justice, And Reconciliation.“ In *Truth v. Justice*, hrsg. von Robert I. Rotberg und Dennis F. Thompson, 1–21. Princeton: Princeton University Press, 2010.
- Rubio, Graciela. *La enseñanza del pasado reciente en Chile: Educación en Derechos Humanos en Chile*. Santiago: Red de Equipos de Educación en DDHH, 2014.
- Ruderer, Stephan. *Das Erbe Pinochets: Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990–2006*. Göttingen: Wallstein, 2010.
- Ruderer, Stephan. „Between Religion and Politics: The Military Clergy during the Dictatorships of the Late Twentieth Century in Argentina and Chile.“ *Journal of Latin American Studies* 47(3) (2015): 463–489.
- Ruderer, Stephan und Veit Strassner. „Ecumenism in National Security Dictatorships: Ecumenical Experiences in the Southern Cone.“ In *A History of the Desire for Christian Unity*, Bd. III, hrsg. von Alberto Meloni. Paderborn: Brill Verlag, i. E.
- Rugege, Sam und Aimé M. Karimunda. „Domestic Prosecution of International Crimes: The Case of Rwanda.“ In *Africa and the International Criminal Court*, Bd. 1., hrsg. von Gerhard Werle, Lovell Fernandez und Moritz Vormbaum, 79–116. Den Haag: Springer, 2014.
- Ruiz, Marisa. *La piedra en el zapato. Amnistía y la dictadura uruguaya: La acción de Amnistía Internacional en los sucesos de mayo de 1976 en Buenos Aires*. Montevideo: Universidad de la República, 2006.
- Rusconi, Gian Enrico. *Deutschland – Italien, Italien – Deutschland: Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis zu Berlusconi*, übersetzt von Antje Peter. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2006.
- Sabrow, Martin (Hrsg.). *Erinnerungsorte der DDR*. München: C. H. Beck, 2009.
- Safferling, Christoph. *Völkerstrafrechtspolitik: Praxis des Völkerstrafrechts*. Berlin: Springer, 2014.

- Santamaria, Yves. „Afro communism: Ethiopia, Angola, and Mozambique.“ In *The Black Book of Communism: Crimes, Terror, Repression*, hrsg. von Matthew Kramer, 683–704. Cambridge: Harvard University Press, 1999.
- Saraçi, Alvin. *Konfiskimi i pronës dhe grabitja e arit 1944–1955*. Tiranë: ISKK, 2012.
- Sarasin, Philipp. *1977: Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. Berlin: Suhrkamp, 2021.
- Sarkin, Jeremy. „Transitional Justice and the Prosecution Model: The Experience of Ethiopia.“ *Law, Democracy & Development* 2(3) (1999): 253–266.
- Sarkin, Jeremy. „An Evaluation of the South African Amnesty Process.“ In *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Hugo van der Merwe und Audrey R. Chapman. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009. Verfügbar unter: <https://papers.ssrn.com/abstract=1367167> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Savage, Michael. „The Imposition of Pass Laws on the African Population in South Africa 1916–1984.“ *African Affairs* 85 (339) (1986): 181–205.
- Schabas, William. *The UN international criminal tribunals: The former Yugoslavia, Rwanda and Sierra Leone*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006.
- Schabas, William. *The International Criminal Court: A Commentary on the Rome Statute*. Oxford: Oxford University Press, 2010.
- Schelotto, Magdalena. „La dictadura cívico-militar uruguaya (1973–1985): la construcción de la noción de víctima y la figura del exiliado en el Uruguay post-dictatorial.“ *Questões do tempo presente* (2015). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4000/nuevomundo.67888> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Schelotto, Magdalena. „La dictadura cívico-militar uruguaya (1973–1985): militarización de los poderes del estado, transición política y contienda de competencias.“ *Diacronie: Studi di Storia Contemporanea* 24 (4) (2015). Verfügbar unter: <http://journals.openedition.org/diacronie/3808>; DOI: 10.4000/diacronie.3808 (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Schimmel, Noam. *Advancing International Human Rights Law Responsibilities of Development NGOs: Respecting and Fulfilling the Right to Reparative Justice for Genocide Survivors in Rwanda*. New York: Palgrave Macmillan, 2020.
- Schindel, Estela. „Die Präsenz der Vergangenheit im urbanen Raum: Erinnerungsorte in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay.“ *Lateinamerika Analysen* 9 (2004): 155–180.
- Schindel, Estela. „Verschwunden, aber nicht vergessen: Die Konstruktion der Erinnerung an die Desaparecidos.“ In *Argentinien heute: Politik – Wirtschaft – Kultur*, hrsg. von Klaus Bodemer, Andrea Pagni und Peter Waldmann, 105–134. Frankfurt am Main: Vervuert, 2002.
- Schmitt, J. Oliver. „Albanien tut sich schwer mit der Bewältigung seiner Vergangenheit.“ *Neue Zürcher Zeitung*, 23.07.2012. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/albanien-tut-sich-schwer-mit-der-bewaeltigung-seiner-vergangenheit-1.17382475?reduced=true> (letzter Zugriff: 21.01.2021)
- Seligmann, Michael. „Uruguay: Volksbewegung und Parlamentarismus.“ In *Vom Elend der Metropolen*, hrsg. von Dietmar Dirmoser et al., 269–281. Hamburg: Junius, 1990.
- Selimovic, Johanna Mannergren. „Making peace, making memory: peacebuilding and politics of remembrance at memorials of mass atrocities.“ *Peacebuilding* 1(3) (2013): 334–348.
- Sempol, Diego. „HIJOS Uruguay: Identidad, protesta social y memoria generacional.“ In *El pasado en el futuro: los movimientos juveniles*, hrsg. von Elizabeth Jelin und Diego Sempol, 185–212. Buenos Aires: Siglo XXI, 2006.
- Sempol, Diego. „HIJOS Uruguay: A 20 años de un ensayo de memoria generacional.“ *Cuadernos de Aletheia* 2 (2016): 53–60.
- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Informe: Derechos humanos en Uruguay (1988)*. Montevideo: SERPAJ, 1988.
- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Uruguay Nunca Más: Informe sobre la violación a los Derechos Humanos (1972–1985)*. Montevideo: SERPAJ, 1989.
- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Uruguay Nunca Más: Human Rights Violations (1972–1985)*, übersetzt von Elizabeth Hampsten. Philadelphia: Temple University Press, 1992.

- Servicio Paz y Justicia, Uruguay, *Derechos Humanos en el Uruguay: Informe 2004*. Montevideo: SERPAJ, 2004.
- Sharnak, Debbie. „The Gelman Case and the Legacy of Impunity in Uruguay.“ In *40 Years are Nothing: History and memory of the 1973 coups d'état in Uruguay and Chile*, hrsg. von Pablo Leighton und Fernando López. Cambridge: Cambridge Scholars Publishing, 2015, 33–55.
- Shaw, Mark. „Point of Order: Policing the Compromise.“ In *SA Review 7: The Small Miracle: South Africa's Negotiated Settlement.*, hrsg. von Steven Friedman und Doreen Atkinson. Johannesburg: Ravan Press, 1994.
- Shehu, Bashkim. *Fjalor udhëzues për misterine dosjeve*. Tiranë: Toena, 2015.
- Shehu, Bashkim. *Loja, shembja e qiellit*. Tiranë: Toena, 2013.
- Shifaw, Dawit. *The Diary of Terror: Ethiopia 1974–1991*. Bloomington: Trafford Publishing, 2012.
- Sitze, Adam. *The Impossible Machine: A Genealogy of South Africa's Truth and Reconciliation Commission*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 2013.
- Skaar, Elin. *Human Rights Violations and the Paradox of Democratic Transition: A Study of Chile and Argentina*. Bergen: Chr. Michelsen Institute, 1994.
- Skaar, Elin. „Un análisis de las reformas judiciales de Argentina, Chile y Uruguay.“ *América Latina Hoy* 34 (2003): 147–186.
- Skaar, Elin. „Argentina: Truth, Justice, and Reconciliation.“ In *Roads to Reconciliation*, edited by Elin Skaar, Siri Gloppen and Astri Suhrke, 157–175. Lanham und Maryland: Lexington Books, 2005.
- Skaar, Elin. „Uruguay: Reconstructing peace and democracy through transitional justice.“ In *After Violence: Transitional Justice, Peace, and Democracy*, hrsg. von Elin Skaar, Camila Gianella und Trine Eide, 67–95. New York: Routledge, 2015.
- Skaar, Elin, Trine Eide und Camila Gianella Malca. *After Violence: Transitional Justice, Peace and Democracy*. New York: Routledge 2015.
- Skweyiya Commission. „Report of the Commission of Enquiry into Complaints by Former African National Congress Prisoners and Detainees.“ 1992. Verfügbar unter: <https://omalley.nelsonmandela.org/index.php/site/q/03lv02424/04lv02730/05lv02731/06lv02869.htm> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Smulovitz, Catalina. „The Past is Never Dead: Accountability and Justice for Past Human Rights Violations in Argentina.“ In *After Oppression*, hrsg. von Vesselin Popovski, 64–85.
- South African History Online. „Apartheid Museum – Johannesburg.“ Verfügbar unter: <https://www.sahistory.org.za/place/apartheid-museum-johannesburg> (letzter Zugriff: 27.11.2020).
- South African Parliamentary Portfolio Committee of Arts, Culture, Science and Technology. „Visit to Vlakplaas from 14 to 16 December 2001.“ 2002.
- Sparks, Allister. *The Mind of South Africa: The Story of the Rise and Fall of Apartheid*. Johannesburg: Jonathan Ball Publishers, 2006.
- Special Prosecutor's Office. *ጸም ያዘለ ዶሴ፣ በጊዜያዊ ወተደራዊ ደርግ ወይም መንግስት ነባሉት በንጹሃን ዜጎች ላይ የተፈጸመ የወን ል ዘገባ*. Addis Ababa: Far-East Trading P. L. C., 2010.
- Stan, Lavinia, ed. *Transitional Justice in Eastern Europe and the Former Soviet Union: Reckoning with the Communist Past*. London: Routledge, 2009.
- Stan, Lavinia und Nadya Nedelsky (Hrsg.). *Encyclopedia of transitional justice*, Bd. 1. Cambridge: Cambridge University Press, 2013.
- Sterio, Milena. „The Yugoslavia and Rwanda Tribunals: A Legacy of Human Rights Protection and Contribution to International Criminal Justice.“ In *The Legacy of Ad Hoc Tribunals in International Criminal Law: Assessing the ICTY's and the ICTR's Most Significant Legal Accomplishments*, hrsg. von Michael Scharf und Milena Sterio, 11–24. Cambridge: Cambridge University Press, 2019.
- Stern, Steve J. *Memorias en Construcción: Los retos del pasado presente en Chile*. Santiago: Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, 2013.
- Stickler, Mercedes. „Brief: Land Redistribution in South Africa.“ In *Focus on Land in Africa*, ohne Datum. Verfügbar unter: <http://www.focusonland.com/foia/en/countries/brief-land-redistribution-in-south-africa/>.

- Straßner, Veit. „La lucha continúa! – Der Kampf um die Erinnerungen an die Verschwundenen der argentinischen Militärdiktatur.“ *Totalitarismus und Demokratie: Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 3 (2006): 345–386.
- Straßner, Veit. *Die offenen Wunden Lateinamerikas: Vergangenheitspolitik im postautoritären Argentinien, Uruguay und Chile*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- Straßner, Veit. „Markt, Menschenrechte und Moral, (Neue) Herausforderungen für die Kirche im Cono Sur seit den 1990er Jahren (Argentinien, Uruguay und Chile).“ In *Einstürzende Mauern: Das Jahr 1989/90 als Epochenjahr in der Geschichte des Weltchristentums*, hrsg. von Klaus Koschorke, 291–314. Wiesbaden: Friedrich Verlag, 2009.
- Straßner, Veit. „Uruguay.“ In *Kirche und Katholizismus seit 1945. Bd. 6: Lateinamerika und Karibik*, hrsg. von Johannes Meier und Veit Straßner, 433–446. Paderborn: Schöningh, 2009.
- Straßner, Veit. „From Victimhood to Political Protagonism: Victim Groups and Associations in the Process of Dealing with a Violent Past.“ In *Victims of International Crimes: An Interdisciplinary Discourse*, hrsg. von Thorsten Bonacker und Thomas Safferling, 331–344. Den Haag: Springer, 2013.
- Straßner, Veit. „Vergangenheitspolitik, Transitional Justice und Versöhnung: Begriffliche und konzeptionelle Annäherungen.“ In *Handbuch Transitional Justice*, hrsg. von Anja Mihr, Gert Pickel und Susanne Pickel, 201–231, 218–226. Wiesbaden: Springer, 2018.
- Straßner, Veit. „‘Falsos cristianos’ – Die progressive Kirche Lateinamerikas in der Sichtweise ihrer politischen Gegner.“ In *Religion als Ressource befreiender Entwicklung. 50 Jahre nach der 2. Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats in Medellín: Kontinuitäten und Brüche*, hrsg. von Margit Eckholt, 99–120. Ostfildern: Grünewald, 2019.
- Straus, Scott. „How many perpetrators were there in the Rwandan genocide? An estimate.“ *Journal of Genocide Research* 6(1) (2004): 85–98.
- Straus, Scott. *The Order of Genocide: Race, Power, and War in Rwanda*. Ithaca und London: Cornell University Press, 2006.
- Tadeo Fuica, Beatriz. „Presencias y ausencias: Uruguay y los documentales sobre hijos (des) aparecidos.“ *Cine Documental* (2015): 169–196.
- Taylor, Christopher. „The Cultural Face of Terror in the Rwandan Genocide of 1994.“ In *Annihilating Difference: The Anthropology of Genocide*, hrsg. von Alexander Laban Hinton, 137–179. Berkeley: University of California Press, 2002.
- Teeger, Chana und Vered Vinitzky-Seroussi. „Controlling for Consensus: Commemorating Apartheid in South Africa.“ *Symbolic Interaction* 30, 1 (2007): 57–78. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1525/si.2007.30.1.57> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Tegegn, Melakou. „Mengistu’s Red Terror.“ *African Identities* 10(3) (2012): 249–263.
- Teitel, Ruti G. *Transitional Justice*. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- Tessema Marshet, T. *Prosecution of Politicide in Ethiopia: The Red Terror Trials*. Den Haag: Asser Printing Press, 2018.
- Theissen, Gunnar. „Object of Trust and Hatred: Public Attitudes toward the TRC.“ In *Truth and Reconciliation in South Africa: Did the TRC Deliver?*, hrsg. von Audrey R. Chapman und Hugo van der Merwe, 191–216. Pennsylvania: Pennsylvania University Press, 2009.
- Theurer, Karina. „Durch Referenden bestätigte Amnestiegesetze in Fällen gewaltsamen Verschwindenlassens unvereinbar mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention: Das Urteil des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Sache Gelman v. Uruguay.“ In *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* (2012): 682–693.
- Thomas, Paul und Kristin Skinstad van der Kooij. „The history syllabus in post-genocide Rwanda.“ *Cogent Education* 5(1) (2018): 154–195.
- Thompson, Susan. *Whispering Truth to Power: Everyday resistance to reconciliation in postgenocide Rwanda, Africa and the Diaspora: History, Politics, Culture*. Wisconsin: University of Wisconsin Press, 2013.

- Thoms, Oskar, et al. *The Effects of Transitional Justice Mechanisms: A Summary of Empirical Research Findings and Implications for Analysts and Practitioners*. Ottawa: CEPI, 2008. Verfügbar unter: <https://www.files.ethz.ch/isn/103597/FullText.pdf>, 68–77 (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- Tiba, Firew K. „Mass Trials and Modes of Criminal Responsibility for International Crimes: The Case of Ethiopia.“ In *The Hidden Histories of War Crimes Trials*, hrsg. von Kevin Jerry Heller und Gerry Simpson, 310–311. Oxford: Oxford University Press, 2013.
- Tironi, Eugenio und Guillermo Sunkel. *Modernización de las Comunicaciones y Democratización Política*. Revista Estudios Públicos. Santiago: Centro de Estudios Públicos, 1993.
- Tiruneh, Andargachew. *The Ethiopian Revolution, 1974–1987: A transformation from aristocratic to a totalitarian autocracy*. Cambridge: Cambridge University Press, 1993.
- Todorov, Tzvetan. *Los usos de la Memoria*. Santiago: Museo de la Memoria y los Derechos Humanos, 2013.
- Toggia, Pietro. „The Revolutionary Endgame of Political Power: The Genealogy of ‚Red Terror‘ in Ethiopia.“ *African Identities* 10(3) (2012): 265–280.
- Tola, Babile. *To kill the Generation: The Red Terror in Ethiopia*. Washington DC: Free Ethiopian Press, <sup>2</sup>1989.
- Torras, Verónica, Luz Palmás Zaldúa und Marcela Perelman. *Memoria, verdad y justicia como política de Estado: Análisis de políticas públicas implementadas durante los gobiernos kirchneristas (2003–2015) respecto de los delitos de lesa humanidad ocurridos en la última dictadura argentina*. Friedrich Ebert-Stiftung Argentina, Análisis No. 11–2016/September 2016.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*. Bd. 6, 2003. Verfügbar unter: [https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/vol6\\_s5.pdf](https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/vol6_s5.pdf).
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*, n. d.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission Final Report*, Volume 6, 2003.
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Commission of South Africa Final Report*, Bd. 1, 1998. Verfügbar unter: <http://choicereviews.org/review/10.5860/CHOICE.37-1803> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- TRC (Südafrika). *Truth and Reconciliation Final Report*, Bd. 2, 1998. <https://www.justice.gov.za/trc/report/finalreport/Volume%202.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Tronvoll, Kjetil. „The Quest for Justice or the Construction of Political Legitimacy: The Political Anatomy for the Red Terror Trials.“ In *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*, hrsg. von Kjetil Tronvoll et al., 84–95. Martlesham: James Currey, 2009.
- Trutkowski, Dominik. *Die ausgehandelten Revolutionen: Politische Kommunikation in Parlament und Öffentlichkeit beim Umbruch zur Demokratie in Spanien und Polen*. Düsseldorf: Droste, 2021.
- Tshishonga, Ndwakhulu. „Cadre Deployment and Its Implications on Service Delivery in South Africa: A Human Development Capability Approach.“ *Journal of Public Administration* 49(3) (2014).
- Tufa, Agron. *Mërkuna e zezë*. Berat: Onufri, 2007.
- Tufa, Agron. *Fabula rasa*. Tirana: Ideart, 2004.
- Turner, Simon. „Making Good Citizens from Bad Life in Post-Genocide Rwanda.“ In *Development and Change* 45(3) (2014): 415–433. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/dech.12093> (letzter Zugriff: 27.04.2022).
- United Nations, *Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment*. Angenommen und freigegeben zur Ratifizierung und zum Beitritt durch Resolution 39/46 der UN-Vollversammlung vom 10. Dezember 1984, in Kraft getreten am 26. Juni 1987 in Übereinstimmung mit Artikel 27 (1). Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/cat.aspx> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- United Nations. *Guidance Note of the Secretary-General: United Nations Approach to Transitional Justice*, März 2010. Verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/682111> (letzter Zugriff: 09.11.2021).
- United Nations, Resolution der Generalversammlung, angenommen am 16. Dezember 2005, Anhang, 7–9. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/basic-principles-and-guidelines-right-remedy-and-reparation> (letzter Zugriff: 24.11.2021).

- United Nations, Wirtschafts- und Sozialrat, Menschenrechtskommission. *The Administration of Justice and the Human Rights of Detainees*. Revidierter Abschlussbericht von Mr. Joinet aufgrund des Beschlusses 1996/119 der Unterkommission vom 2. Oktober 1997. Verfügbar unter: [https://digitallibrary.un.org/record/245520/files/E\\_CN.4\\_Sub.2\\_1997\\_20\\_Rev.1-EN.pdf](https://digitallibrary.un.org/record/245520/files/E_CN.4_Sub.2_1997_20_Rev.1-EN.pdf) (Link nicht mehr verfügbar, letzter Zugriff: 09.11.2021.)
- United Nations, Wirtschafts- und Sozialrat, Menschenrechtskommission. *Promotion and Protection of Human Rights*, 8. Februar 2005. Verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/541829>.
- Universidad Alberto Hurtado, Programa de investigación interdisciplinar en memoria y derechos Humanos. *Guía de Archivos de Memoria y Derechos Humanos en Chile* (2017). Verfügbar unter: [https://drive.google.com/file/d/0B7drZJJ\\_NeStOXBwbWntZlZLd2c/view](https://drive.google.com/file/d/0B7drZJJ_NeStOXBwbWntZlZLd2c/view) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- UN-Sicherheitsrat, *Resolution 955* (8. November 1994). Verfügbar unter: [https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/100916\\_SC\\_Res\\_955.pdf](https://www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/100916_SC_Res_955.pdf) (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- Valdéz, Patricia. „Tiempo Óptimo‘ para la Memoria.“ In *La imposibilidad del olvido. Recorridos de la memoria en Argentina, Chile y Uruguay*, hrsg. von Bruno Groppo und Patricia Flier, 63–82. La Plata: Al Margen/ Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, 2001.
- Vandeginste, Stef. „Reparation pour les victimes de genocide, de crimes contre l'humanité et de crimes de guerre au Rwanda.“ *L'Afrique des Grands Lacs Annuaire 2000–2001* (2000–2001): 5–20.
- Van der Merwe, Hugo. *Assessing the Impact of Transitional Justice: Challenges for Empirical Research*. Washington D. C.: USIPP, 2009.
- Van der Merwe, Hugo. „Evaluation of the Health Sector Hearing: Conceptualising Human Rights and Reconciliation.“ Centre for the Study of Violence and Reconciliation, 2000. Verfügbar unter: <http://www.csvr.org.za/docs/trc/evaluation.pdf> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Van der Merwe, Hugo. „Prosecutions, Pardons and Amnesty: The Trajectory of Transitional Accountability in South Africa.“ In *Critical Perspectives in Transitional Justice*, hrsg. von Nicola Palmer, Phil Clark und Danielle Granville, 443–457. Cambridge: Intersentia Cambridge, 2012.
- Van der Merwe, Hugo. „What Did the TRC Teach South Africa about Democratic Citizenship?“ In *The Limits of Transition: The South African Truth and Reconciliation Commission 20 Years On*, hrsg. von Mia Swart, 169–185. Brill Nijhoff, 2017.
- Van der Merwe, Hugo und Guy Lamb. *Transitional Justice and DDR: The Case of South Africa*. International Center for Transitional Justice, 2011. Verfügbar unter: <https://www.ictj.org/publication/transitional-justice-and-ddr-case-south-africa-brief>.
- Van der Merwe, Hugo und Kathleen Sensabaugh. „Truth, Redress and Reconciliation: Evaluating Transitional Justice from Below.“ In *Rethinking Reconciliation: Evidence from South Africa*, hrsg. von Kate Lefkoe-Everett, Rajen Govender und Donald Foster, 25–44. Cape Town: HSRC Press, 2016.
- Van Dyke, Jon. „The Fundamental Human Right to Prosecution and Compensation.“ *Denver Journal of International Law and Policy* 29 (2000–2001): 77–100.
- Vargas Cárdenas, Andrea. *Referéndum y plebiscito en Uruguay: Mecanismos de aplicación de la consulta popular y ejercicio en casos destacados*. Santiago and Valparaíso: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile, Asesoría Técnica Parlamentaria: 2020. Verfügbar unter: [https://obtienearchivo.bcn.cl/obtienearchivo?id=repositorio/10221/28313/1/Referendum\\_\\_plebiscito\\_y\\_consulta\\_popular\\_en\\_Uruguay\\_Rev\\_BH.pdf](https://obtienearchivo.bcn.cl/obtienearchivo?id=repositorio/10221/28313/1/Referendum__plebiscito_y_consulta_popular_en_Uruguay_Rev_BH.pdf) (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vázquez Bevilacqua, Mauricio. „A diez años de la creación del Sistema Nacional de Archivos en Uruguay: Análisis de la Ley 18220.“ *Revista de la Facultad de Derecho* 44 (2018): 1–32. Verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.22187/rfd2018n44a6> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vázquez, Inés et al. *Luchar Siempre: Las Marchas de la Resistencia 1981–2003*. Buenos Aires: Editorial de Las Madres, 2004.
- Vegh Weis, Valeria. „The Relevance of Victims' Organizations in the Transitional Justice Process: The Case of the Grandmothers of Plaza de Mayo in Argentina.“ *Intercultural Human Rights Law Review* 12 (2017): 1–70. Verfügbar unter: [https://www.researchgate.net/publication/314472205\\_The\\_Relevance\\_of\\_Vic](https://www.researchgate.net/publication/314472205_The_Relevance_of_Vic)



- tim's\_Organizations\_in\_Transitional\_Justice\_Processes\_The\_Case\_of\_'Abuelas\_De\_Plaza\_De\_Mayo'\_i-n\_Argentina per cent20Vegh per cent20Weis.pdf (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Verbitsky, Horacio. *El Vuelo*. Buenos Aires: Planeta, 1995.
- Vestal, Theodore M. *Ethiopia: A Post-Cold War African State*. Westport: Praeger Publishers, 1999. Vickers, Miranda. *The Albanians: A Modern History*. New York: I. B. Taurus, 2001.
- Vidal, Claudine. „Les commémorations du génocide au Rwanda.“ *Temps Modernes* 56(613) (2001): 1–46.
- Viebach, Julia. „Aletheia and the Making of the World: Inner and Outer Dimensions of Memorials in Rwanda.“ In *Memorials in Times of Transition*, hrsg. von Susanne Buckley-Zistel und Stefanie Schaefer, 69–94. Antwerpen: Intersentia, 2014.
- Viebach, Julia. „Mediating ‚absence-presence‘ at Rwanda’s genocide memorials: of care-taking, memory and proximity to the dead.“ *Critical African Studies* 12(2) (2020): 237–269.
- Viebach, Julia. „Of other times: Temporality, memory and trauma in post-genocide Rwanda.“ *International Review of Victimology* 25(3) (2019): 277–301.
- Viebach, Julia. „Principle 3: The duty to preserve memory.“ In *The United Nations Principles to Combat Impunity: A Commentary*, hrsg. von Frank Haldemann und Thomas Unger, 71–78. Oxford: Oxford University Press, 2018.
- Vital Brasil et al. „Reparación simbólica en América Latina como Política de Estado: La experiencia de asistencia a víctimas en Brasil y la Argentina.“ *Territorios Clínicos de la Memoria* (2019). Verfügbar unter: <https://tecmered.com/reparacion-simbolica-en-america-latina-como-politica-de-estado/> (letzter Zugriff: 11.04.2022).
- Vitalis, Natalia. *Educación Secundaria, censura cultural y dictadura: La expulsión de los enemigos: docentes y textos* (Avances de Investigación). Montevideo: Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Universidad de la República, 2011.
- Vorpsi, Ornela. *Das ewige Leben der Albaner*. Wien: Paul Zsolnay Verlag 2007.
- Vorpsi, Ornela. *Il paese dove non si muore mai*. Zürich: Scalo, 2004.
- Vuuren, Hennie van. *Apartheid Guns and Money: A Tale of Profit*. London: Hurst, 2018.
- Waal, Mandy de. „Jacques Pauw on Vlakplaas’ Apartheid Assassin, Dirk Coetzee.“ *Daily Maverick*, 8. März 2013. Verfügbar unter: <https://www.dailymaverick.co.za/article/2013-03-08-jacques-pauw-on-vlakplaas-apartheid-assassin-dirk-coetzee/>.
- Wahyuningroem, Sri Lestari. „Towards Post-Transitional Justice: The Failures of Transitional Justice and the Roles of Civil Society in Indonesia.“ *Journal of Southeast Asian Human Rights* 3(1) (2019): 124–154. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.19184/jseahr.v3i1.11497>.
- Waldorf, Lars. „Revisiting Hotel Rwanda: genocide ideology, reconciliation, and rescuers.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 101–125.
- Warner, Rachel. „The Workers’ Party of Ethiopia.“ *A Report Prepared by the Federal Research Division of the Library of Congress under an Interagency Agreement*. (Washington DC, 12 October 1984): 1–17. Verfügbar unter: <https://apps.dtic.mil/sti/pdfs/ADA303418.pdf> (letzter Zugriff: 07.06.2022)
- Waschik, Klaus. „Wo ist Trotzki? Sowjetische Bildpolitik als Erinnerungskontrolle in den 1930er Jahren.“ In *Das Jahrhundert der Bilder. Band 1: 1900 bis 1949*, hrsg. von Gerhard Paul, 252–259. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009.
- Weber, Max. „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis.“ *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 19 (1904): 22–87.
- Weinrich, Harald. *Lethé: Kunst und Kritik des Vergessens*. München: C. H. Beck, 1997.
- Weinstein, Martin. *Uruguay: Democracy on the Crossroads*. Boulder und London: Westview, 1988.
- Weismantel, Jan. *Das „Recht auf Vergessenwerden“ im Internet nach dem „Google-Urteil“ des EuGH. Begleitung eines offenen Prozesses*. Berlin: Duncker & Humblot, 2017. *Policing and Society* 4(2) (1994): 99–117. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/10439463.1994.9964687> (last accessed: 14.07.2021).
- Werle, Gerhard und Moritz Vormbaum. *Transitional Justice: Vergangenheitsbewältigung durch Recht*. Berlin: Springer VS, 2018.

- Welp, Yanina und Nadja Braun Binder. „Initiativen und Referenden in Lateinamerika.“ In *Jahrbuch für direkte Demokratie 2017*, hrsg. von Nadja Braun Binder et al. Baden-Baden: Nomos, 2017, 60–85.
- Weschler, Lawrence. *A Miracle, a Universe: Settling Accounts with Torturers*. New York: Penguin, 1990.
- Weschler, Lawrence. „Introduction.“ In *Uruguay Nunca Más. Human Rights Violations, 1972–1985*, Servicio Paz y Justicia, Uruguay, übersetzt von Elizabeth Hampsten, xv–xxix. Philadelphia: Temple University Press, 1992.
- Wibabara, Charity. *Gacaca Courts versus the International Criminal Tribunal for Rwanda and National Courts*. Baden-Baden: Nomos, 2014.
- Wibel, Jacob. „The State of Scholarship on the Ethiopian Red Terror.“ In *Documenting the Red Terror: Bearing Witness to Ethiopia's Lost Generations*, ERTDRC, 89–96. Ottawa: ERTDRC North America Inc, 2012.
- Wieselhaus-Brahm, Eric. *Truth Commissions and Transitional Societies: The Impact on Human Rights and Democracy*. London and New York: Routledge, 2010.
- Wijkman, Anders. „European Parliament Delegation to Observe Federal and Regional Parliamentary Elections in Ethiopia: A Report, 12.–17. Mai 2005.“ (Juni 2005), Annex C, 1. Verfügbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election\\_observation/missions/2004-2009/20051505\\_ethiopia.pdf](http://www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2004-2009/20051505_ethiopia.pdf) (letzter Zugriff: 20.03.2020).
- Wikinski, Mariana. „Testimonio y experiencia traumática: la declaración ante la justicia.“ In *Experiencias en salud mental y derechos humanos. Aportes desde la política pública*, hrsg. von Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 134–141. Buenos Aires: Ministerio de Justicia y Derechos Humanos de la Nación. Secretaría de Derechos Humanos, 2015.
- Williams, Paul. *Memorial Museums: The Global Rush to Commemorate Atrocities*. Oxford: Berg, 2007.
- Wolfrum, Edgar. „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg: Berichte zur Geschichte der Erinnerung.“ In *Verbrechen erinnern: Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, hrsg. von Volkhard Knigge und Norbert Frei, 133–149. München: C. H. Beck, 2002.
- Wogederes, Fikreselaise. *EgnanaAbiyotu?* Los Angeles: Tsehai Publishers, 2014.
- Wolde Giorgis, Dawit. *Red Tears: War, Famine and Revolution in Ethiopia*. Trenton: The Red Sea Press, 1989.
- World Bank. „The World Bank in South Africa: Overview.“ Text/HTML, 2019. Verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/country/southafrica/overview> (letzter Zugriff: 14.07.2021).
- Xhemalaj, Fatmiroshe. „Kurrikula e histories dhe ndryshimet e saj në Shqipëri 1990–2020.“ In *Reflektimi i periudhës komuniste në kurrikulën e historisë*. Tiranë: IDMC, 2020.
- Young, James. *The Texture of Memory: Holocaust Memorials and Meaning*. New Haven: Yale University Press, 1993.
- Žagar, Mitja. „Rethinking Reconciliation: The Lessons from the Balkans and South Africa.“ *Peace and Conflict Studies* 17(1) (2010): 144–175.
- Zanatta, Loris. *La larga agonía de la Nación Católica: Iglesia y dictadura en la Argentina*. Buenos Aires: Sudamericana, 2015.
- Zehnder, Bruno. *Immunität von Staatsoberhäuptern und der Schutz elementarer Menschenrechte – der Fall Pinochet*. Berlin: Nomos, 2003.
- Zewde, Bahru. „The history of the Red Terror: Contexts and Consequences.“ In *The Ethiopian Red Terror Trials: Transitional Justice Challenged*, hrsg. von Kjetil Tronvoll et al. Martlesham: James Currey, 2009.
- Zewde, Bahru. *A History of Modern Ethiopia: 1855–1991*. Oxford: James Currey Ltd, <sup>2</sup>2001. Zewde, Bahru. *The Quest for Socialist Utopia: the Ethiopian Student Movement c.1960–1974*. Addis Ababa: Addis Ababa University Press, 2014.
- Zorbas, Eugenia. „What does reconciliation after genocide mean? Public transcripts and hidden transcripts in post-genocide Rwanda.“ *Journal of Genocide Research* 11(1) (2009): 127–147.